

Sozialberichterstattung

---

**BRANDENBURGER  
SOZIALINDIKATOREN 2000**

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Brandenburgischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht so verwendet werden, dass es als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer einzelnen Mitglieder zu verwenden.

## **Impressum**

ISSN 1433-3872

Herausgeber:  
Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit  
und Frauen des Landes Brandenburg  
Öffentlichkeitsarbeit  
Heinrich-Mann-Allee 103  
14473 Potsdam

Redaktion:  
Landesgesundheitsamt Brandenburg  
im Landesamt für Soziales und Versorgung  
Wünsdorfer Platz 3  
15838 Wünsdorf

Wissenschaftliche Betreuung:  
IFAD Institut für angewandte Demographie GmbH, Berlin und Brandenburg und  
TOPOS Stadtforschung, Berlin  
in Kooperation mit dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam

Druck:  
druckpunkt Birkenwerder GmbH

Auflage: 1.000 Exemplare, 1. Auflage September 2000  
gedruckt auf umweltfreundlichem Papier  
Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht  
Belegexemplar erbeten

## Inhaltsverzeichnis

	Einleitung . . . . .	5
1	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen . . . . .	7
1.1	Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung . . . . .	8
1.2	Steueraufkommen und Verschuldung . . . . .	12
1.3	Ausgaben für soziale Sicherung . . . . .	15
2	Bevölkerungsstrukturen und Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg . . . . .	16
2.1	Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung . . . . .	17
2.2	Bevölkerungsdichte . . . . .	18
2.3	Altersstruktureller Aufbau der Brandenburger Bevölkerung . . . . .	22
2.4	Ausländische Bürger im Land Brandenburg . . . . .	25
2.5	Natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegung . . . . .	26
2.6	Haushalts- und Familienstrukturen im Land Brandenburg . . . . .	30
3	Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit - der Arbeitsmarkt im Land Brandenburg . . . . .	33
3.1	Erwerbspersonen und Erwerbsquote . . . . .	34
3.2	Erwerbstätige und Erwerbstätigenquote . . . . .	36
3.3	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Selbständige . . . . .	39
3.4	Berufspendler . . . . .	41
3.5	Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit . . . . .	42
4	Einkommensentwicklung und Einkommensverteilung . . . . .	49
4.1	Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen . . . . .	49
4.2	Haushaltsnettoeinkommen und Haushaltsstruktur . . . . .	52
4.3	Einkommensarmut im Land Brandenburg . . . . .	55
4.4	Sozialhilfe . . . . .	57
5	Kinderbetreuung und Bildung im Land Brandenburg . . . . .	64
5.1	Kinderbetreuung im Vorschul- und Schulbereich . . . . .	64
5.2	Schulbildung und Entwicklung der Schülerzahlen . . . . .	66
5.3	Schulabgänger nach Schulabschluss . . . . .	67
5.4	Berufsausbildung . . . . .	68
5.5	Qualifikations- und Bildungsstand der Bevölkerung . . . . .	70

6	Wohnen, Miete und Wohngeld im Land Brandenburg . . . . .	73
6.1	Wohnungsbestand im Land Brandenburg . . . . .	74
6.2	Mieten und Mietbelastungen Brandenburger Haushalte . . . . .	76
6.3	Wohngeld . . . . .	79
6.4	Wohnungslosigkeit im Land Brandenburg . . . . .	81
7	Gesundheit . . . . .	83
7.1	Lebenserwartung im Land Brandenburg . . . . .	83
7.2	Gesundheit und soziale Lage bei Kindern . . . . .	85
7.3	Krankenstand nach soziodemographischen Faktoren . . . . .	88
7.4	Krankheitsbedingte Frühverrentungen . . . . .	90
8	Behinderung und Pflege . . . . .	93
8.1	Behinderung . . . . .	93
8.2	Pflege . . . . .	97
9	Politik und Rechtsstaat . . . . .	99
9.1	Staatsbürgerliche Beteiligung . . . . .	99
9.2	Rechtsstaat . . . . .	100
10	Brandenburger Sozialindikatoren: Tabellenanhang . . . . .	103

## Einleitung

Anliegen der Erfassung, Darstellung und Auswertung von Sozialindikatoren im Land Brandenburg ist es, über soziale Strukturen und Prozesse regelmäßig, systematisch und fortschreibungsfähig zu informieren. Mit dem hier erstmalig im Zusammenhang vorgestellten System sozialer Indikatoren ist dabei für das Land Brandenburg Neuland betreten worden. Bundesweit fehlt bisher trotz langer intensiver Diskussion über die Rolle, die Bedeutung und die Notwendigkeit von Sozialindikatoren für die praktische Sozialpolitik ein einheitlicher Sozialindikatorensatz, der eine bundesweite Vergleichbarkeit sozialer Entwicklung zulassen würde bzw. auf dessen Basis soziale Entwicklung, soziale Probleme und sozialer Handlungsbedarf in den einzelnen Bundesländern transparent und vergleichbar dargestellt werden könnten. Der Indikatorensatz erhebt selbstverständlich keinen Anspruch auf eine vollständige Erfassung aller relevanten sozialen Tatbestände. Insbesondere für konkrete sozialplanerische Vorhaben werden weitere und tiefergehende Analysen notwendig sein. Handlungsleitend für die Zusammenstellung der Indikatoren war in erster Linie die Überlegung, der Öffentlichkeit, den Bildungseinrichtungen und der Landespolitik grundlegende sozialpolitische Daten im Überblick zur Verfügung zu stellen. Auch die Sozialberichterstattung der Brandenburger Kommunen kann damit auf landesweite Bezugsdaten zurückgreifen.

Das Jahr 1994 wurde bei der Mehrzahl der ausgewerteten Sozialindikatoren als Ausgangsjahr der Betrachtungen gewählt, weil sich erst im Jahr 1993 nach dem Kreis- und Gerichtsneugliederungsgesetz (KGNGBbg) vom 24.12.1992 die neuen regionalen Strukturen des Landes Brandenburg etablierten und eine einheitlich vergleichende Betrachtung der einzelnen Landkreise bzw. kreisfreien Städte des Landes in den Folgejahren ermöglichten. In der Regel wurden in diesem Bericht Sozialdaten bis einschließlich 31.12.1998 zusammengestellt und ausgewertet. Somit konnten Daten über einen Fünfjahreszeitraum ausgewertet werden.

Der vorliegende Sozialindikatorensatz ist während seiner Entwicklung mehrfach in unterschiedlichen Gremien und auf Workshops vorgestellt und diskutiert worden. Zum Teilnehmerkreis gehörten u. a. Sozialwissenschaftler, Statistiker sowie Mitarbeiter von Ministerien und Verwaltungen - also auch Handlungsträger, für die er eine Orientierungsgrundlage und Arbeitshilfe darstellen soll. Uns ist bewusst, dass der Indikatorensatz an vielen Stellen noch verbessert werden kann, insbesondere auch im Hinblick auf die Indikatorenfunktion der Daten selbst. Es ist daher vorgesehen, das Indikatorensystem in den kommenden Jahren zu optimieren, Nutzerrückmeldungen einzuarbeiten, veränderte soziale Strukturen und sozialpolitische Zielsetzungen zu

berücksichtigen und natürlich die Daten regelmäßig zu aktualisieren. Nach Möglichkeit sollen dabei auch Ergebnisse aus Bürgerbefragungen zu sozialen Themen einfließen. Als Veröffentlichungsrhythmus sind zwei bis drei Jahre für die Broschürenform geplant, mit zwischenzeitlicher Bereitstellung aktualisierter Daten im Internet.

Zum Aufbau des Berichts: Das vorliegende Material wurde in zwei Teile gegliedert.

Der erste Abschnitt analysiert und kommentiert grundlegende soziale Entwicklungen im Land Brandenburg, illustriert durch ausgewählte Grafiken und Tabellen.

Der zweite Abschnitt bietet dem Leser einen umfassenden Datenüberblick in Tabellenform. Hier sind alle aufgearbeiteten Daten entsprechend der Sozialindikatorenliste wiedergegeben.

## 1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

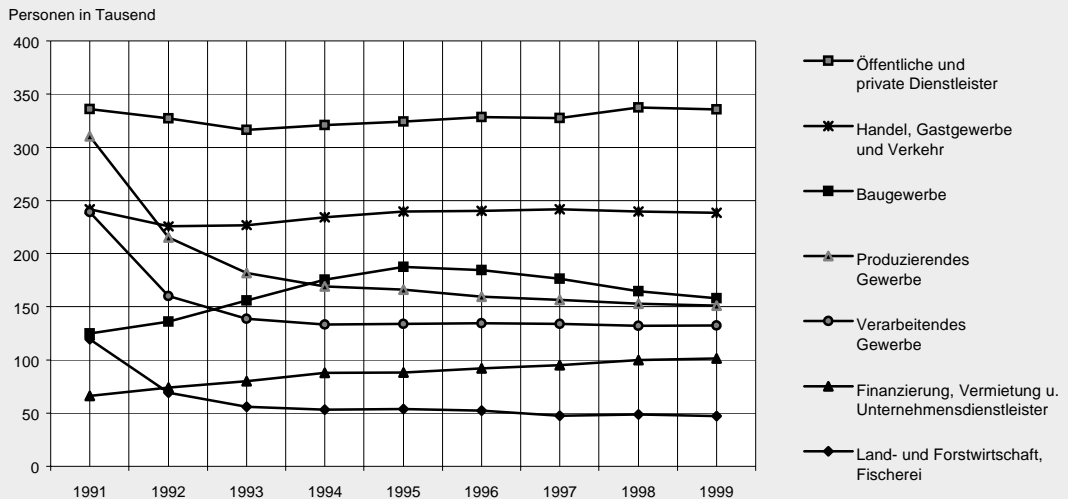
Die Wirtschaftsstruktur des Landes hat seit 1989 einen grundlegenden Umbruch mit gravierenden sozialen Folgen erfahren. Zwar waren und sind die einzelnen Regionen des Landes davon in unterschiedlichem Maße betroffen, aber insgesamt gestaltet sich die wirtschaftliche Umstrukturierung trotz aller Probleme zunehmend positiv. Die alten industriellen Kerne im Stahlsektor, in der Petrochemie und Braunkohle konnten jedoch nur noch in geringem Umfang erhalten bleiben, neue Wirtschaftsbereiche (wie z. B. der sich entwickelnde Tourismus und andere Dienstleistungsbereiche) spielen eine immer stärkere Rolle. Im

verarbeitenden Gewerbe des Landes Brandenburg konnte trotz umfangreicher Betriebs- und Unternehmensschließungen in strukturbestimmenden Wirtschaftszweigen eine vielschichtige Branchenstruktur erhalten bleiben.

Vor allem im Bergbau, in der Landwirtschaft sowie im verarbeitenden Gewerbe war nach 1989 ein erheblicher Beschäftigungsabbau zu verzeichnen, inzwischen ist auch in diesen Wirtschaftszweigen eine relative Stabilisierung eingetreten.

Indikator  
03-05

Erwerbstätige im Land Brandenburg nach Wirtschaftsbereichen in 1.000



Quelle: LDS Brandenburg

Heute konzentrieren sich bedeutende Wirtschaftsstandorte des Landes Brandenburg im Berliner Umland, d. h. im engeren Verflechtungsraum Berlin - Brandenburg. Aber auch im äußeren Entwicklungsraum des Landes Brandenburg konnten sich in den letzten Jahren leistungsfähige Unternehmen an traditionellen Standorten etablieren, z.B. in Schwarzheide oder Schwedt.

Um den Einfluss wirtschaftlicher Leistungskraft des Landes auf die soziale Situation der Bevölkerung, die Möglichkeiten zielgerichteter sozialpolitischer Einflussnahme, den Umfang sozialer Präventions- und Absicherungsmechanismen u.a.m. beurteilen und einschätzen zu können, ist die Betrachtung ausgewählter Indikatoren, die Aufschluss über allgemeine wirtschaftliche Rahmenbedingungen geben, unerlässlich. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

beeinflussen unmittelbar die Sozialpolitik des Landes und bilden das Bedingungsgefüge, in dem sich die Sozialpolitik des Landes bewegen und entwickeln kann. Zu den bedeutendsten Indikatoren wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gehören in diesem Zusammenhang die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und der Bruttowertschöpfung und die Höhe des Steueraufkommens bzw. der Verschuldung.

## 1.1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung

Die wirtschaftlichen Möglichkeiten und die aktuelle Wirtschaftskraft des Landes Brandenburg insgesamt bzw. seiner einzelnen Landkreise verdeutlichen sich anschaulich und vergleichbar in der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und der Bruttowertschöpfung in den letzten Jahren.

### **Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung**

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Bruttowertschöpfung stellen zentrale volkswirtschaftliche Kenngrößen dar. Sie geben im Wesentlichen die Summe der Waren und Dienstleistungen einer Periode wieder, ohne die darin aufgegebenen Vorleistungen. Zieht man vom Bruttoinlandsprodukt die nichtabziehbare Umsatzsteuer und die Einfuhrabgaben ab, erhält man die Bruttowertschöpfung. Weitere Kenngrößen sind z.B. das Bruttosozialprodukt und das Volkseinkommen, die durch die Berücksichtigung von Abschreibungen, Steuern, Subventionen und transnationalen Einkommensströmen aus dem Bruttoinlandsprodukt bzw. der Bruttowertschöpfung berechnet werden.

Für die Messung der Wirtschaftskraft Brandenburgs und für die Überwindung wirtschaftsstruktureller Probleme sind BIP und Bruttowertschöpfung die geeigneten Indikatoren.

<b>Indikator Nr. 01 - 01: Bruttoinlandsprodukt</b>								
<b>Bruttoinlandsprodukt der Länder für 1991 bis 1998 in jeweiligen Preisen in Mrd. DM</b>								
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Baden-Württemberg	440,12	463,24	458,66	478,11	492,11	505,03	520,36	546,30
Bayern	489,52	524,95	531,19	558,09	576,41	595,25	614,97	643,08
Berlin	119,00	130,77	140,12	146,04	151,73	152,65	154,81	155,77
Brandenburg	35,78	45,49	55,33	62,70	68,09	72,69	75,72	77,76
Bremen	35,18	36,70	36,58	38,09	38,49	38,90	40,34	42,01
Hamburg	109,20	118,45	122,81	129,31	132,57	136,31	141,25	146,41
Hessen	286,34	304,73	310,29	319,18	326,77	330,28	340,91	353,09
Mecklenburg-Vorpommern	24,21	30,75	35,99	41,22	45,03	46,87	47,91	48,40
Niedersachsen	260,38	276,55	281,55	294,68	300,39	308,82	315,75	331,43
Nordrhein-Westfalen	666,91	709,33	714,18	744,30	768,03	779,34	799,51	826,88
Rheinland-Pfalz	133,52	139,96	139,71	145,20	150,85	150,84	156,04	160,98
Saarland	38,12	39,99	39,65	41,72	43,26	42,70	43,92	45,68
Sachsen	59,93	75,90	93,07	107,05	115,50	121,32	124,08	125,33
Sachsen-Anhalt	35,20	45,29	55,84	62,44	66,59	68,70	69,71	71,43
Schleswig-Holstein	91,42	96,96	99,65	103,80	107,27	110,42	113,79	117,07
Thüringen	28,76	39,54	49,10	56,28	59,72	63,38	64,93	66,47
<b>Deutschland</b>	<b>2.853,59</b>	<b>3.078,60</b>	<b>3.163,72</b>	<b>3.328,21</b>	<b>3.442,81</b>	<b>3.523,50</b>	<b>3.624,00</b>	<b>3.758,09</b>

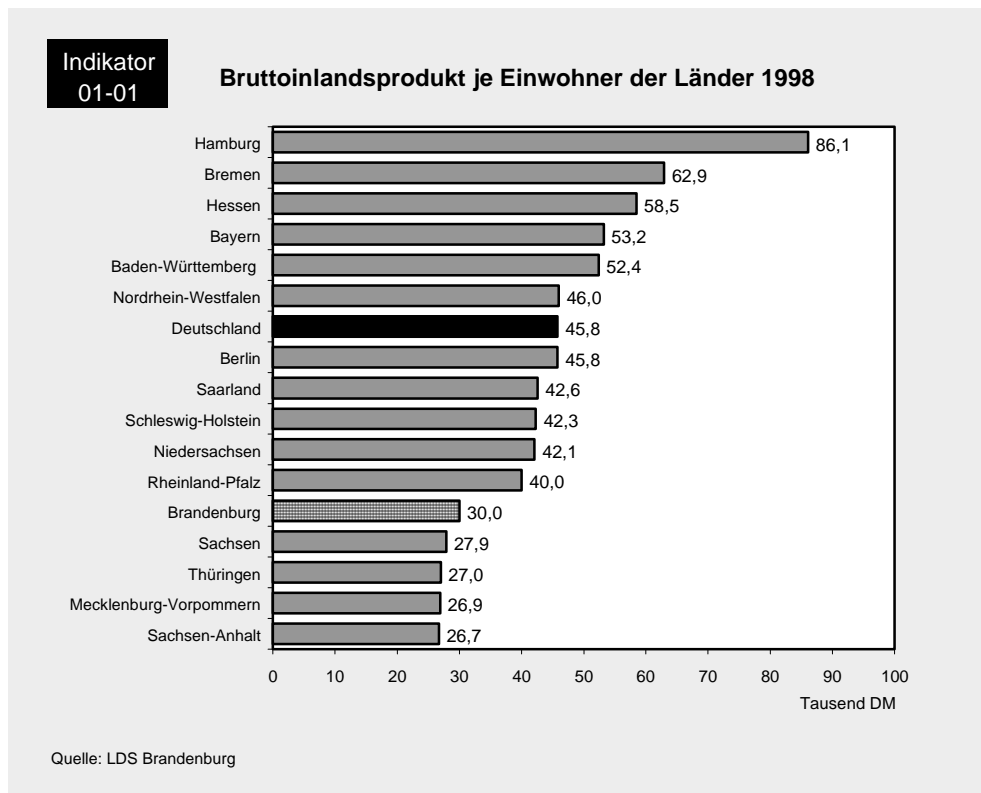
Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Bezüglich der Höhe und der Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes gehörte das Land Brandenburg in den letzten Jahren zu den wirtschaftlich erfolgreicheren neuen Bundesländern. Das BIP betrug 1998 nahezu das 2,2-fache des Wertes von 1991 - eine stärkere Zunahme hatte kein ande-

Bruttoinlandsprodukt 1999 um 1,5% gewachsen

res Bundesland zu verzeichnen. Im Jahr 1999 ist das BIP Brandenburgs um 1,5% gewachsen (Deutschland: 1,4%).

Betrachtet man das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, so liegt Brandenburg zwar noch deutlich hinter den alten Bundesländern, nahm aber 1998 unter den neuen Bundesländern wiederum eine Spitzenstellung ein:



Deutliche Veränderungen vollzogen sich in den letzten Jahren hinsichtlich der Leistungskraft der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Die höchsten Zuwachsraten verzeichneten die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes (Bruttowertschöpfung 1994: 10,7 Mrd. DM, 1998: 17,1 Mrd. DM) und die Dienstleistungsunternehmen (Brutto-

wertschöpfung 1994: 13,2 Mrd. DM, 1998: 20,9 Mrd. DM). Knapp ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung der neuen Bundesländer und Berlins (Ost) im Bereich des verarbeitenden Gewerbes wurde 1998 im Land Brandenburg realisiert (siehe auch im Tabellenanhang Indikator 01-02: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen).

# Rahmenbedingungen



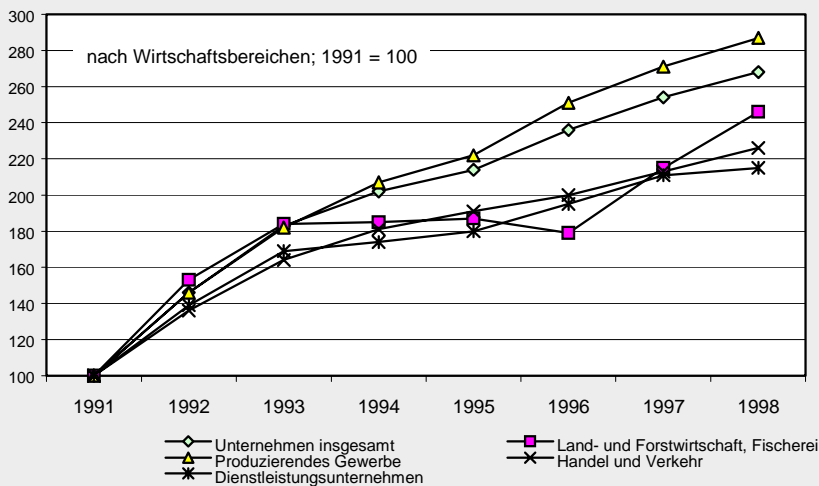
Die wachsende Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes für die Entwicklung der Wirtschaftskraft des Landes zeigt sich auch in der kontinuierlichen Erhöhung der Bruttowertschöpfung bezogen auf die Erwerbstätigen Brandenburgs. Allerdings sind hier erhebliche regionale Unterschiede zu beobachten. Darauf soll später noch eingegangen werden.

Insgesamt zeigen die hier exemplarisch ausgewählten Daten zur Entwicklung der Wirtschaft Brandenburgs, dass sich im Wirtschaftsgefüge des Landes erhebliche

Strukturveränderungen bereits vollzogen haben bzw. sich vollziehen. Insbesondere hat die Bedeutung des Dienstleistungssektors in den letzten Jahren deutlich an Gewicht gewonnen, während einer der traditionellen Wirtschaftsbereiche des Landes Brandenburg, die Land- und Forstwirtschaft, an Bedeutung verloren hat. Den größten Einfluss auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes üben jedoch auch weiterhin die Unternehmen des verarbeitenden/produzierenden Gewerbes aus.

Indikator  
01-02

Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigem des Landes Brandenburg nach Wirtschaftsbereichen 1991 bis 1998



Quelle: LDS Brandenburg

# 1

## Rahmenbedingungen

### 1.2 Steueraufkommen und Verschuldung

Die Finanzkraft der öffentlichen Haushalte basiert im wesentlichen auf dem jeweiligen Steueraufkommen. Dieses stellt die wichtigste öffentliche Einnahmequelle des Landes und der Kommunen dar und gibt den Rahmen vor, in dem die

Städte, Gemeinden und Landkreise des Landes Brandenburg hinsichtlich ihrer Sozialausgaben wirksam werden können. Den nachfolgenden Darstellungen ist diesbezüglich die Entwicklung der Nettosteuerereinnahmen der Landkreise bzw. kreisfreien Städte zu entnehmen.

<b>Indikator Nr. 01 - 04: Steuereinnahmen</b>					
<b>Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände (GV) des Landes Brandenburg insgesamt 1994 bis 1998</b>					
Steuereinnahmen insgesamt (Netto) in DM					
	1994	1995	1996	1997	1998
<b>Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Brandenburg insgesamt</b>	<b>1.243.750.476</b>	<b>1.464.356.905</b>	<b>1.243.833.617</b>	<b>1.349.880.988</b>	<b>1.500.299.363</b>
davon:					
Kreisfreie Städte	279.814.815	280.286.112	237.653.260	277.762.474	323.572.755
Kreisangehörige Gemeinden einschl. Amtshaushalte	963.697.456	1.183.500.037	1.005.620.295	1.071.547.346	1.176.125.052
Landkreise (Kreisverwaltungen)	238.205	570.756	560.062	571.168	601.556
Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg					

<b>Indikator Nr. 01 - 04: Steuereinnahmen</b>					
<b>Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände (GV) des Landes Brandenburg je Einwohner 1994 bis 1998</b>					
Steuereinnahmen je Einwohner in DM					
	1994	1995	1996	1997	1998
<b>Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Brandenburg insgesamt</b>	<b>490,97</b>	<b>577,34</b>	<b>488,64</b>	<b>526,94</b>	<b>581,29</b>
davon:					
Kreisfreie Städte	638,26	650,40	560,59	666,18	795,30
Kreisangehörige Gemeinden einschl. Amtshaushalte	460,03	562,11	474,00	499,61	540,97
Landkreise (Kreisverwaltungen)	0,11	0,27	0,26	0,27	0,28
Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg					

# Rahmenbedingungen

Deutlich wird hierbei, dass sich die Steuereinnahmen seit 1994 z.T. erheblich erhöht haben.

Ein realistisches Bild der finanzpolitischen Möglichkeiten und Spielräume ergibt sich allerdings erst dann, wenn bedacht wird, dass die kommunalen Finanzhaushalte auch entsprechenden Zinsbelastungen unterworfen sind. Zwar sind seit 1994 die Steuereinnahmen des Landes insgesamt gestiegen, gleichzeitig hat sich jedoch auch die Verschuldung des Landes Brandenburg, wie auch seiner Gemeinden und Gemeindeverbände, erhöht. Sehr deutlich wird dies in der Pro-Kopf-Verschuldung der Brandenburger Bevölkerung, die sowohl im Landesdurchschnitt als auch in den kreisfreien Städten, den kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Amtshaushalte) und Landkreisen (Kreisverwaltungen) seit 1994 kontinuierlich zugenommen hat.

Schulden und die deshalb erforderlichen Zinszahlungen und Tilgungen beschneiden den sozialpolitischen Handlungsspielraum von Gebietskörperschaften unterschiedlich stark. Zwar hat sich der Anteil der Steuereinnahmen an den bereinigten Gesamtausgaben („Steuerdeckungsquote“) für das Land Brandenburg von 45,9% im Jahr 1995 auf 47,7% im Jahr 1999 erhöht (alte Bundesländer 1999: 75,7%), dies entspricht aber noch nicht der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, das 1998 pro Erwerbstätigem 65,4% des bundesdeutschen Durchschnittes bzw. pro Einwohner 60,4% des bundesdeutschen Durchschnitts betrug.

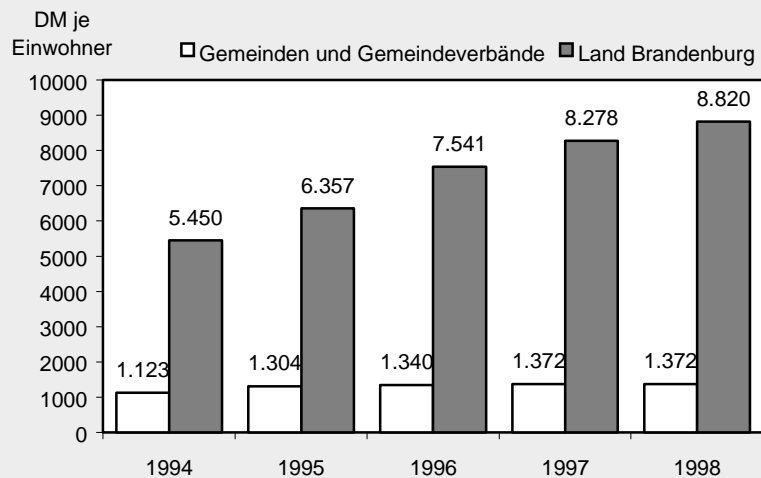
In den zurückliegenden Jahren erlegte sich das Land außerordentliche Investitionsquoten (von 28,8% im Jahr 1995 bis 22,2% im Jahr 1999) auf, um

Brandenburg: hohe Investitionsquoten

Indikator Nr. 01 - 07: Finanzwirtschaftliche Quoten					
Finanzwirtschaftliche Eckdaten					
	1995	1996	1997	1998	1999
Steuerdeckungsquote 1)	45,9	41,5	44,2	45,6	47,7
Kreditfinanzierungsquote 2)	15,6	12,8	8,9	8,3	6,8
Personalausgabenquote 3)	24,3	25,1	25,8	25,5	25,6
Zinsausgabenquote 4)	-	5,5	6,5	7,2	7,0
Zinssteuerquote 5)	10,0	12,7	13,9	15,8	14,6
Investitionsquote 6)	28,8	25,6	23,5	24,1	24,4
1) Anteil der Steuereinnahmen (ohne LFA, BEZ und steuerähnl. Abgaben an den bereinigten Gesamtausgaben) 2) Anteil der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt an den bereinigten Gesamtausgaben 3) Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben 4) Anteil der Zinsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben 5) Anteil der Zinsausgaben an den Steuereinnahmen (ohne LFA, BEZ und steuerähnl. Abgaben) 6) Anteil investiver Ausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben					
Datenquelle: Veröffentlichungen des Ministeriums der Finanzen des Landes Brandenburg					

Indikator  
01-06

Schulden des Landes, der Gemeinden und  
Gemeindeverbände in DM je Einwohner



Quelle: LDS Brandenburg

insbesondere den Rückstand in der Infrastrukturausstattung (z.B. Straßen) zu verringern (zum Vergleich: die Investitionsquote betrug 1998 in Niedersachsen 11,3%). Damit verbunden waren jedoch eine hohe Verschuldung (die Kreditfinanzierungsquote betrug 1995 z.B. 15,6%) und eine entsprechend hohe Zinssteuerquote mit der Folge eines inzwischen rigiden Haushaltskonsolidierungskurses.

Die Verschuldung des Landes ist mit 9.660 DM pro Kopf (1999) höher als in den anderen neuen Ländern. Dagegen ist die Verschuldung der Brandenburger Kommunen - etwa im Vergleich mit Sachsen - moderat und war 1998 sogar rückläufig, was auf kommunaler Ebene auch sozialpolitische Handlungsmöglichkeiten eröffnet.

# Rahmenbedingungen

## 1.3 Ausgaben für soziale Sicherung

Die folgende Übersicht zeigt, wie sich in den vergangenen Jahren die Ausgaben der Brandenburger Gemeinden und Gemeindeverbände für die soziale Sicherung entwickelt haben. Hierbei ist zu beachten, dass diese Ausgaben seit 1996/1997 ohne das pauschalisierte Wohngeld

und die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gerechnet werden. Diese Sozialausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände bewegen sich seit Jahren auf annähernd gleichem Niveau und machen ca. ein knappes Drittel aller bereinigten Ausgaben der Kommunen aus.

<b>Indikator Nr. 01 - 05: Ausgaben für soziale Sicherung</b>			
<b>Ausgaben insgesamt und Anteile für soziale Sicherung 1992 bis 1998</b>			
	Insgesamt	bereinigte Ausgaben	davon soziale Sicherung
	(in 1000 DM)		(in Prozent)
1992	10.088.557	2.717.159	26,9
1993	10.617.887	3.113.948	29,3
1994	10.253.140	3.030.111	29,6
1995	10.714.998	3.172.048	29,6
1996	10.922.842	3.395.822	31,1
1997	10.266.826	2.833.350	27,6*
1998	10.152.776	2.754.478	27,1

\*Der Rückgang der Sozialausgaben 1997 gegenüber 1996 resultiert aus der Herausnahme des pauschalisierten Wohngeldes sowie der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (durchlaufende Gelder), soweit sie noch Bestandteil der Statistik waren.

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

## 2 Bevölkerungsstrukturen und Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg

Für die Erfassung besonderer sozialer Lagen der Bevölkerung, der Entwicklungsnotwendigkeiten hinsichtlich sozialer Infrastrukturen, der Ausdifferenzierung sozialer Gruppen, der Identifizierung sich bündelnder sozialer Problemkonstellationen usw. ist die Betrachtung grundlegender demographischer Indikatoren unabdingbar.

Die Entwicklung des Bevölkerungsstandes und der regionalen Verteilung der Bevölkerung, die Bevölkerungsdichte, die Betrachtung der Landesbevölkerung

nach sozial differenzierenden Merkmalen, wie beispielsweise nach dem Alter und dem Geschlecht, die natürliche (Lebendgeborene und Gestorbene) und räumliche (Binnen- und Außenwanderungen) Bevölkerungsbewegung, die Strukturierung der Bevölkerung nach Haushaltsgrößen, der Anteil ausländischer Bürger an einer Landesbevölkerung u.a.m. stellen zentrale Grundlagen für weitere soziale Indikatoren dar und liefern für sozial relevante langfristige Entwicklungsprozesse Basisinformationen.

### Bevölkerungsentwicklung und Sozialpolitik

- Veränderungen im Anteil bestimmter Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel der Kinder, Jugendlichen, älteren Menschen und ausländischen Bürgern, an der Gesamtbevölkerung ziehen immer auch einen besonderen sozialpolitischen Handlungsbedarf nach sich.
- Die das Land Brandenburg kennzeichnende geringe Bevölkerungsdichte - insbesondere in den nördlichen Landesteilen - und entsprechende Wanderungsbewegungen sind prägend für die regionale soziale Infrastruktur (Entvölkerungstendenzen, Verödungen bestimmter Landesteile).
- Die bereits vorhandenen, historisch gewachsenen und sich weiter verstärkenden Unterschiede in der Bevölkerungsdichte zwischen dem Berliner Umland (engerer Verflechtungsraum) und den Brandenburger Oberzentren einerseits und den ländlichen Regionen des Landes (äußerer Entwicklungsraum) andererseits, die durch Wanderungen noch verstärkt werden, verdeutlichen ein grundlegendes sozialpolitisches, demographisches und siedlungsstrukturelles Problem des Landes Brandenburg.
- Die Zusammensetzung der Landesbevölkerung nach bestimmten Haushaltstypen und deren Entwicklungstendenzen haben unmittelbaren Einfluss auf die soziale Entwicklung der jeweiligen Regionen.

Indikator Nr. 02 - 01: Bevölkerungsstand									
Bevölkerungsstand im Land Brandenburg insgesamt und nach Geschlecht sowie im engeren Verflechtungsraum/äußeren Entwicklungsraum 1994 bis 1998									
Verwaltungsbezirk									
Bevölkerung am	Land Brandenburg			Engerer Verflechtungsraum			Äußerer Entwicklungsraum		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
31.12.1994	2.536.747	1.242.804	1.293.943	789.660	387.798	401.862	1.747.087	855.006	892.081
31.12.1995	2.542.042	1.248.325	1.293.717	806.386	397.619	408.767	1.735.656	850.706	884.950
31.12.1996	2.554.441	1.257.213	1.297.228	826.841	408.585	418.256	1.727.600	848.628	878.972
31.12.1997	2.573.291	1.267.196	1.306.095	855.645	422.429	433.216	1.717.646	844.767	872.879
31.12.1998	2.590.375	1.276.518	1.313.857	887.433	437.794	449.639	1.702.942	838.724	864.218

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

## 2.1 Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung

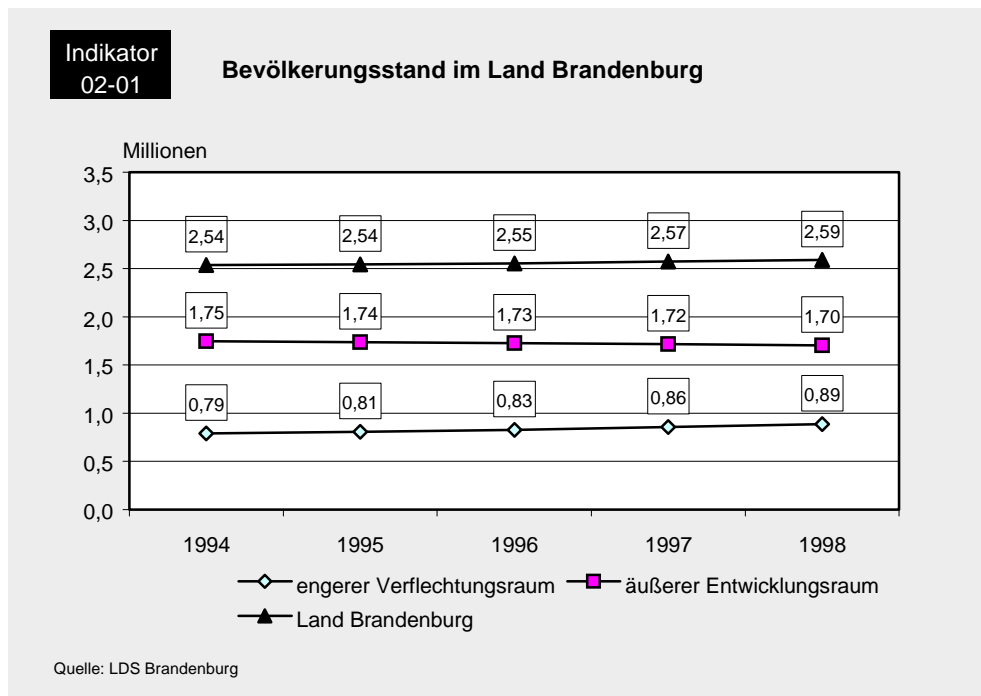
Das Land Brandenburg hatte per 31. Dezember 1998 eine Gesamtbevölkerung von 2.590.375 Einwohnern. Davon waren 50,7 Prozent der Bevölkerung weiblichen und 49,3 Prozent männlichen Geschlechts. Seit dem 31. Dezember 1994 hat die Bevölkerung des Landes Brandenburg um 53.628 Personen zugenommen, dieser Bevölkerungszuwachs wird zu 62,8 Prozent von männlichen und zu 37,2 Prozent von weiblichen Personen getragen.

Nach den vorläufigen Zahlen für 1999 wuchs die Bevölkerung Brandenburgs bis Ende 1999 auf 2.601.207 Einwohner. Das Wachstum der Bevölkerung im Land Brandenburg in den vergangenen Jahren ist ausschließlich auf ein Wachstum der Bevölkerung im engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin zurückzuführen. Von 1994 bis 1998 hat hier die Bevölkerung um 97.773 Personen zugenommen, während sie im äußeren Verflechtungsraum um 44.145 Personen abnahm.

Bevölkerungswachstum im  
berlinnahen Raum  
Bevölkerungsrückgang in der  
Peripherie

# 2

## Bevölkerung



Bedenklich ist, dass alle großen Städte des Landes Brandenburg (Potsdam, Frankfurt/Oder, Cottbus, Brandenburg) seit 1994 in großem Umfang Einwohner verloren haben (Potsdam ca. sechs Prozent, Frankfurt/Oder, Cottbus, Brandenburg ca. acht Prozent). Viele Städte haben

### 2.2 Bevölkerungsdichte

Das Land Brandenburg ist in bestimmten Landesteilen, vor allem im Norden des Landes, sehr dünn besiedelt und siedlungsstrukturell im Wesentlichen ein Land der Dörfer, kleinen Gemeinden und kleinen Städte. Knapp 60 Prozent aller Gemeinden des Landes Brandenburg haben eine Einwohnerzahl unter 500 Personen und Ende 1998 lebten 61,4 Prozent aller Brandenburger Bürger in Gemeinden mit weniger als 20.000 Ein-

daher mit Problemen aus erheblichem Wohnungsleerstand, zudem noch konzentriert auf Wohngebiete mit sozial schwacher Bevölkerung, zu kämpfen.

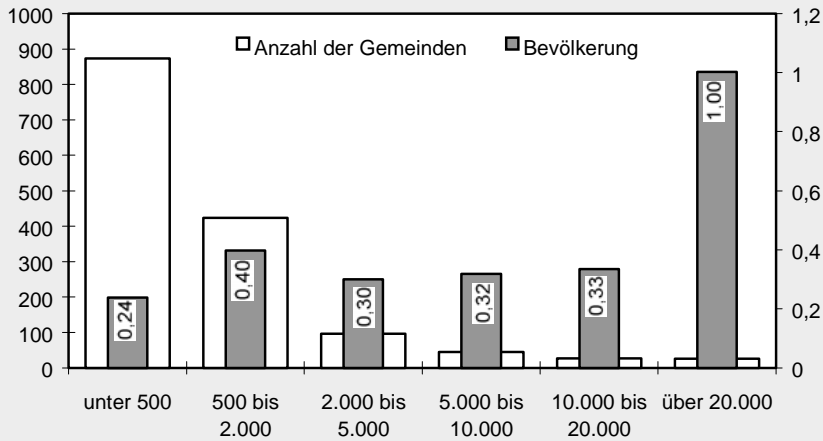
Erheblicher Bevölkerungsverlust in den Städten

Indikator  
02-01

## Gemeinden und Bevölkerung nach Gemeindegrößengruppen 1998

Anzahl der  
Gemeinden

Bevölkerung  
in Millionen



Quelle: LDS Brandenburg

wohnern. In der gegenwärtigen Legislaturperiode werden erneut Anstrengungen zu einer kommunalen Gebietsreform unternommen.

Ende 1998 ergab sich hinsichtlich der Bevölkerungsdichte nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten des Landes Brandenburg folgendes Bild:

# 2

## Bevölkerung

<b>Indikator Nr. 02 - 03: Bevölkerungsdichte</b>			
<b>Bevölkerung, Fläche, Bevölkerungsdichte im Land Brandenburg am 31.12.1998</b>			
	Bevölkerung	Fläche	Bevölkerungsdichte
	Personen	km <sup>2</sup>	Personen je km <sup>2</sup>
<b>Land Brandenburg</b>	<b>2.590.375</b>	<b>29.476,45</b>	<b>88</b>
<b>Kreisfreie Städte</b>	<b>400.910</b>	<b>615,20</b>	<b>652</b>
Brandenburg (Havel)	80.530	207,89	387
Cottbus	114.872	150,33	764
Frankfurt (Oder)	75.710	147,63	513
Potsdam	129.798	109,35	1.187
<b>Landkreise</b>	<b>2.189.465</b>	<b>28.861,26</b>	<b>76</b>
Barnim	163.937	1.494,32	110
Dahme-Spreewald	154.894	2.261,21	69
Elbe-Elster	134.684	1.889,40	71
Havelland	141.105	1.707,23	83
Märkisch-Oderland	182.968	2.127,60	86
Oberhavel	183.997	1.794,82	103
Oberspreewald-Lausitz	150.414	1.216,61	124
Oder-Spree	196.655	2.242,27	88
Ostprignitz-Ruppin	115.193	2.510,35	46
Potsdam-Mittelmark	200.022	2.682,90	75
Prignitz	98.205	2.122,94	46
Spree-Neiße	155.773	1.661,60	94
Teltow-Fläming	155.895	2.091,92	75
Uckermark	155.723	3.058,08	51
<b>Engerer Verflechtungsraum</b>	<b>887.433</b>	<b>4.477,33</b>	<b>198</b>
<b>Äußerer Entwicklungsraum</b>	<b>1.702.942</b>	<b>24.999,13</b>	<b>68</b>

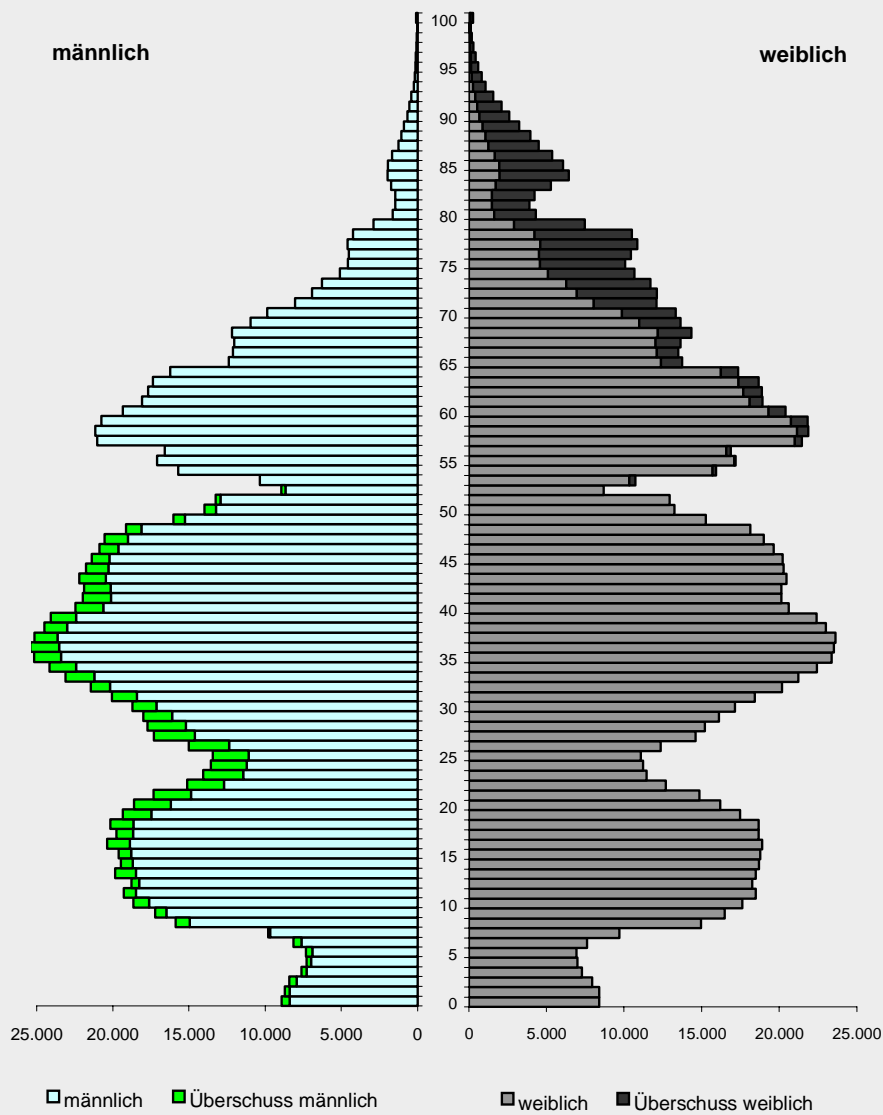
Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Das Land Brandenburg ist mit einer Bevölkerungsdichte von derzeit knapp 88 Einwohnern pro km<sup>2</sup> nach Mecklenburg-Vorpommern (78 Einwohner pro km<sup>2</sup>) das am dünnsten besiedelte Flächenland der Bundesrepublik. Allerdings muss auch hier auf den beträchtlichen Unterschied in der Bevölkerungsdichte zwi-

schen engerem Verflechtungsraum und äußerem Entwicklungsraum im Land bzw. zwischen ländlichen und städtischen Regionen hingewiesen werden. Der engere Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin war Ende 1998 ca. dreimal dichter besiedelt als der äußere Entwicklungsraum.

Indikator  
02-01

## Bevölkerung des Landes Brandenburg nach Lebensalter und Geschlecht 1998



Quelle: LDS Brandenburg

### 2.3 Altersstruktureller Aufbau der Brandenburger Bevölkerung

Der altersstrukturelle Aufbau der Brandenburger Bevölkerung lässt deutlich den Geburteneinbruch nach der Wende erkennen, der in den folgenden Jahren Auswirkungen zunächst auf die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, später auch auf den Arbeitsmarkt, das Steueraufkommen und das System der sozialen Sicherung haben wird.

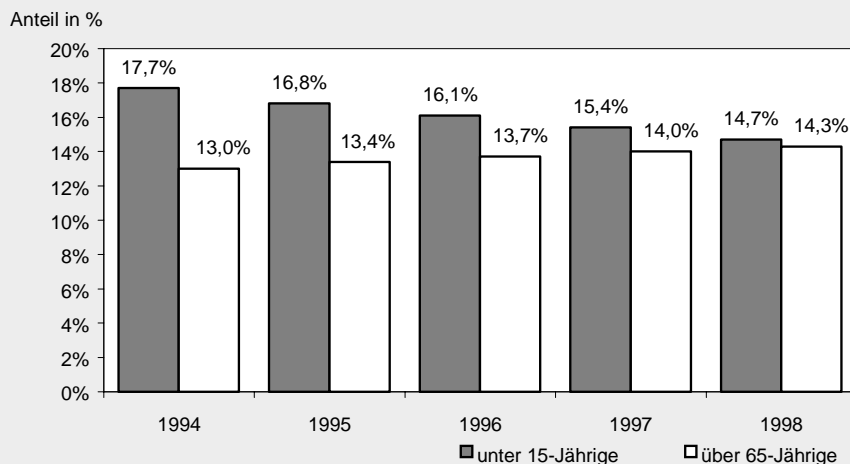
Die Entwicklung des Durchschnittsalters der Brandenburger Bevölkerung widerspiegelt den bundesweiten Trend der Alterung der Bevölkerung. Das Durch-

schnittsalter der Brandenburger Bevölkerung betrug 1998 40,4 Jahre. 1989 lag es noch bei 36,7 Jahren, 1996 war es bereits auf 39,6 Jahre angestiegen. Die Differenz zwischen dem Durchschnittsalter der weiblichen und männlichen Bevölkerung (knapp vier Jahre) ist seit 1994 konstant.

Der Bevölkerungsanteil der über 65-jährigen Personen an der Gesamtbevölkerung Brandenburgs lag Ende 1998 bei 14,3 Prozent. Dabei wird dieser Anteil im Wesentlichen durch die stärker besetzten höheren Jahrgänge der weiblichen Bevölkerung bestimmt.

Indikator  
02-05

Anteil der unter 15-Jährigen und der über 65-Jährigen  
an der Bevölkerung in Brandenburg



Quelle: LDS Brandenburg

Knapp 64 Prozent aller älteren Bürger des Landes Brandenburg (65 Jahre und älter) waren Ende 1998 weiblichen Geschlechts. Etwa vier Fünftel der über 65-jährigen Frauen leben in ländlichen Gemeinden bzw. kleinstädtischen Kommunen und ca. 70% dieser Frauen haben ihren Wohnort im äußeren Entwicklungsraum. Wie später noch gezeigt wird (siehe Kap. 2.6), leben bereits heute viele ältere Frauen alleinstehend in Einpersonenhaushalten. Eine Verschärfung der Lebenslage kann durch die dramatische Situation auf den lokalen Arbeitsmärkten

des Landes und die dadurch erzwungene Abwanderung junger Menschen, durch die geringen Beschäftigungschancen gerade für ältere weibliche Erwerbspersonen, wie auch durch die problematische Siedlungsstruktur im äußeren Entwicklungsraum entstehen. Dies bedeutet, dass für die älteren, alleinlebenden Frauen in den dünnbesiedelten, ländlichen äußeren Regionen des Landes spezifische sozialpolitische Lösungen, z.B. hinsichtlich ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, ihrer Versorgung, Betreuung, Pflege usw. zu finden sind.

Indikator Nr. 02 - 05: Bevölkerung nach Altersgruppen								
Bevölkerung des Landes Brandenburg am 31.12.1998 nach ausgewählten Altersgruppen und Geschlecht								
	Insgesamt		davon					
	männlich	weiblich	0 bis unter 15		15 bis unter 65		65 und älter	
			männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
<b>Land Brandenburg</b>	<b>1.276.518</b>	<b>1.313.857</b>	<b>195.327</b>	<b>186.174</b>	<b>946.953</b>	<b>892.394</b>	<b>134.238</b>	<b>235.289</b>
<b>Kreisfreie Städte</b>	<b>194.997</b>	<b>205.913</b>	<b>28.428</b>	<b>27.005</b>	<b>146.803</b>	<b>142.770</b>	<b>19.766</b>	<b>36.138</b>
Brandenburg an der Havel, Stadt	39.251	41.279	5.518	5.156	29.211	27.960	4.522	8.163
Cottbus, Stadt	56.006	58.866	8.443	7.903	42.275	41.192	5.288	9.771
Frankfurt (Oder), Stadt	36.712	38.998	5.594	5.436	27.835	27.425	3.283	6.137
Potsdam, Stadt	63.028	66.770	8.873	8.510	47.482	46.193	6.673	12.067
<b>Landkreise</b>	<b>1.081.521</b>	<b>1.107.944</b>	<b>166.899</b>	<b>159.169</b>	<b>800.150</b>	<b>749.624</b>	<b>114.472</b>	<b>199.151</b>
Barnim	81.152	82.785	12.323	11.844	60.822	57.296	8.007	13.645
Dahme-Spreewald	76.685	78.209	11.306	10.958	56.707	53.086	8.672	14.165
Elbe-Elster	66.168	68.516	9.938	9.419	48.519	44.930	7.711	14.167
Havelland	69.514	71.591	11.471	10.675	51.065	48.652	6.978	12.264
Märkisch-Oderland	91.022	91.946	14.030	13.536	67.446	62.651	9.546	15.759
Oberhavel	90.663	93.334	14.116	13.376	67.169	63.962	9.378	15.996
Oberspreewald-Lausitz	73.892	76.522	10.826	10.360	54.696	51.024	8.370	15.138
Oder-Spree	97.663	98.992	14.720	13.737	72.654	67.748	10.289	17.507
Ostprignitz-Ruppin	56.707	58.486	9.086	8.812	41.782	39.085	5.839	10.589
Potsdam-Mittelmark	99.427	100.595	15.728	14.932	73.553	68.378	10.146	17.285
Prignitz	47.808	50.397	7.466	6.988	34.611	32.957	5.731	10.452
Spree-Neiße	76.870	78.903	11.496	11.057	57.185	53.016	8.189	14.830
Teltow-Fläming	76.774	79.121	12.174	11.728	56.812	53.619	7.788	13.774
Uckermark	77.176	78.547	12.219	11.747	57.129	53.220	7.828	13.580
<b>Engerer Verflechtungsraum</b>	<b>437.794</b>	<b>449.639</b>	<b>67.257</b>	<b>64.095</b>	<b>326.951</b>	<b>312.029</b>	<b>43.586</b>	<b>73.515</b>
<b>Äußerer Entwicklungsraum</b>	<b>838.724</b>	<b>864.218</b>	<b>128.070</b>	<b>122.079</b>	<b>620.002</b>	<b>580.365</b>	<b>90.652</b>	<b>161.774</b>

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

# 2

## Bevölkerung

Aus der altersmäßigen Zusammensetzung der Brandenburger Bevölkerung lassen sich Indikatoren ermitteln, die sozialpolitische Handlungsnotwendigkeiten und wachsende bzw. veränderte Anforderungen an Einrichtungen der sozialen Infrastruktur verdeutlichen.

Der Kinderanteil an der Gesamtbevölkerung entwickelte sich infolge des Geburtenrückgangs in allen Landkreisen bzw.

Bevölkerungsentwicklung: weniger Kinder, mehr Ältere

kreisfreien Städten seit 1994 rückläufig. Besonders betroffen ist die Altersgruppe der Kinder von 0 bis unter 7 Jahre. Von 1994 bis 1998 ist der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung des Landes um weitere 2 Prozent, von gut 6 Prozent auf 4 Prozent (d. h. um 43.088 Kinder) gesunken (siehe auch im Tabellenanhang Indikator 02-06: Kinderquotient). Die Folgen dieses Rückgangs wirken sich vor allem auf die Krippen-, Kita- und Schulplanung des Landes Brandenburg aus, aber auch auf die verschiedenen Beratungsstellen und Betreuungsdienste für Kinder, bis hin zur Auslastung kinderärztlicher Praxen. Es ist zwar erkennbar, dass die Geburtenzahl wieder etwas zunimmt, aber das alte Niveau der Zeit vor 1990 wird wohl nicht wieder erreicht. Des Weiteren muss berücksichtigt werden, dass regional vor allem der engere Verflechtungsraum vom Wiederanstiegen der Geburten und vom Zuzug junger Familien mit Kindern profitiert - d.h. auch die Auswirkungen auf die Betreuungs-, Bildungs- und Versorgungseinrichtungen gestalten sich regional sehr unterschiedlich.

Die gegenläufige Entwicklung zeigt sich, wie bereits erwähnt, bei der Zahl der älteren Menschen. Der Anteil älterer Menschen folgt auch im Land Brandenburg seit 1994 einem grundlegenden demographischen Trend, der sich in allen Bundesländern zeigt: die Zahl älterer Menschen nimmt stetig zu. Dies zieht einen entsprechenden sozialpolitischen Handlungsbedarf im Hinblick auf eine altersgerechte Infrastruktur, die Quantität und Qualität der Altenpflege oder die Integration älterer Menschen in das Gemeinwesen nach sich. Der Landkreis Oder-Spree hat in einem Modellprojekt aufgezeigt, welche Wege hier im kommunalen Bereich gangbar sind, um alte Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung zu lassen, Wohnräume ggf. altersgerecht anzupassen, Hilfesysteme bedarfsgerecht auszurichten, aber auch kulturelle und Freizeitangebote für ältere Menschen aufzubauen.

Betrachtet man den sogenannten „Altenquotienten“, d.h. den Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, so zeigt sich, dass dieser Quotient, vom Landkreis Teltow-Fläming abgesehen, in allen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten von 1994 bis 1998 gestiegen ist. Insbesondere in den kreisfreien Städten des Landes bzw. in den nördlichen und südlichen Landkreisen des äußeren Entwicklungsraumes liegt der Altenquotient besonders hoch (siehe auch im Tabellenanhang Indikator 02-07: Altenquotient).

<b>Indikator Nr. 02 - 08: Ausländeranteil</b>			
<b>Ausländeranteil in % im Land Brandenburg 1999</b>			
31.12.99			
	Bevölkerung insgesamt	darunter Nichtdeutsche	%
Brandenburg an der Havel	78.958	2.052	2,6
Cottbus	110.894	3.085	2,8
Frankfurt (Oder)	73.832	2.630	3,6
Potsdam	128.983	5.811	4,5
Barnim	167.914	3.714	2,2
Dahme-Spreewald	157.341	3.528	2,2
Elbe- Elster	132.873	2.106	1,6
Havelland	144.944	2.410	1,7
Märkisch-Oderland	186.573	3.980	2,1
Oberhavel	189.191	2.780	1,5
Oberspreewald-Lausitz	148.124	3.768	2,5
Oder-Spree	196.784	6.010	3,1
Ostprignitz-Ruppin	114.273	2.213	1,9
Potsdam-Mittelmark	205.788	5.185	2,5
Prignitz	97.076	1.174	1,2
Spree-Neiße	155.247	4.046	2,6
Teltow-Fläming	158.326	3.200	2,0
Uckermark	154.086	3.487	2,3
Engerer Verflechtungsraum	916.527	22.999	2,5
Äußerer Entwicklungsraum	1.684.680	38.180	2,3
<b>Land Brandenburg</b>	<b>2.601.207</b>	<b>61.179</b>	<b>2,4</b>

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

## 2.4 Ausländische Bürger im Land Brandenburg

Von besonderer sozialpolitischer Relevanz ist auch das Zusammenleben mit ausländischen Bürgern. Am 31.12.1999 lebten 61.179 Ausländer/innen in Brandenburg - dies entspricht einem Anteil von lediglich 2,4 Prozent der Bevölkerung. Dieser Anteil an der Gesamtbevölkerung ist seit 1994 relativ stabil, ent-

hält jedoch auch alle die ausländischen Personen, die nicht dauerhaft in Brandenburg leben (Flüchtlinge, Studenten, Saisonarbeiter etc.). Etwa 1.500 Ausländer/innen waren älter als 65 Jahre, etwa 9.500 waren jünger als 18 Jahre, d.h. die Mehrzahl ist im erwerbsfähigen Alter.

Anteil ausländischer Bürger seit Jahren unverändert

Auch wenn Flüchtlinge und Asylbewerber relativ gleichmäßig im Land verteilt leben, sind im engeren Verflechtungsraum besondere Entwicklungen zu beobachten. 1994 lebten 31,7 Prozent aller ausländischen Einwohner im engeren Verflechtungsraum, 1999 waren es bereits 37,6 Prozent. Dementsprechend ist ihr Anteil in den berlinferneren Regionen gesunken. Die - relativ zur Gesamtbevölkerung - meisten Ausländer/innen leben in den Städten Potsdam (4,5% der Bevölkerung) und Frankfurt/Oder (3,6%), die wenigsten in der Prignitz (1,2%).

Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Struktur der im Land Brandenburg lebenden ausländischen Einwohner wird als Besonderheit deutlich, dass der Anteil männlicher Personen mit 39.938 wesent-

lich über dem weiblicher Personen mit 21.241 liegt (siehe auch im Tabellenanhang Indikator 02-08: Nichtdeutsche Bevölkerung).

### **2.5 Natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegung**

Die Gesamtsalden der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung für das Land Brandenburg von 1994 (Abnahme um 914 Personen) bis 1998 (Zunahme um 17.084 Personen) verweisen auf einen positiven Trend in der Brandenburger Bevölkerungsentwicklung. Nach ersten Angaben für 1999 setzte sich diese Entwicklung auch im vergangenen Jahr abgeschwächt, mit einer Bevölkerungszunahme um 10.100 Personen, fort.

In der natürlichen Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg, d.h. dem Verhältnis zwischen Lebendgeborenen und Verstorbenen, zeigt sich seit 1994 wieder eine hoffnungsvolle Entwicklung, obwohl auch 1998 noch ein Sterbefallüberschuss besteht. Der Anstieg der Geburtenzahlen im Land Brandenburg beruht im Wesentlichen auf demographischen Effekten (geburtstärkere Jahrgänge bei jungen Frauen im gebärfähigen Alter, wachsende Zahl von Zuwanderern in der reproduktiven Phase, nachgeholte Geburten bei Frauen, die ihren Kinderwunsch Anfang der neunziger Jahre verschoben haben). Die räumliche Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg im Zeitraum von 1994 bis 1998, d.h. das Verhältnis zwischen Zu- und Abwanderungen, beruht weiterhin im Wesentlichen auf einem positiven Wanderungstrend, wobei - wie die Wanderungsgewinne in ihrer regionalen Gliederung zeigen - die meisten Zuzüge in das Land Brandenburg aus der Abwanderung aus Berlin in die Brandenburger Umlandgemeinden resultieren. Diese Entwicklung setzte sich 1999 fort. Der Migrationsgewinn betrug 18.000 Personen.

Im Einzelnen sind folgende demographische Prozesse zu beobachten: Der Geburtenausfall nach der Wiedervereinigung greift weit tiefer in den Lebensbaum Brandenburgs ein als etwa der erste oder zweite Weltkrieg. Während seit 1989 bis einschließlich 1993 im Land Brandenburg ein gravierender Geburtenrückgang zu verzeichnen war (von 32.997 Geborenen 1989 auf 12.238 Geborene 1993, d.h. innerhalb von nur vier Jahren ein Geburtenrückgang von ca. 63 Prozent), steigen seit 1994 die Geburtenzahlen wieder kontinuierlich. Allerdings reichte dieser Geburtenzuwachs auch bis 1998 noch nicht aus, um die insgesamt negative natürliche Bevölkerungsentwicklung umzukehren, d.h. die Sterbefälle auszugleichen. 1998 wurden insgesamt 17.146 Kinder im Land Brandenburg geboren, damit hatte die Geburtenzahl 52 Prozent des Standes von 1989 erreicht. Nach vorläufigen Angaben gab es 1999 insgesamt 17.700 Lebendgeborene, also 554 mehr als 1998.

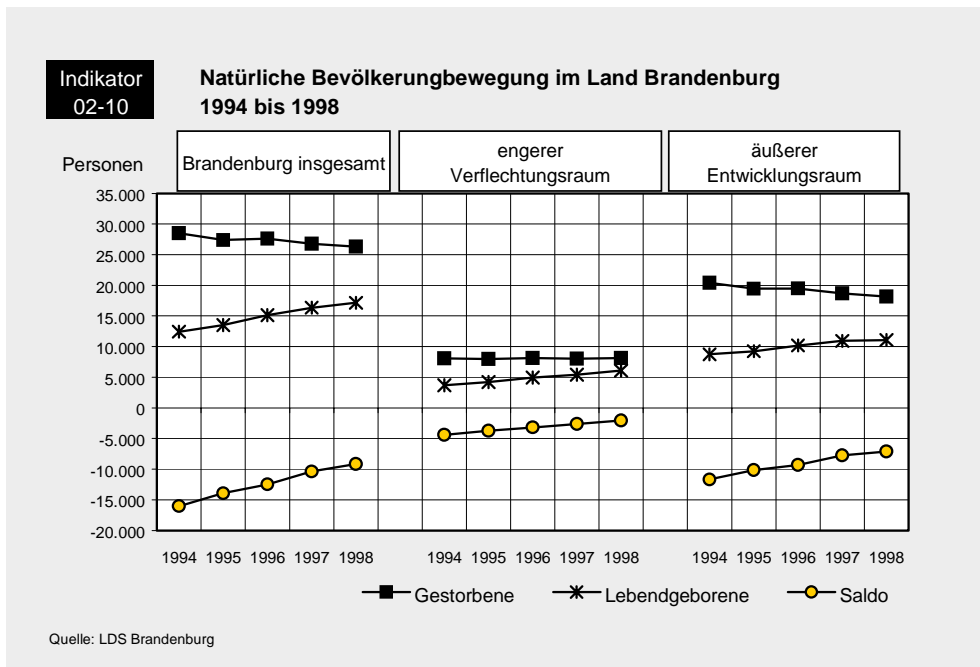
Insgesamt gestiegen ist im Land Brandenburg auch die Geburtenziffer, d.h. die Zahl der Lebendgeborenen auf 1.000 Einwohner des Landes. Wird hierbei aber die regionale Geburtenziffer nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten betrachtet, so muss auf Unterschiede hingewiesen werden: so ist die Geburtenziffer in der kreisfreien Stadt Cottbus zwischen 1997 und 1998 wieder gesunken, ebenso in den Landkreisen Oder-Spree und Elbe-Elster. Dies ist ein weiterer Hinweis auf Fernwirkungen der Abwanderung der Jugend infolge fehlender Lebensperspektiven im äußeren Entwicklungsraum. Seit 1996 liegt die Geburtenziffer im engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin über dem Landesdurchschnitt und über der des äußeren Verflechtungsraumes. Dies deutet ebenfalls auf die verstärkte Ansiedlung einer jüngeren Wohnbevölkerung im reproduktiven Lebensalter hin (siehe auch im Tabellenanhang Indikator 01-11: Geburtenziffer).

# 2

## Bevölkerung

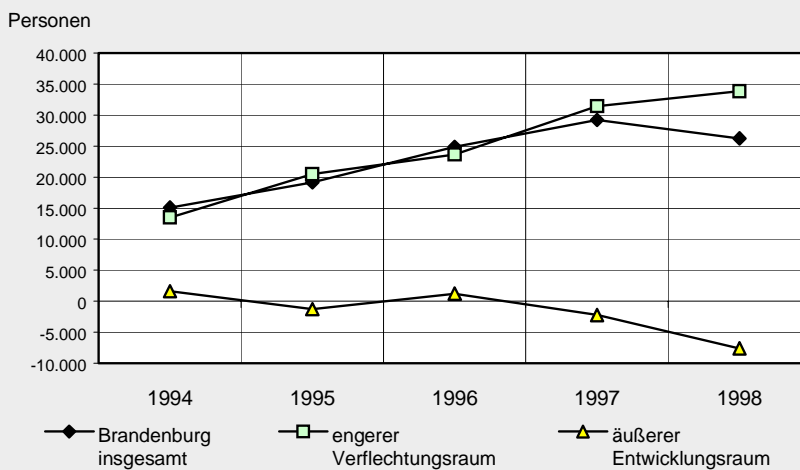
Die Zahl der Sterbefälle und die Sterberate hat im Land Brandenburg seit 1994 stetig abgenommen (1989: 31.535 Gestorbene, 1994: 28.490 Gestorbene, 1998: 26.327 Gestorbene, 1999: 25.600 Gestorbene), der Überhang der Sterbefälle zu den Geborenen verringerte sich um 1.286 Personen auf nur noch 7.900 Personen. Der Gesamtsaldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung im Land Brandenburg gewinnt seit 1994 eine deutlich sichtbare positive Tendenz. Insgesamt stellt sich die natürliche Bevölkerungsbewegung im Land Brandenburg von 1994 bis 1998 folgendermaßen dar:

Seit 1992 bewegt sich auch der Wanderungssaldo im Land Brandenburg wieder im positiven Bereich. Auch in den Jahren 1994 bis 1998 setzte sich diese Tendenz generell fort; es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass sich diese Entwicklung zwischen 1997 und 1998 abschwächte. Dies liegt insbesondere im stark gestiegenen negativen Wanderungssaldo des äußeren Entwicklungsraumes des Landes Brandenburg begründet. Die Wanderungssalden nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten, wie auch das jeweilige Wanderungsvolumen zeigen, wie bereits erwähnt, dass insbesondere die kreisfreien Städ-



Indikator  
02-13

Wanderungssaldo im Land Brandenburg 1994 bis 1998



Quelle: LDS Brandenburg

te des Landes, einschließlich der Landeshauptstadt Potsdam, und die Landkreise, die sich im Norden und Süden des Landes Brandenburg befinden, in den letzten Jahren kontinuierlich Bevölkerung verloren haben. Die Entwicklung verdeutlicht sich auch bei Betrachtung des Wanderungsvolumens.

Bevölkerungsgewinne im Land Brandenburg durch Wanderung resultieren im Zeitraum 1994 - 1999 in erster Linie aus Zuwanderungen von Berlin. Hierbei profitierten naheliegenderweise vor allem die Gemeinden im engeren Verflechtungsraum. Der Saldo aus Zu- und Abwanderung von und nach Berlin hat sich dabei seit 1994 nahezu verdreifacht. Bei den Wanderungsbewegungen in den letzten

Jahren zeigt sich aber auch, dass vor allem Brandenburger aus den südlichen und nördlichen Landesteilen des äußeren Entwicklungsraumes (Landkreise Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz, Elbe-Elster, Uckermark, Ostprignitz-Ruppin) bzw. aus den Städten Brandenburg, Cottbus und Frankfurt/Oder

verstärkt nach Berlin ziehen. Dies dürfte sowohl durch günstigere Arbeitsmarktchancen im Großraum Berlin verursacht sein als auch eine Reaktion auf problematische Infrastrukturentwicklungen in dünnbesiedelten Landesteilen (Defizite in den wirtschaftlichen, verkehrstechnischen, sozialen, kulturellen Infrastrukturen) darstellen.

Hohe Wanderungsverluste an jungen Menschen in der Peripherie des Landes

### 2.6 Haushalts- und Familienstrukturen im Land Brandenburg

Im April 1998 lebten knapp 2,6 Millionen Brandenburger in 1,12 Millionen Haushalten, 1999 waren es nach den vorläufigen Zahlen 1,15 Millionen Haushalte, ein Zuwachs von etwa 2%).

Im Zeitraum von 1994 bis 1999 hat sich vor allem die Zahl kleiner Haushalte (Ein- bzw. Zweipersonenhaushalte) im Land Brandenburg weiter erhöht, allein 1999 hat die Zahl der Einpersonenhaushalte um 4,6% zugenommen. Dagegen hat die Zahl der Vierpersonenhaushalte am stärksten abgenommen. Kaum Veränderungen gab es in der Anzahl der Dreipersonenhaushalte und der großen Haushalte mit fünf und mehr Personen.

Ca. 29 Prozent aller Brandenburger Haushalte waren 1998 Einpersonenhaushalte und knapp 35 Prozent Zweipersonenhaushalte. Der Anteil der Vierpersonenhaushalte an allen Brandenburger Haushalten, der 1994 noch 17 Prozent betrug, ist 1998 auf 14 Prozent gesunken. Das weitere Ansteigen der Zahl kleiner Haushalte in den vergangenen Jahren bestätigt aus einer anderen Perspektive die bereits erwähnten demographischen Veränderungen innerhalb der Brandenburger Bevölkerung (Alterung der Wohnbevölkerung, Zunahme der Anzahl Alleinlebender in Einpersonenhaushalten).

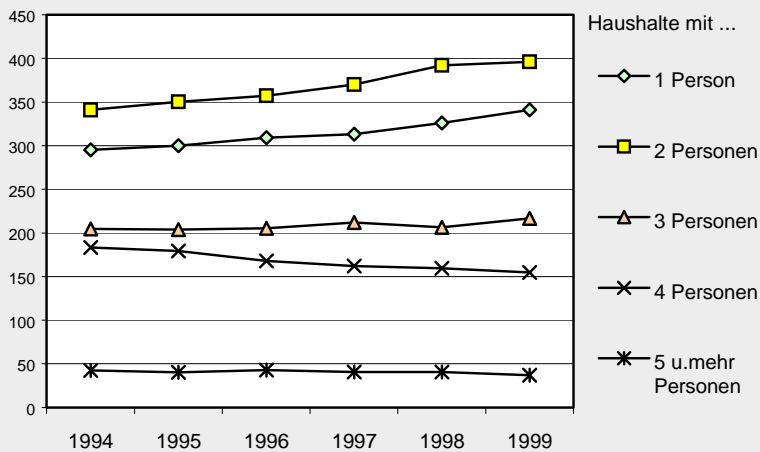
Haushalte sind Zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaften bzw. einzeln lebende und wirtschaftende Personen, nicht identisch mit der Zahl der Familien.

Die amtliche Statistik erfasst als „Familien“ Ehepaare mit und ohne Kinder, alleinerziehende ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Väter und Mütter mit ihren im gleichen Haushalt lebenden Kindern. Ein modifizierter Familienbegriff (vgl. z.B. den 5. Familienbericht der Bundesregierung oder den Brandenburger Familienbericht) versteht unter „Familien“ dagegen Ehepaare mit Kindern, nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern und Alleinerziehende mit ihren Kindern. Ehepaare und Lebensgemeinschaften ohne Kinder gelten danach nicht als Familien. Die statistisch eindeutige Erfassung der unterschiedlichen Formen familiären und partnerschaftlichen Zusammenlebens ist bisher allerdings noch recht schwierig. Wir werden jedoch bei der Aktualisierung des Indikatorenansatzes nach Möglichkeit auch diesen modifizierten, sozialpolitisch sinnvolleren, Familienbegriff berücksichtigen.

Indikator  
02-16

## Haushalte nach Haushaltsgröße im Land Brandenburg von 1994 bis 1999

Anzahl in Tausend



Quelle: LDS Brandenburg

Es zeigt sich bei detaillierter Betrachtung der Entwicklung der Haushaltsstrukturen nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten des Landes Brandenburg aber auch, dass sich vor allem kleine Haushalte (Ein- und vor allem Zweipersonenhaushalte) im engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin entwickeln und ansiedeln (siehe auch im Tabellenanhang Indikator 02-16: Haushaltsgröße).

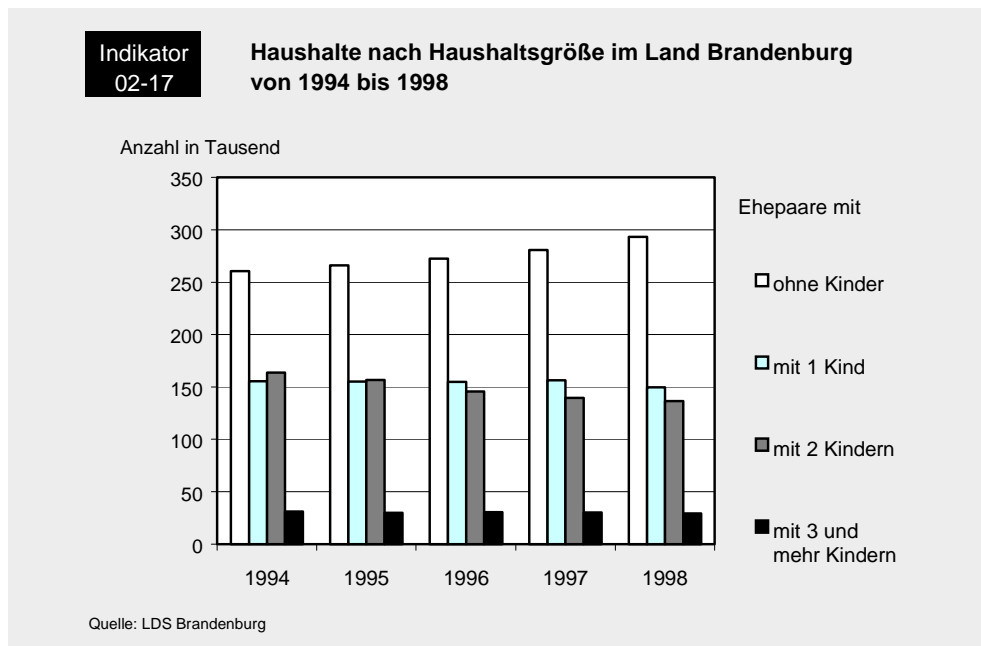
Diese demographischen und sozialstrukturellen Prozesse im Land Brandenburg zeigen sich auch, wenn die Entwicklung der Familienstrukturen betrachtet wird.

1998 gab es im Land Brandenburg ca. 1,03 Millionen Familien. 59 Prozent aller Brandenburger Familien waren Ehe-

paare, in 44 Prozent aller Familien lebten im Jahr 1998 ledige Kinder. In den vergangenen Jahren hat sich die Familienstruktur im Land Brandenburg leicht verändert.

Während sich die Zahl der Ehepaare ohne Kinder und ihr Anteil an den Brandenburger Familien in den Jahren 1994 bis 1998 kontinuierlich erhöht hat (1994 waren 26,2 Prozent aller Familien im Land Ehepaare ohne Kinder, 1998 dann 28,6 Prozent), ging die Zahl der Ehepaare mit Kindern deutlich zurück. 1994 gab es noch 350.800 Ehepaare mit Kindern, 1998 waren es nur noch 315.300 - eine Herausforderung für eine kinder- und familienfreundliche Politik.

Zahl der Ehepaare mit Kindern nimmt ab



Die Zahl sowohl alleinstehender Personen als auch Alleinerziehender hat im Land Brandenburg dagegen auch von 1994 bis 1998 weiterhin stetig zugenommen. 1994 hatten 121.700 alleinstehende Eltern Kinder in ihrem Haushalt zu versorgen; dies entsprach 12,2% aller Brandenburger Familien bzw. 25,8% aller Familien mit Kindern. 1998 war ihre Zahl auf 135.900 gestiegen bzw. auf 13,2% aller Brandenburger Familien (dies entspricht 30% aller Familien mit Kin-

#### Immer mehr Alleinerziehende

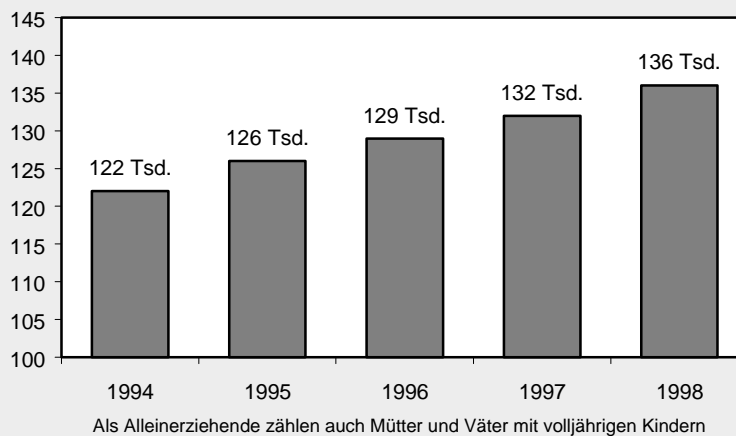
den). Alleinerziehende und z.T. auch Alleinstehende Brandenburger Bürger unterliegen besonderen Belastungen hinsichtlich der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen und sind stärker als andere Bevölkerungsgruppen auf bestimmte soziale Sicherungssysteme (z.B. Kinderbetreuung und -versorgung, Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, Hilfe und Betreuung bei Pflegebedürftigkeit, Ausgleich von Einkommensdefiziten durch entsprechende Unterstützungszahlungen) angewiesen.

den). Alleinerziehende und z.T. auch Alleinstehende Brandenburger Bürger unterliegen besonderen Belastungen hinsichtlich der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen und sind stärker als andere Bevölkerungsgruppen auf bestimmte soziale Sicherungssysteme (z.B. Kinderbetreuung und -versorgung, Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, Hilfe und Betreuung bei Pflegebedürftigkeit, Ausgleich von Einkommensdefiziten durch entsprechende Unterstützungszahlungen) angewiesen.

Indikator  
02-17

## Alleinerziehende im Land Brandenburg 1994 bis 1998

Anzahl in Tausend



Quelle: LDS Brandenburg

### 3 Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit - der Arbeitsmarkt im Land Brandenburg

Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit stellen Kernbereiche der Beschreibung und Erklärung sozialer Lagen und Befindlichkeiten der Bevölkerung dar. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wirkt sozial strukturierend und insbesondere Arbeitslosigkeit sowie prekäre Beschäftigungsverhältnisse tragen ganz wesentlich zur Ausdifferenzierung sozialer Problemgruppen bei. So lässt sich z.B. vermuten, dass Arbeitslosigkeit, vor allem Langzeitarbeitslosigkeit, eine der

wesentlichsten Ursachen für Sozialhilfebedürftigkeit ist. Auch für das Land Brandenburg gilt, dass die Zahl der Sozialhilfeempfänger tendenziell der Arbeitslosenzahl folgt.

Die Bedeutung von Arbeit und Erwerbstätigkeit liegt zum einen in ihrer Rolle für die finanzielle Situation der Menschen. Zum anderen geht die ökonomische Bedeutung der Erwerbsarbeit einher mit sozialen bzw. sozialpsychologischen Fol-

gen für die Lebensgestaltung und Lebensführung der Menschen. Arbeitslose fühlen sich, wie sich in vielen Untersuchungen gezeigt hat, von der Gesellschaft abgeschoben, sozial isoliert und in ihrer Menschenwürde beeinträchtigt. Langandauernde Arbeitslosigkeit stellt zudem einen relevanten gesundheitlichen Risikofaktor dar. Hingegen vermittelt Erwerbsarbeit soziale Kontakte, stabilisiert den sozialen bzw. gesellschaftlichen Status des Einzelnen, führt zu gesellschaftlicher Anerkennung und beeinflusst erheblich das Bewusstsein, von der Gesellschaft gebraucht zu werden bzw. einen nützlichen Beitrag für andere zu leisten.

usw.). Somit besitzen Daten über die strukturellen und regionalen Besonderheiten der Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit bzw. Arbeitslosigkeit große Bedeutung für die Analyse der sozialen Lage der Bevölkerung. Sie erlauben einen jeweils detaillierten Blick auf positive Entwicklungen am Brandenburger Arbeitsmarkt wie auch auf arbeitsmarktpolitische und somit soziale Problemgruppen (insbesondere Frauen, Langzeitarbeitslose, Jugendliche ohne Ausbildung, Erwerbsfähige in höherem Lebensalter, geringfügig Beschäftigte usw.). Damit können auch Informationen über die Zugangschancen dieser Gruppen zum Arbeitsmarkt und über Fra-

**Die Arbeitsmarktsituation im Land Brandenburg ist charakterisiert durch:**

- massive wirtschaftsstrukturelle Umbrüche seit 1989,
- erhebliche Reduzierung des Arbeitsplatzbestandes und damit der Erwerbstätigen, vor allem in traditionellen Wirtschaftsbereichen des Landes wie der Landwirtschaft, dem Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe (Rückgang um insgesamt ca. 30 Prozent seit 1989),
- anhaltende Strukturschwäche vor allem in den ländlichen Landesteilen des äußeren Entwicklungsraumes Brandenburg-Berlin,
- verlorene Kapazitäten im gewerblichen Bereich, die bisher noch nicht adäquat ausgeglichen werden konnten.

Die Beschäftigungsprobleme auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt wirken sich direkt auf die soziale Lage und die Lebensqualität eines beträchtlichen Teils der Brandenburger Bevölkerung aus und belasten auch die öffentlichen Haushalte sowie das Sozialversicherungssystem erheblich (z.B. durch Steuerausfälle, soziale Transferleistungen, wie für Hilfen zur Arbeit, Ausgaben für Sozialhilfe, Wohngeld, den Bezug von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld

gen einer zielgerichteten arbeitsmarktpolitischen Unterstützung bzw. Absicherung solcher Gruppen gewonnen werden.

**3.1 Erwerbspersonen und Erwerbsquote**

Im April 1999 gab es in Brandenburg ca. 1,4 Millionen Erwerbspersonen, darunter waren ca. 250.000 Erwerbslose. Die Erwerbsquote (Anteil der Erwerbs-

personen an der Bevölkerung) betrug insgesamt 54,5%, die der Frauen 50,1% und die der Männer 59,1%. In der DDR war die Erwerbstätigkeit von Frauen eine Selbstverständlichkeit. Dies zeigt sich noch immer in der höheren Frauenerwerbsquote in den neuen Bundesländern; sie betrug 1998 in den neuen Ländern durchschnittlich 48,6%, in Brandenburg 49,6%, im Durchschnitt der alten Bundesländern dagegen nur 39,7% - eine der geringsten Quoten im europäischen Vergleich.

Folgende grundlegende Trends der Entwicklung des Bestandes an Erwerbspersonen im Land Brandenburg seit 1994

lassen sich feststellen (siehe auch im Tabellenanhang Indikator 03-01: Erwerbspersonenpotential):

- mit zunehmender Bevölkerungszahl nimmt seit 1996 auch wieder die Zahl der Erwerbspersonen im Land Brandenburg zu,
- die Zahl der männlichen Erwerbspersonen steigt seit 1994 kontinuierlich, während die der weiblichen von 1994 bis 1996 gefallen ist und erst seit 1997 wieder leicht ansteigt. Sie liegt unter der der männlichen Erwerbspersonen,
- die Erwerbsquote hat im Vergleich zu 1994 geringfügig zugenommen.

## **Was ist was: Erwerbspersonen, Erwerbstätige, Erwerbslose, Arbeitslose**

### 1. Erwerbspersonen:

Als Erwerbspersonen gelten Personen mit Wohnsitz im Land Brandenburg, die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen (Selbständige, mithelfende Familienangehörige, abhängig Beschäftigte). Die Erwerbspersonen umfassen Erwerbstätige und Erwerbslose. Die Erwerbsquote ist der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung. Zu unterscheiden sind Erwerbsquoten mit Bezug auf die Gesamtbevölkerung und Erwerbsquoten mit Bezug auf eine Altersgruppe oder ein Geschlecht. Datengrundlage ist hier der Mikrozensus.

### 2. Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Als Erwerbstätige gelten alle Arbeiter, Angestellten, Beamten, Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Die Erwerbstätigenquote drückt analog zur Erwerbsquote deren Anteil an der Bevölkerung aus. Datengrundlage ist hier der Mikrozensus oder die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten beruht wiederum auf einer anderen Grundlage, die drei Datenquellen sind nicht kompatibel.

### 3. Erwerbslose und Arbeitslose

Erwerbslose sind alle, die eine Erwerbstätigkeit suchen. Arbeitslose sind die beim Arbeitsamt als arbeitslos Gemeldeten. Die statistische Erfassung der Erwerbslosen basiert auf dem Mikrozensus, die statistische Erfassung der Arbeitslosen auf der Arbeitslosenstatistik.

# 3

## Arbeitsmarkt

### 3.2 Erwerbstätige und Erwerbstätigenquote

Mit Stand April 1999 gab es im Land Brandenburg insgesamt 1.164.700 Erwerbstätige (Mikrozensus). Vergleichbare Angaben liegen für 1989 nicht vor.

Brandenburger Erwerbstätigenquote: im Bundesdurchschnitt, aber hoher Anteil des zweiten Arbeitsmarktes

Legt man die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zugrunde, hat die Zahl der Erwerbs-

tätigen in Brandenburg seit 1989 um fast 500.000 abgenommen. Dies verdeutlicht

die Dimensionen des Beschäftigungsabbaus in den vergangenen Jahren. Dabei ist der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen in dieser Zeit von fast 50% auf etwa 45% (1999: Angaben aus dem Mikrozensus) zurückgegangen, d.h. Frauen wurden überproportional stark vom Arbeitsmarkt verdrängt.

Im Vergleich der einzelnen Bundesländer wird deutlich, dass sich das Land Brandenburg hinsichtlich der Erwerbstätigenquote im Bundesdurchschnitt bewegt,

<b>Indikator Nr. 03 - 05: Sektorale Zusammensetzung der Beschäftigten</b>			
<b>Erwerbstätige im Land Brandenburg nach Wirtschaftsbereichen und Geschlecht im April 1999 (Mikrozensus) in 1000</b>			
	Insgesamt	männlich	weiblich
Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	60,5	37,7	22,8
Produzierendes Gewerbe	358,5	287,1	71,4
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	150,5	106,5	44,0
Energie- und Wasserversorgung	16,5	11,6	4,9
Baugewerbe	191,5	169,0	22,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	260,1	128,3	131,8
Handel und Gastgewerbe	190,6	79,7	110,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	69,5	48,6	20,9
Sonstige Dienstleistungen	485,6	186,3	299,3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	27,5	8,8	18,7
Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	70,9	36,1	34,8
Öffentliche Verwaltung u.ä.	126,1	64,3	61,8
Öffentliche und private Dienstleistungen	261,1	77,1	184,0
<b>Wirtschaftsbereiche zusammen</b>	<b>1164,7</b>	<b>639,4</b>	<b>525,3</b>

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Indikator Nr. 03 - 03: Erwerbstätigenquote					
Bevölkerung, Erwerbstätige und -quoten im April 1998 nach Ländern					
Länder	Bevölkerung insgesamt	alle Erwerbstätige	Erwerbstätigen- quote A*	Erwerbstätige 15 bis unter 65	Erwerbstätigen- quote B**
	1000		Prozent	1000	Prozent
Baden-Württemberg	10.397	4.795	46,1	4.734	45,5
Bayern	12.061	5.743	47,6	5.653	46,9
Berlin	3.418	1.477	43,2	1.466	42,9
<b>Brandenburg</b>	<b>2.579</b>	<b>1.124</b>	<b>43,6</b>	<b>1.120</b>	<b>43,4</b>
Bremen	672	275	40,9	272	40,5
Hamburg	1.703	787	46,2	778	45,7
Hessen	6.031	2.664	44,2	2.635	43,7
Mecklenburg-Vorpommern	1.805	758	42,0	755	41,8
Niedersachsen	7.846	3.369	42,9	3.337	42,5
Nordrhein-Westfalen	17.969	7.405	41,2	7.338	40,8
Rheinland-Pfalz	4.017	1.749	43,5	1.731	43,1
Saarland	1.078	428	39,7	427	39,6
Sachsen	4.512	1.887	41,8	1.877	41,6
Sachsen-Anhalt	2.694	1.098	40,8	1.096	40,7
Schleswig-Holstein	2.758	1.231	44,6	1.214	44,0
Thüringen	2.473	1.072	43,3	1.068	43,2
<b>Deutschland</b>	<b>82.013</b>	<b>35.862</b>	<b>43,7</b>	<b>35.501</b>	<b>43,3</b>
Früheres Bundesgebiet	66.668	29.317	44,0	28.980	43,5
Neue Länder und Berlin-Ost	15.346	6.544	42,6	6.519	42,5

\*Erwerbstätigenquote A: Anteil aller Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung  
 \*\*Erwerbstätigenquote B: Anteil der Erwerbstätigen von 15 bis unter 65 Jahre an der Gesamtbevölkerung  
 Datenquelle: Statistisches Bundesamt

aber innerhalb der neuen Bundesländer und Berlin-Ost die Spitzenposition einnimmt.

Die Entwicklung der Erwerbstätigen und der Erwerbstätigenquoten in den Jahren von 1994 bis 1999 (vgl. auch Tabellenanhang) verweist auf folgende Trends:

# 3

## Arbeitsmarkt

- Bei steigender Erwerbspersonenzahl im Alter zwischen 15 und 65 Jahren stieg seit 1996 auch die Zahl der Erwerbstätigen um etwa 60.000.
- Die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen im Land Brandenburg resultiert im Wesentlichen aus der Zunahme der Bevölkerung und damit verbunden der Zunahme der Erwerbspersonen, so dass sich die Erwerbstätigenquote seit 1994 nur unwesentlich geändert hat.
- Die dynamischsten Prozesse bezüglich der Erwerbstätigkeit und des Wachstums der erwerbstätigen Bevölkerung vollzogen sich im engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin. Im berlinnahen Raum kommen die bereits dargestellten demographischen Veränderungen (Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, hohe Besiedlungsdichte) voll zur Wirkung.

Generell kann festgehalten werden, dass die Beschäftigungssituation im Land Brandenburg im engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin wesentlich günstiger ist als im Landesdurchschnitt. So lag bei den 15- bis 65-

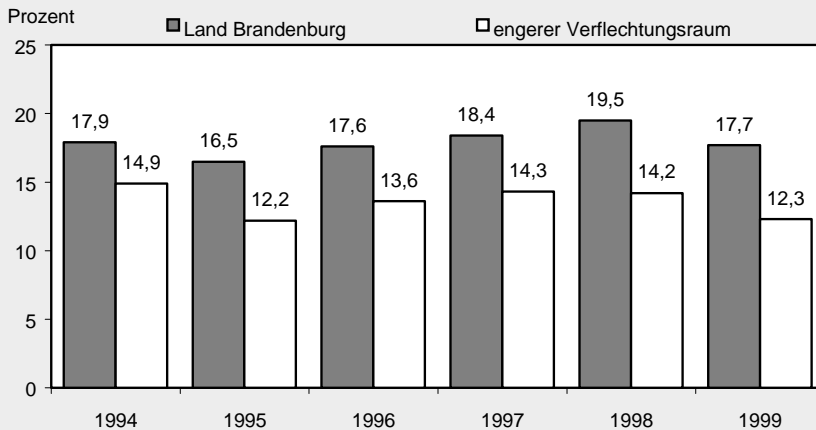
Arbeitsmarktsituation im berlinnahen Raum am günstigsten

Jährigen die altersspezifische Erwerbstätigenquote im engeren Verflechtungsraum im April 1999 bei 68%, im Land insgesamt dagegen nur bei 63%. Diese Situation spiegelt sich auch in den Zahlen zur Erwerbslo-

sigkeit wider. Im Landesmaßstab ist entsprechend der hochgerechneten Mikrozensusdaten die Erwerbslosigkeit von 17,9 Prozent im Jahre 1994 auf 19,5 Prozent im Jahre 1998 angestiegen, um erstmals 1999 wieder auf 17,7% zurückzugehen. Im engeren Verflechtungsraum lag die Erwerbslosenquote dagegen stets unter diesen Werten und betrug 12,3 Prozent im Jahr 1999 (Angaben nach Mikrozensus, jeweils April). Auch der positive Pendlersaldo des inneren Verflechtungsraums verweist auf die günstigere Arbeitsmarktsituation (siehe Tabellenanhang).

Indikator  
03-04

**Erwerbslosenquote im Land Brandenburg 1994 bis 1999**  
Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren  
an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe

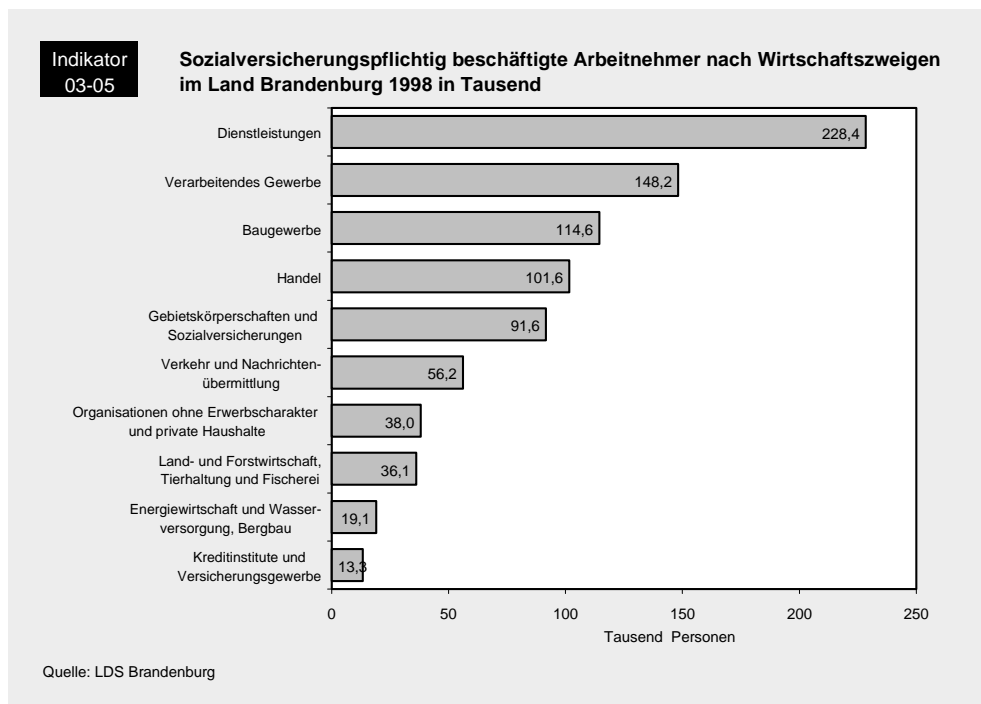


Quelle: LDS Brandenburg

### 3.3 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Selbständige

Die Verteilung der Erwerbstätigen nach Branchen und die Entwicklung der wirtschaftlichen Selbständigkeit im Berufsleben verdeutlichen neben den generellen Entwicklungstrends der Erwerbstätigkeit die wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesse im Land Brandenburg. Am 30.06.1998 gab es nach Angaben des Landesamtes für Datenver-

arbeitung und Statistik ca. 850.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Hinsichtlich der Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen des Landes zeigt sich deutlich, dass der Dienstleistungssektor, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe und der Handel die größten Beschäftigungsträger sind und die Wirtschaftskraft des Landes wesentlich bestimmen.



Diese Beschäftigtenstruktur zeigt sich auch in den einzelnen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten (siehe auch im Tabellenanhang Indikator 03-05: Sektorale Zusammensetzung der Beschäftigten). Wie im Land insgesamt, ist in den einzelnen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten die Dominanz des Dienstleistungssektors

Selbständigenquote geringer als im Bundesdurchschnitt

und des verarbeitenden Gewerbes sichtbar. In den kreisfreien Städten sind der Dienstleistungssektor und die Gebietskörperschaften/Sozialversicherungen die mit Abstand größten Beschäftigungsträger. Eine Ausnahme bildet hier die Stadt Brandenburg; dort dominieren nach

den Dienstleistungsunternehmen das verarbeitende und das Baugewerbe. Existenzgründungen und wirtschaftliche Selbständigkeit im Berufsleben gewinnen auch im Land Brandenburg seit 1994 zunehmend an Bedeutung. Im April 1998 gab es im Land Brandenburg 92.700 Selbständige, d.h. Personen, die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art wirtschaftlich oder organisatorisch als Eigentümer oder Pächter leiteten, einschließlich selbständiger Handwerksmeister oder freiberuflich bzw. als Hausgewerbetreibende tätig waren. Das entsprach einer Selbständigenquote von 8,3% (zum Vergleich: in Deutschland betrug die Quote 10,0%).

<b>Indikator Nr. 03 - 06: Selbständigenquote</b>		
<b>Selbständige und Selbständigenquote im Land Brandenburg im April 1998</b>		
	Selbständige 1000 Personen	Selbständigenquote* Prozent
Brandenburg an der Havel	2,3	7,4
Cottbus	3,4	6,8
Frankfurt (Oder)	2,0	5,9
Potsdam	4,1	6,3
Barnim	7,1	9,6
Dahme-Spreewald	5,2	8,0
Elbe-Elster	3,9	7,2
Havelland	6,2	10,0
Märkisch-Oderland	8,9	11,1
Oberhavel	7,8	9,2
Oberspreewald-Lausitz	2,9	5,2
Oder-Spree	6,5	7,7
Ostprignitz-Ruppin	2,6	5,7
Potsdam-Mittelmark	10,0	10,5
Prignitz	3,4	8,5
Spree-Neiße	6,0	9,9
Teltow-Fläming	6,4	8,8
Uckermark	3,9	6,3
<b>Land Brandenburg</b>	<b>92,7</b>	<b>8,3</b>

\*Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen  
 Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

### 3.4 Berufspendler

Die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Land Brandenburg und der Bundeshauptstadt Berlin bzw. zwischen südlichen Landkreisen und Industriestandorten im Freistaat Sachsen (Braunkohlenbergbau und -veredlung in der Lausitz) verdeutlichen sich in den Pendlerbewegungen der Berufspendler. Mitte 1998 zeigte sich, bezogen auf die

Landkreise bzw. kreisfreien Städte, dass nur die drei größten Brandenburger Städte und ehemaligen Bezirksstädte der DDR Potsdam, Cottbus und Frankfurt/Oder sowie der engere Verflechtungsraum um Berlin positive Pendlersalden zu verzeichnen hatten. Die Pendlerströme in Richtung Berlin haben auch einen wesentlichen Anteil an den relativ moderaten Arbeitslosenquoten im Berliner Umland.

<b>Indikator Nr. 03 - 09: Pendlerquote</b>			
<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Pendlersaldo und -quote</b>			
<b>im Land Brandenburg am 30.06.1998</b>			
	Insgesamt	Pendlersaldo*	Pendlerquote **
	Anzahl		Prozent
Brandenburg an der Havel	27.904	-379	-1,4
Cottbus	55.657	12.629	22,7
Frankfurt (Oder)	34.122	6.045	17,7
Potsdam	68.071	16.345	24,0
Barnim	46.994	-10.981	-23,4
Dahme-Spreewald	50.823	-5.736	-11,3
Elbe-Elster	39.374	-6.663	-16,9
Havelland	38.601	-10.907	-28,3
Märkisch-Oderland	55.134	-10.138	-18,4
Oberhavel	51.833	-14.706	-28,4
Oberspreewald-Lausitz	46.946	-3.731	-7,9
Oder-Spree	57.078	-13.687	-24,0
Ostprignitz-Ruppin	37.349	-3.160	-8,5
Potsdam-Mittelmark	63.314	-11.325	-17,9
Prignitz	29.627	-3.565	-12,0
Spree-Neiße	48.805	-4.314	-8,8
Teltow-Fläming	48.339	-10.846	-22,4
Uckermark	47.157	-5.921	-12,6
<b>Land Brandenburg</b>	<b>847.128</b>	<b>-81.040</b>	<b>-9,6</b>
Engerer Verflechtungsraum	300.544	25.865	8,6
Äußerer Entwicklungsraum	546.584	-25.865	-4,7
*Einpendler abzüglich Auspendler ergeben den Pendlersaldo			
**Pendlersaldo zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort im Land Brandenburg			
Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg			

### 3.5 Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Auswirkungen des gesellschaftlichen Umstrukturierungs- und Transformations-Prozesses auf die Arbeitsmarktlage und damit die soziale Situation vieler Privathaushalte sind auch im Land Brandenburg weitreichend und langfristig. Aufgrund der erheblichen Verringerung der Arbeitsplätze im Land sind viele ehe-

mals erwerbstätige Personen aus dem Arbeitsprozess herausgefallen. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung gehören zu den gravierendsten Veränderungen in den neuen Bundesländern seit 1989 mit erheblichen wirtschaftlichen, sozialen und psychosozialen Folgen. Arbeitslosigkeit führt nicht nur zu beträchtlichen Einkommensverlusten und Einbußen in der materiellen Lebensqualität. Der

Verlust der Erwerbsarbeit geht einher mit einer Vielzahl von Problemen in der Lebensführung und der Befindlichkeit betroffener Personen (z.B. Entwertung der Qualifikation, Defizite an Mitbestimmungs- und Einflussmöglichkeiten, Mangel an sozialer Kommunikation, Sinken des Selbstvertrauens, gesundheitliche Probleme, Auswirkungen auf das Familienleben usw.). Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit erhöhen sich die daraus resultierenden Belastungen (z.B. die Anspruchsberechtigung für Arbeitslosengeld läuft aus, die Chancen auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt sinken).

Die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit kann nur als ein ungefähres Richtmaß für den Ausschluss von Menschen aus dem Arbeitsmarkt gelten. Zu den bei den Arbeitsämtern gemeldeten arbeitslosen Personen ist eine „stille Reserve“ hinzurechnen, die sich aus Personen rekrutiert, die keinen Leistungsanspruch besitzen, nicht mehr mit einer Vermittlung in den Arbeitsmarkt rechnen oder als Frührentner aus dem aktiven Arbeitsprozess ausgeschieden sind. Nach Mikrozensusangaben haben 1991 noch 48,6% der Brandenburger ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit bestritten, 1999 waren es nur noch 43,1%. Entsprechend hat sich die Zahl derer vergrößert, die ihren Lebensunterhalt durch Sozialtransfers bestreiten müssen. Die Analyse der Arbeitsmarktdaten für das Land Brandenburg verdeutlicht, dass ohne eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, der ein breiter gesellschaftlicher Konsens zugrunde liegen muss, zum einen immer mehr Menschen von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung

ausgeschlossen werden und sich zum anderen bestimmte arbeitsmarktpolitische Problemgruppen stabil etablieren.

Im Folgenden wird die Entwicklung der Unterbeschäftigung und der Arbeitslosigkeit im Land Brandenburg nach sozial differenzierenden Merkmalen und ihrer regionalen Verteilung dargestellt. Es zeigt sich als grundlegender Trend, dass sich insbesondere die problematische Arbeitsmarktsituation von Jugendlichen, von Frauen, von älteren Arbeitnehmern und von ausländischen Bürgern kaum gemildert hat, obwohl sich seit 1997 leicht positive Tendenzen feststellen lassen. Diese wiederum resultieren im Land Brandenburg in erheblichem Maße auch aus staatlichen Fördermechanismen. Bei der Jugendarbeitslosigkeit sanken die Zahlen z.B. erst durch das Sofortprogramm der Bundesregierung zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit Anfang 1999. Auch in der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen spielt der Staat inzwischen eine wichtige Rolle, die Zahl der durch staatliche Lückenschließungsprogramme bereitgestellten Ausbildungsplätze ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Ein erhebliches Problem stellt aber nach wie vor die sog. „2. Schwelle“ dar, also der Übergang in eine Beschäftigung nach der Ausbildung.

Die Zahl der Kurzarbeiter ist in den vergangenen Jahren im Land Brandenburg stark rückläufig gewesen: waren es 1994 noch etwa 14.000 Personen, so waren es 1999 nur noch knapp 4.000 Personen, davon waren etwa drei Viertel Männer (siehe auch Tabellenanhang).

Nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit

# 3

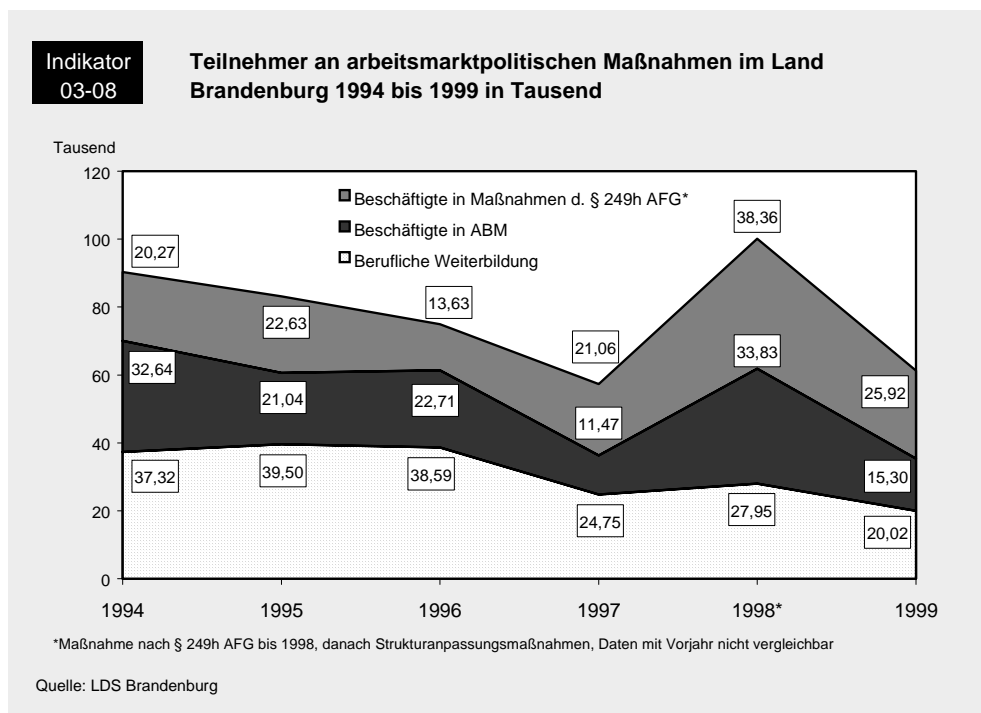
## Arbeitsmarkt

Die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist nach den Ergebnissen des Brandenburger Betriebspanels 1999 leicht auf 35.000 zurückgegangen, hier spielt sicher die veränderte Gesetzgebung zu den 630-DM-Jobs seit April 1999 eine Rolle.

Ein weiteres Problem stellt die zunehmende Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse dar. Sofern es sich dabei um Vollzeitstellen handelt (was vielfach der Fall ist), sind die unmittelbaren Folgen für die materielle Absicherung der Menschen zwar weniger gravierend, aber die längerfristige Verlässlichkeit der Lebensbe-

dingungen, die Planbarkeit der beruflichen und familiären Zukunft sowie die psychosoziale Befindlichkeit der Menschen wird davon dennoch erheblich beeinträchtigt. Sozialpolitisch tragfähige Antworten darauf stehen bisher aus.

Aufgrund der Förderung von Beschäftigungsmaßnahmen durch die Bundesanstalt für Arbeit konnte der Arbeitsmarkt in Brandenburg in den letzten Jahren zeitweilig entlastet werden. Im Detail zeigt sich für die vergangenen Jahre folgendes Bild:



Trotz aller arbeitsmarktentlastender Effekte durch beschäftigungspolitische Maßnahmen und auch durch wirtschaftliche Entwicklungsimpulse waren im Dezember 1999 noch 229.926 Menschen ohne Arbeit, davon 54 Prozent Frauen. Die Arbeitslosenquote ist damit von 17,7 Prozent im Dezember 1998 auf 19,1 Prozent im Dezember 1999 gestiegen (Berechnungsbasis: Daten der Arbeitsverwaltung).

Dementsprechend nahmen in den vergangenen Jahren die finanziellen Belastungen der öffentlichen Hand vor allem durch den Ausfall an Lohnsteuer sowie ergänzenden Sozialleistungen zum Arbeitslosengeld und zur Arbeitslosenhilfe in erheblichem Maße zu.

Mit den Problemen wachsender Arbeitslosigkeit sind ausnahmslos alle Brandenburger Landkreise bzw. kreisfreien Städte konfrontiert. Die regionalen Unterschiede hinsichtlich der Entwicklung von Arbeitslosigkeit im Land Brandenburg zeigen allerdings auch, dass nach wie vor jene Regionen von hoher Arbeitslosigkeit betroffen sind, in denen sich zu DDR-Zeiten klassische Industriestandorte mit Großbetrieben befanden (Braunkohle und Energiewirtschaft, Textil- und Glasindustrie, Petrolchemie usw.).

Hohe Arbeitslosenquote bei Frauen

<b>Indikator Nr. 03-10: Arbeitslose</b>						
<b>Arbeitslose und Arbeitslosenquoten insgesamt und nach Geschlecht</b>						
<b>im Land Brandenburg im Dezember 1994 bis 1999</b>						
	1994	1995	1996	1997	1998	1999
<b>Arbeitslose insgesamt</b>	<b>161.222</b>	<b>174.190</b>	<b>195.526</b>	<b>233.748</b>	<b>209.030</b>	<b>229.926</b>
davon						
Männer	55.305	67.020	81.909	100.959	98.966	106.008
Frauen	105.917	107.170	113.617	132.789	110.064	123.918
<b>Arbeitslosenquote insgesamt</b>	<b>13,8</b>	<b>15,1</b>	<b>17</b>	<b>20,2</b>	<b>17,7</b>	<b>19,1</b>
Männer	9,2	11,3	13,8	16,8	16,2	17,1
Frauen	18,8	19,1	20,4	23,9	19,3	21,2

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

<b>Indikator Nr. 03 - 10: Arbeitslose</b>						
<b>Arbeitslosenquoten im Land Brandenburg im Dezember 1994 bis 1999</b>						
	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Brandenburg (Havel)	.	.	.	.	21,0	23,6
Cottbus	.	.	.	.	18,4	19,4
Frankfurt (Oder)	13,7	14,5	16,1	19,7	16,8	20,0
Potsdam	.	.	.	.	11,7	12,3
Barnim	14,5	15,4	17,5	21,6	18,6	18,7
Dahme-Spreewald	10,6	11,7	13,1	16,4	15,0	15,8
Elbe-Elster	14,8	17,6	19,7	24,3	21,1	23,1
Havelland	15,3	15,2	17,9	20,6	18,0	18,2
Märkisch-Oderland	13,9	15,6	16,6	19,1	16,3	19,1
Oberhavel	16,0	15,2	17,6	19,2	17,8	17,6
Oberspreewald-Lausitz	14,9	17,8	21,5	25,9	23,5	24,5
Oder-Spree	13,6	15,5	16,5	19,1	16,0	18,2
Ostprignitz-Ruppin	15,1	16,0	18,6	22,2	19,0	20,4
Potsdam-Mittelmark	10,3	11,8	12,6	15,1	13,0	13,9
Prignitz	17,9	17,3	20,8	24,0	19,5	21,6
Spree-Neiße	12,7	14,4	17,0	21,2	20,2	21,6
Teltow-Fläming	12,6	13,8	14,6	17,6	15,3	16,6
Uckermark	19,3	20,8	23,0	26,5	21,3	24,7
<b>Land Brandenburg</b>	<b>13,8</b>	<b>15,1</b>	<b>17,0</b>	<b>20,2</b>	<b>17,7</b>	<b>19,1</b>

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Arbeitslose sind auch im Land Brandenburg keine homogene Bevölkerungsgruppe. Bereits seit Beginn der 90er Jahre haben sich auch hier besondere arbeits-

marktpolitische Problemgruppen herausgebildet, deren „Entwicklung“ als äußerst stabil

eingeschätzt werden kann. Dies betrifft in erster Linie ältere weibliche und männliche Erwerbspersonen ab 55 Jahre und älter, Jugendliche, Menschen mit Behin-

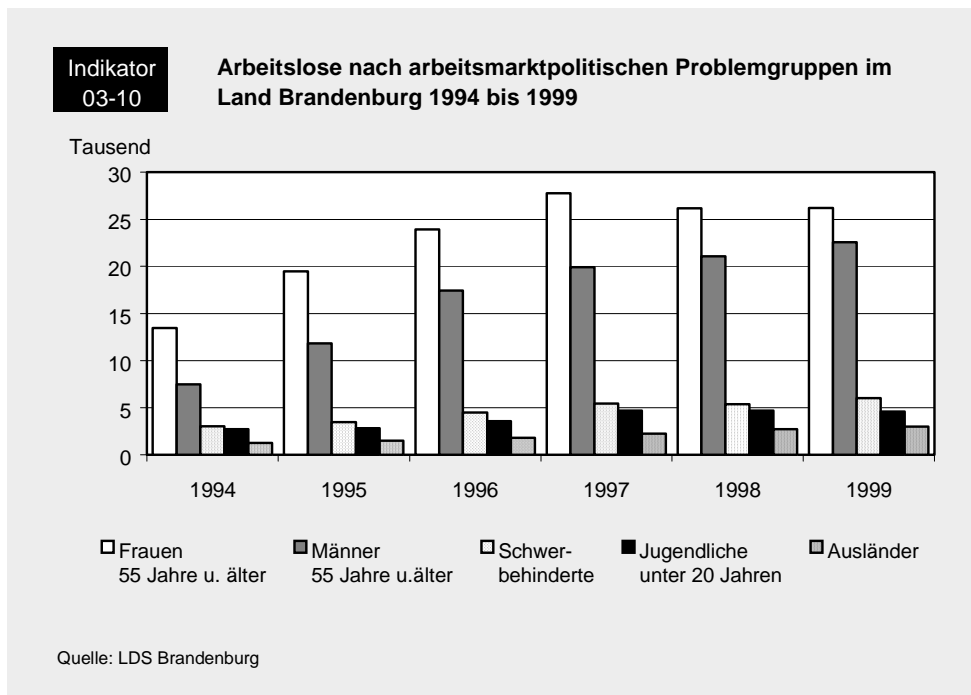
derungen und ausländische Mitbürger. Innerhalb des hier betrachteten Zeitraumes von fünf Jahren hat sich die Zahl der arbeitslosen älteren Männer annähernd verdreifacht und die der älteren arbeitslosen Frauen fast verdoppelt.

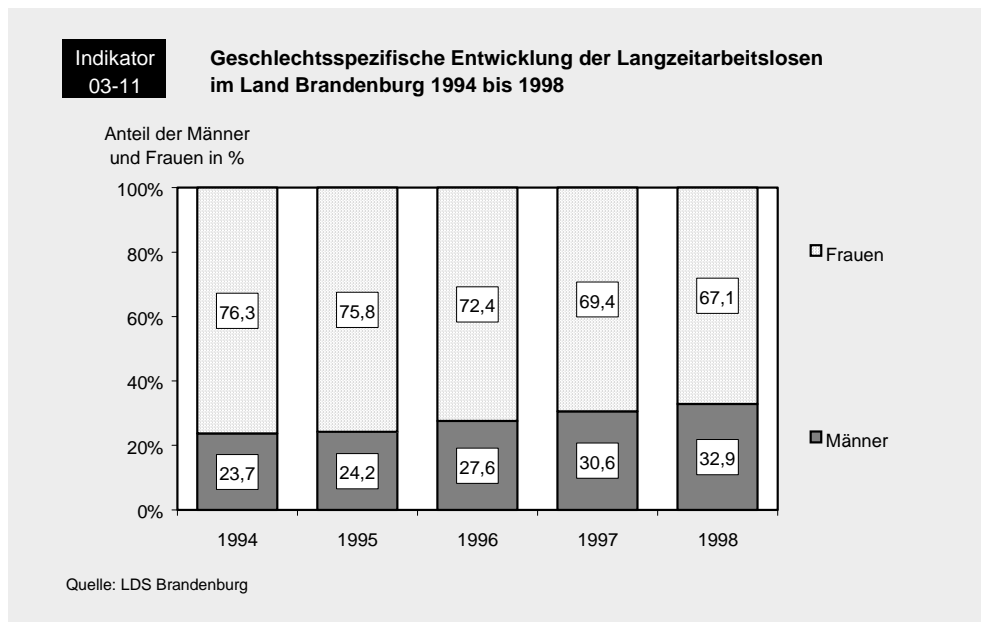
Wird hierbei der bereits angedeutete demographische Prozess der Alterung der Wohnbevölkerung im Land (siehe Kapitel 2: „Bevölkerungsstrukturen und Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg“) und die zum Teil problematische

Ältere Arbeitnehmer: Keine Chance auf dem Arbeitsmarkt?

Einkommenssituation älterer Einpersonenhaushalte unter dem Blickwinkel dieser Arbeitsmarktentwicklung betrachtet, so ist festzustellen, dass Einschränkungen bei arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Anstrengungen in erster Linie diese Gruppe treffen würden. Besondere arbeitsmarktpolitische Beachtung muss aber auch anderen Problemgruppen ge-

schenkt werden. Dies betrifft insbesondere arbeitslose Jugendliche, behinderte Menschen und Ausländer. Wie die folgende Darstellung zeigt, hat auch bei diesen Bevölkerungsgruppen seit 1994 die Arbeitslosigkeit in erheblichem Maße zugenommen (siehe auch im Tabellenanhang Indikator 03-10: Arbeitslose):





Besorgnis erregend ist auch die seit Jahren anhaltend hohe Langzeitarbeitslosigkeit im Land Brandenburg.

Frauen sind in wesentlich stärkerem Maße von längerer Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. Es zeigt sich aber auch, dass seit 1995 die Anzahl langzeitarbeitsloser Männer gewachsen ist. Die insbesondere seit 1996 erheblich gewachsene Anzahl derjenigen Langzeitarbeitslosen, die zwei Jahre und länger arbeitslos waren bzw. sind (siehe auch im Tabellenanhang Indikator 03-11: Langzeitarbeitslose), verweist hier auf eine besonders problematische Entwicklungstendenz: Insbesondere für

**Langzeitarbeitslosigkeit:  
Frauen besonders betroffen**

Langzeitarbeitslose ist es auch im Land Brandenburg komplizierter geworden, wieder im „normalen“ Arbeitsleben Fuß zu fassen. Unternehmen und Betriebe, die Arbeitsstellen anbieten, ziehen aus einer langen Verweildauer in der Arbeitslosigkeit offensichtlich negative Schlüsse hinsichtlich Arbeitsmotivation, Leistungsfähigkeit und Qualifikation.

Es kann davon ausgegangen werden, dass auch im Land Brandenburg Langzeitarbeitslosigkeit eine wesentliche Ursache der seit 1994 stetig zunehmenden Zahl Brandenburger Bürger ist, die auf Sozialhilfe (vor allem auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt) angewiesen sind. Damit folgt der Arbeitsmarkt im Land Brandenburg einem bundesweiten Trend.

## 4 Einkommensentwicklung und Einkommensverteilung

### 4.1 Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen

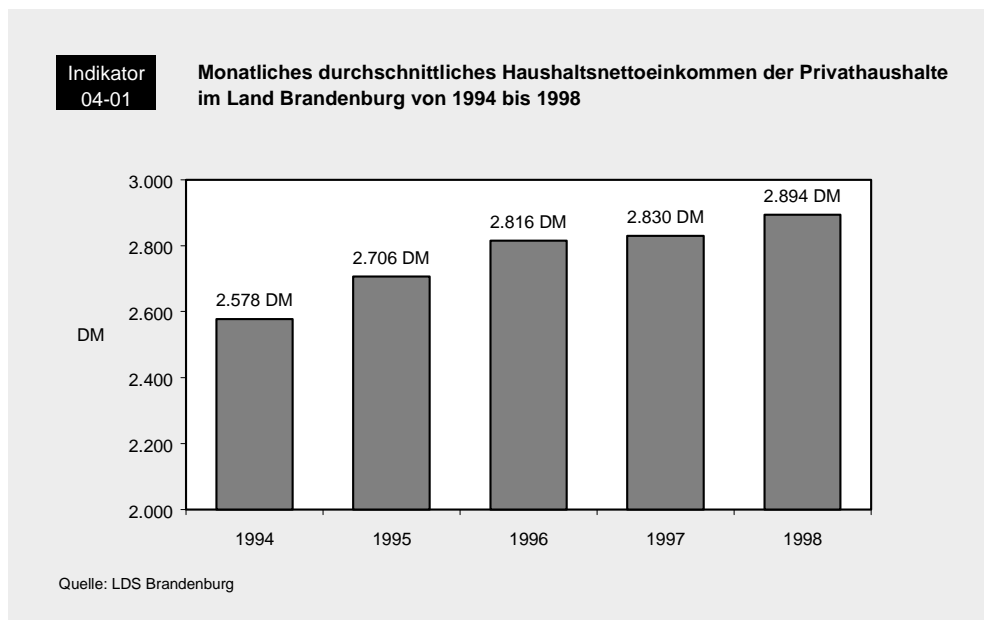
Ein zentraler Indikator für die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung ist das Haushaltsnettoeinkommen\*. Als Grundtendenzen der Einkommensentwicklung der Privathaushalte sind im Land Brandenburg, soweit sich dies anhand von Daten aus dem Mikrozensus darstellen lässt, ähnlich wie in den anderen neuen Bundesländern, eine deutliche Differenzierung und Dynamisierung der relativ stabilen und gleichmäßigen Einkommensstrukturen aus DDR-Zeiten zu beobachten. Das durchschnittliche Einkommen der Brandenburger Haushalte ist seit 1994 kontinuierlich gestiegen und lag 1998 bei 2.893,90 DM. In den zurückliegenden Jahren ist vor allem die Zahl der Haushalte mit höherem Nettoeinkommen stetig gestiegen.

Hatten 1998 noch 35,0% der Haushalte ein Nettoeinkommen über 3.500 DM, so sind es 1999 bereits 36,6% der Haushalte.

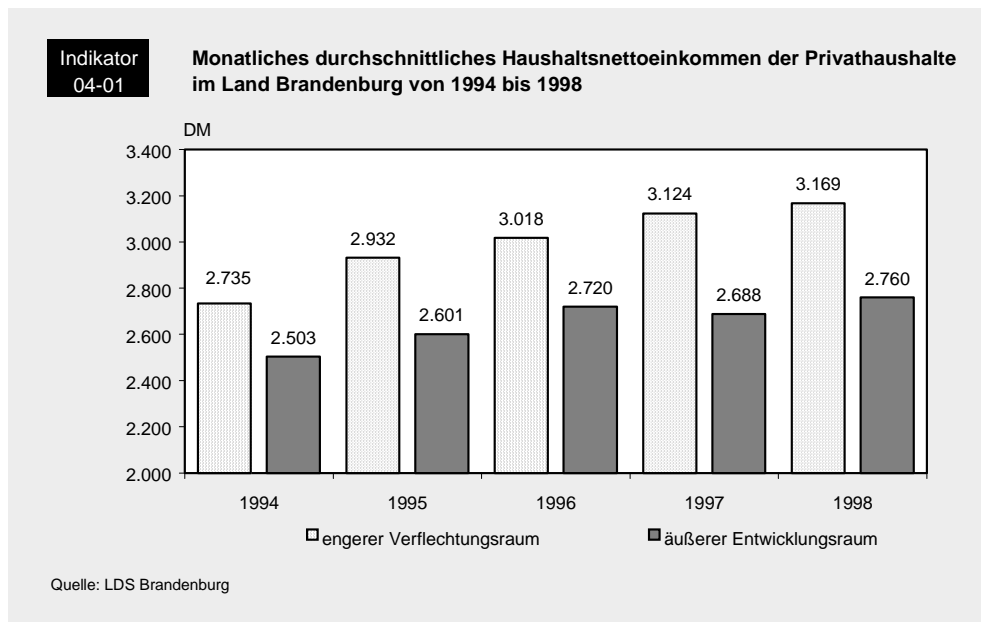
Aus den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist zu entnehmen, dass im ersten Halbjahr 1998 das durch-

schnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen in den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost) bei 75,2% des westdeutschen Niveaus lag (1993: 68,3%). In der Einkommensstruktur der ostdeutschen Haushalte spielen dabei öffentliche Transferzahlungen (z.B. Arbeitslosengeld) mit einem Anteil von 33,1% gegenüber 22,2% in den alten Ländern eine deutlich größere Rolle, Einkommen aus Vermögen mit einem Anteil von 7,3% (alte Länder: 13,5%) und Einkommen aus selbständiger Arbeit mit 4,1% (alte Länder: 7,3%) eine deutlich geringere Rolle (Angaben der Einkommens- und Ver-

Durchschnittsnettoeinkommen der Haushalte steigt kontinuierlich



\*Gesamtheit der Nettoeinkommen aller zum Haushalt gehörenden Personen, d.h. Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Arbeitslosengeld oder -hilfe, Rente, Pensionen, Unterhalt durch Angehörige, eigenes Vermögen, Zinsen, eingenommene Pachten, Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld und weitere Unterstützungen.



brauchsstichprobe). Bei der Betrachtung der Einkommensentwicklung nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten ist zu erkennen, dass sich insbesondere im engeren Verflechtungsraum die höheren monatlichen Haushaltsnettoeinkommen z.T. wesentlich stärker entwickelten als im äußeren Entwicklungsraum:

Die vorliegenden Einkommensdaten weisen deutlich auf eine Strukturveränderung der Haushaltsnettoeinkommen in den letzten Jahren hin. So hat seit 1994 die Anzahl der Brandenburger Haushalte, die untere Einkommen bezogen

**Berlinnahe Raum: Höheres Durchschnittseinkommen**

(unter 1.000 DM bzw. 1.000 bis unter 1.800 DM), insgesamt erheblich abgenommen, während die Zahl der Haushalte, die höhere Einkommen beziehen, anstieg.

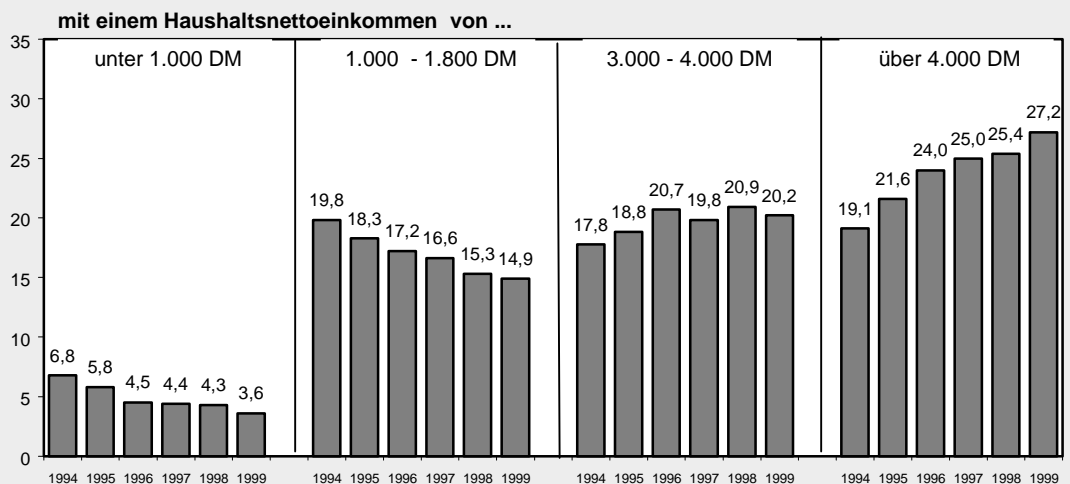
Die Zahl der Haushalte, die höhere Einkommen beziehen, anstieg.

Mussten 1994 noch 6,8 Prozent aller Brandenburger Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.000 DM ihren Lebensunterhalt bestreiten, so waren es 1998 nur noch 4,3 Prozent. Dies betraf 1998 allerdings noch immer knapp 50.000 Brandenburger Haushalte (1994 war damit allerdings noch jeder 15. Brandenburger Haushalt konfrontiert). Ähnliche Entwicklungen zeigen sich auch hinsichtlich der Einkommensgruppe 1.000 bis 1.800 DM. 1998 verfügte bereits jeder 5. Brandenburger Haushalt über ein monatliches Nettoeinkommen zwischen 3.000 und 4.000 DM und jeder 4. Haushalt hatte mehr als 4.000 DM monatlich zur Verfügung. Für knapp die Hälfte aller Brandenburger Privathaushalte (46,3 Prozent) belief sich 1998 das monatlich zur Verfügung stehende Einkommen auf eine Summe ab 3.000 DM, 1994 betraf dies

Indikator  
04-02

## Privathaushalte nach ausgewählten Haushaltsnetto-Einkommensgruppen im Land Brandenburg von 1994 bis 1999

Anteil an den Gesamthaushalten im April des jeweiligen Jahres in %



Quelle: LDS Brandenburg

noch gut ein Drittel (36,8 Prozent). Am deutlichsten zugenommen hat allerdings der Anteil der Haushalte mit einem Einkommen über 4.000 DM.

Ein sozialpolitisch aussagekräftiges Bild der Einkommensentwicklung und -verteilung ergibt sich jedoch erst, wenn die Einkommenssituation der Haushalte nach sozial differenzierenden Merkmalen betrachtet wird. Zu diesen Merkmalen gehören in erster Linie die jeweilige Haushalts- bzw. Familiengröße, das Geschlecht, das erreichte Lebensalter, der Familienstand und die Beteiligung am Erwerbsleben. Ein weiterer wesentlicher Faktor in der sozialpolitischen Beurteilung der Einkommen ist die Belastung der Haushalte mit Fixkosten, vor allem mit

Mietkosten. Darauf wird später noch eingegangen. In der Grundtendenz ähnlich veränderten sich auch die Einkommen der Haushalte, in denen Kinder zu betreuen sind (Haushalte mit drei und mehr Personen). Die Anzahl dieser Mehrpersonenhaushalte, die mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von bis zu 1.800 DM auskommen mussten, hat sich seit 1994 fast halbiert, überproportionale Einkommensentwicklungen sind in diesen Haushaltstypen vor allem in der Gruppe 4.000 DM monatlich und mehr zu verzeichnen. Während 1994 knapp 280.000 Brandenburger Familien

Starker Rückgang der Niedrigeinkommen

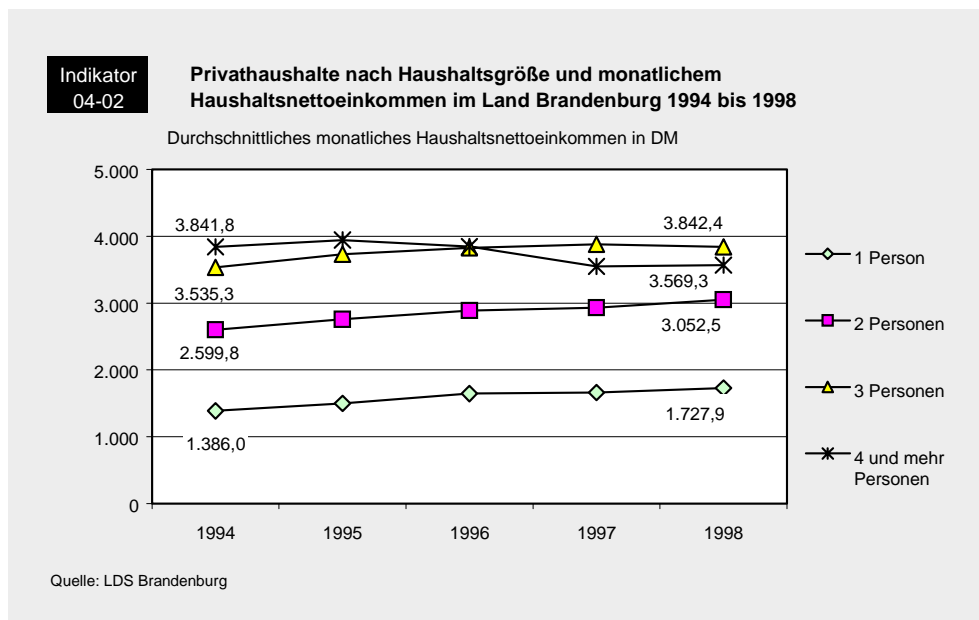
(gut ein Viertel aller Brandenburger Haushalte) über ein monatliches Einkommen ab 3.000 DM verfügen konnten, waren es 1998 307.100 Haushalte (ca. 27 Prozent aller Brandenburger Haushalte). Zunächst soll betrachtet werden, wie sich die Einkommenssituation für die Brandenburger Privathaushalte je nach ihrer Sozialstruktur darstellt.

#### 4.2 Haushaltsnettoeinkommen und Haushaltsstruktur

Auch im Land Brandenburg ist mit dem Blick auf die letzten Jahre festzustellen, dass sich eine zunehmende Haushaltsgröße erwartungsgemäß auch auf die monatlich zur Verfügung stehenden Ein-

kommen auswirkt. Dabei zeigt eine detaillierte Betrachtung, dass der Sprung bei den Einkommen zwischen den Haushalten, in denen eine Person lebt und den Haushalten, in denen zwei Personen leben, wesentlich größer ist, als von diesen zu den Haushalten mit drei und mehr Personen.

Dies ist insofern nicht überraschend, als dass in zahlreichen Zweipersonenhaushalten ein zweites Einkommen hinzukommt, während die Haushaltsgrößen von drei und mehr Personen in der Regel auf Kinder zurückzuführen sind. Geringere Wachstumsraten des Einkommens bzw. ein sinkendes Pro-Kopf-Einkommen in Haushalten mit drei und mehr Personen sind die Folge.



Generell zeigen sich hinsichtlich der Entwicklung der monatlichen Durchschnittseinkommen nach Haushaltsgröße seit 1994 folgende Tendenzen:

Eine Betrachtung der Einkommensentwicklung nach dem Lebensalter der Brandenburger Bevölkerung zeigt, dass sich insbesondere in den „klassischen“

Indikator Nr. 04 - 03: Pro-Kopf-Einkommen nach Haushaltsgröße					
Monatliches Durchschnittsnettoeinkommen pro Kopf im Land Brandenburg 1994 bis 1998 nach Haushaltsgröße					
Haushaltsgröße	Nettoeinkommen pro Kopf in DM				
	1994	1995	1996	1997	1998
1 Person	1.386,00	1.498,63	1.645,58	1.662,69	1.727,90
2 Personen	1.444,32	1.529,28	1.603,84	1.628,12	1.695,83
3 Personen	1.473,03	1.555,25	1.594,70	1.617,60	1.600,99
4 und mehr Personen	1.280,61	1.315,14	1.281,66	1.183,91	1.189,77

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Bei den Ein- und Zweipersonenhaushalten (in der Regel Alleinstehende, Alleinerziehende mit einem Kind, Ehepaare ohne Kinder) hat sich die Anzahl der Haushalte, die niedrige Einkommen beziehen (unter 1.000 bis unter 1.800 DM) erheblich reduziert. In den höheren Einkommensgruppen (ab 1.800 DM bis 4.000 DM und mehr) zeigen diese Haushaltstypen die positivsten Veränderungen.

Arbeitnehmerhaushalten (Lebensalter ab 25 Lebensjahre bis 65) erhebliche Einkommensverbesserungen vollzogen. Die positive Entwicklung hinsichtlich der Einkommen der Rentner/Pensionäre bzw. nicht mehr Erwerbstätigen zeigt sich seit 1994 jedoch ebenso deutlich:

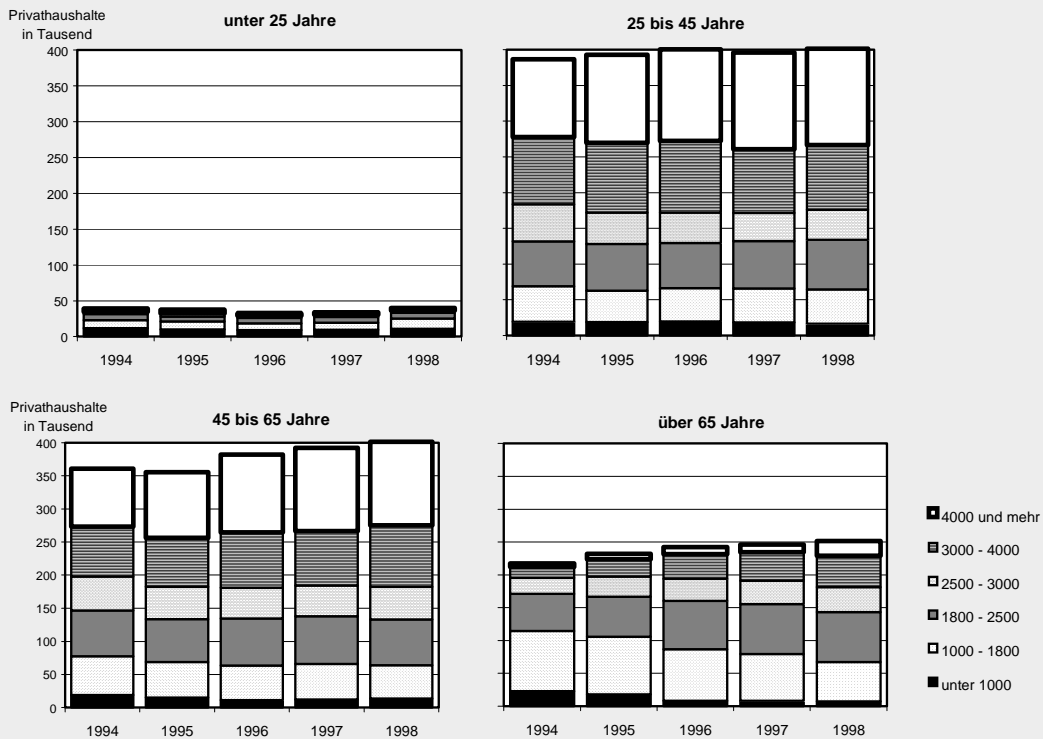
Positive Entwicklung der Rentnereinkommen

# 4

## Einkommen

Indikator  
04-06

Privathaushalte nach Altersgruppen und Haushaltsnettoeinkommen (gruppiert)  
im Land Brandenburg 1994 bis 1998



Quelle: LDS Brandenburg

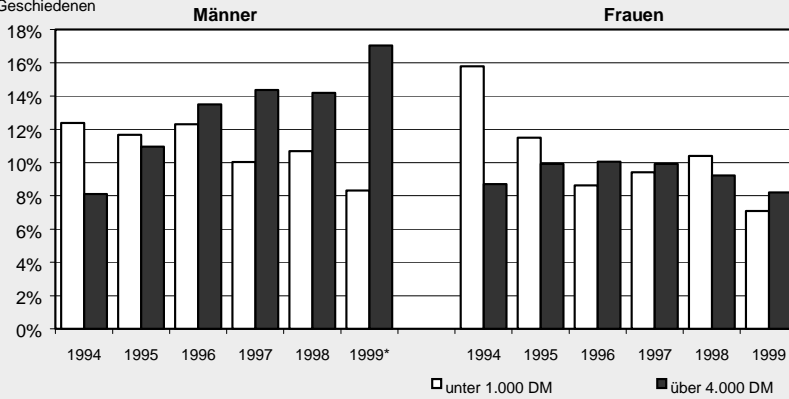
Soziale Problemkonstellationen zeigen sich hinsichtlich der Einkommensentwicklung, werden die Brandenburger Privathaushalte nach dem Familienstand und dem Geschlecht betrachtet (siehe Tabellenteil). Insbesondere ledige und verheiratete Brandenburger Bürger haben die größten Einkommenszuwächse seit

1994 zu verzeichnen. Betrachtet man die Einkommensverhältnisse Geschiedener, so zeigt sich, dass geschiedene Frauen generell über weniger Einkommen verfügen und an der positiven Einkommensentwicklung der vergangenen Jahre auch weniger teilhaben.

Indikator  
04-06

## Niedrige und hohe Einkommen von Privathaushalten Geschiedener nach Geschlecht im Land Brandenburg 1994 bis 1999

Prozent an Haushalten  
von Geschiedenen



\* Aussagewert für Einkommen unter 1.000 DM eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann

Quelle: LDS Brandenburg

Insgesamt kann also eine zum Teil erhebliche Einkommenssteigerung Brandenburger Haushalte festgestellt werden, jedoch dürfen dabei nicht jene Bevölkerungsgruppen außer Acht bleiben, die aus verschiedenen Gründen nur geringe Einkommen beziehen. Dies betrifft in erster Linie un- und angelernte Arbeitskräfte, Alleinerziehende mit Kindern, geschiedene Frauen, Personen, die aus dem Arbeitsprozess gedrängt wurden und Arbeitslosenunterstützung bzw. -hilfe beziehen, insbesondere Langzeitarbeitslose, Haushalte mit mehreren Kindern und Sozialhilfeempfänger.

### 4.3 Einkommensarmut im Land Brandenburg

Darüber, wie Armut sinnvoll zu definieren und zu messen ist, wird seit Jahren diskutiert. Es gibt demzufolge sehr unterschiedliche Aussagen dazu, wer arm ist bzw. wie viele Menschen in einem Land als arm gelten. In der gegenwärtigen Armutsforschung liegt der Schwerpunkt auf der Bestimmung der sogenannten „relativen Armut“. Üblicherweise wird als Maß für die relative Armut ein Einkommen unter 50 Prozent des durchschnittlichen äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommens zugrunde

# 4

## Einkommen

gelegt. Das Vorhandensein von relativer Armut wird so interpretiert, dass es den Betroffenen nicht möglich ist, am durchschnittlichen gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben, sie also im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung als „arm“ bezeichnet werden können und sich häufig auch selbst so einstufen. Insgesamt ist der Begriff der „relativen Einkommensarmut“ also geeignet, über Verteilungsgerechtigkeiten in der Gesellschaft Auskunft zu geben.

All dies muss berücksichtigt werden, wenn dennoch gewichtete durchschnittliche Äquivalenzeinkommen pro Kopf als Basis der „Armutsmessung“ dienen sollen. Solche Berechnungen liegen auch für das Land Brandenburg auf der Basis des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) vor:

### **Diese Armutsdefinition hat eine Reihe von Problemen zur Folge:**

- Die Äquivalenzgewichte, mit der dem unterschiedlichen Bedarf der Haushaltsmitglieder Rechnung getragen werden soll, sind im Prinzip willkürlich. Das Bundessozialhilfegesetz bewertet beispielsweise den Haushaltsvorstand mit dem Faktor 1, weitere Erwachsene mit 0,8 und Kinder je nach Alter mit 0,5 bis 0,9; die OECD bewertet jede Person nach dem Haushaltsvorstand mit 0,7 und Kinder unter 15 Jahren mit 0,5, modifiziert jedes über 14-jährige Haushaltsmitglied nach dem Vorstand mit 0,5, jedes jüngere mit 0,3.
- In einem Staat mit hohem Wohlstandsniveau liegt auch die Armutsschwelle hoch, d.h. im internationalen Vergleich relativ wohlhabende Menschen gelten als arm.
- Länder, in denen die Einkommen relativ gleichverteilt sind (wie früher in der DDR), haben nach dieser Definition aus statistischen Gründen wenig Arme, Länder mit deutlichen Einkommensunterschieden haben, unabhängig von der Höhe der Einkommen, aus statistischen Gründen viele Arme.
- „Relative Armut“ (exakter: „Relative Einkommensarmut“) ist somit ein Maß der sozialen Ungleichheit; es wird damit nichts darüber ausgesagt, wie viele Menschen sich nicht angemessen ernähren oder mit Wohnraum versorgen können, also in einem herkömmlichen Sinne „arm“ sind.

Indikator Nr. 04 - 04: Armutsquoten									
Personen in Armut									
Anteil der Bevölkerung unterhalb der Schwellen von 40%, 50% bzw. 60% des durchschnittlichen gewichteten Äquivalenzeinkommens									
	Durchschnittliches Netto-Äquivalenzeinkommen in DM			"Strenge Armut" 40% - Schwelle	"Armut" 50% - Schwelle	"Relative Armut" 60% - Schwelle	"Strenge Armut" 40% - Schwelle	"Armut" 50% - Schwelle	"Relative Armut" 60% - Schwelle
	Brandenburg	Ostdeutschland	Deutschland	Brandenburg			Ostdeutschland		
1990	793	781	1.489	1,0	5,0	10,6	0,9	3,7	10,3
1991	945	939	1.572	2,3	2,9	12,9	2,2	4,2	10,3
1992	1.156	1.146	1.689	0,6	3,6	10,4	2,0	5,8	10,2
1993	1.406	1.345	1.805	3,0	6,0	11,6	3,0	6,1	11,3
1994	1.513	1.477	1.861	5,1	7,8	12,2	3,3	7,9	12,7
1995	1.612	1.564	1.909	2,5	6,4	12,8	2,9	7,2	14,0
1996	1.649	1.635	1.949	2,7	6,0	18,6	3,5	10,5	19,6
1997	1.693	1.674	1.969	3,8	7,3	12,3	4,2	10,6	18,8

1990 - 1995 ist die Berechnungsgrundlage das ostdeutsche Durchschnittseinkommen,  
 1996 - 1997 ist die Berechnungsgrundlage das gesamtdeutsche Durchschnittseinkommen, mit Kaufkraftfaktor  
 Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

## 4.4 Sozialhilfe

Ein Indikator für Einkommensarmut ist auch der Bezug von Sozialhilfe. Grundanliegen der Sozialhilfe ist es, Menschen, die in eine finanzielle oder materielle Notlage geraten sind bzw. ihren Lebensunterhalt und den ihrer Kinder nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen be-

streiten können und auch sonst keine Hilfe bekommen, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Die Leistungen der Sozialhilfe werden zwei grundlegenden Formen gewährt: Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen.

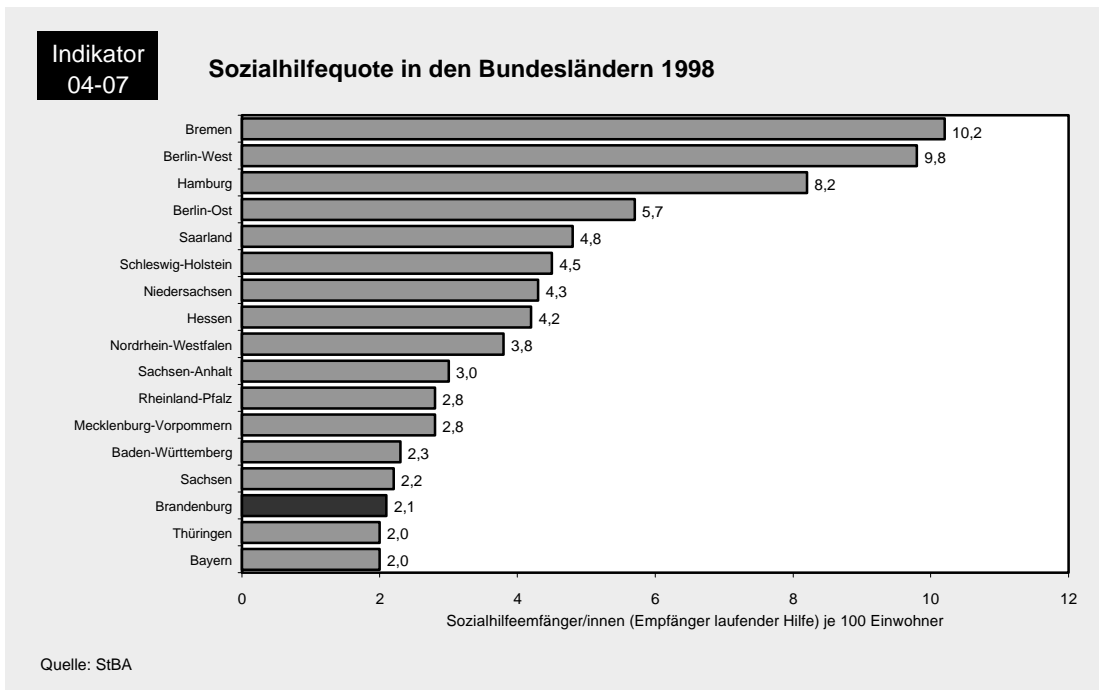
### Leitlinien der Sozialhilfe:

- Die Größenordnung der Hilfestellung richtet sich im Wesentlichen nach Bedarf im Einzelfall; Regel: Bedarf minus Einkommen = Leistung
- Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt orientiert sich an Regelsätzen. Der Eckregelsatz für Haushaltsvorstände und Alleinstehende beträgt derzeit 527 DM monatlich, Regelsätze weiterer Haushaltsmitglieder sind altersabhängig
- Leistungen für die Unterkunft (vor allem Miete) erfolgen in der tatsächlichen Höhe, soweit diese angemessen ist und der Besonderheit des Einzelfalls entspricht
- Ein Mehrbedarf wird unter bestimmten Voraussetzungen anerkannt: z.B. bei Alter, Erwerbsunfähigkeit, Behinderungen, Schwangerschaft, Alleinerziehenden.

### Sozialhilfequote in Brandenburg unter dem Bundesdurchschnitt

Auch im Land Brandenburg waren in den letzten Jahren zunehmend mehr Bürger auf Sozialhilfe angewiesen. Als wesentliche Ursache von Sozialhilfebedürftigkeit muss auch hier, wie in den anderen neuen Bundesländern, vor allem das Wegbrechen von Arbeitsplätzen und damit eines eigenen Erwerbseinkommens angesehen werden. Die überwiegende Mehrzahl der Empfänger von Sozialhilfe im Land bezieht laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Mit einer Empfängerquote von knapp 23

Personen auf 58.748 eingetreten (die Dauer des Sozialhilfebezugs jedoch gleichzeitig um einen Monat auf durchschnittlich 1 1/4 Jahre gestiegen). Diese Entwicklung verweist auf eine Verfestigung sozialer Problemlagen im Land Brandenburg. Zudem zeigt sich bei differenzierter Betrachtung, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen in besonderem Maße von dieser sozialstaatlichen Unterstützung abhängig sind. Dennoch weist Brandenburg im Vergleich zu den alten Bundesländern nach wie vor eine niedrigere Sozialhilfequote auf:



Hilfeempfängern auf 1.000 Einwohner wurde Ende 1998 der bisherige Höchststand im Land Brandenburg erreicht. 1999 war ein leichter Rückgang um 118

Im Regionalvergleich (siehe Tabellenteil) zeigt sich, dass die Sozialhilfequote der kreisfreien Städte im Durchschnitt höher ist als die der Landkreise, mit einer

sich tendenziell verstärkenden Differenz. Die Landesquote wird dabei insbesondere durch die urbanen Zentren des Landes (Potsdam, Frankfurt/Oder, Brandenburg) und Landkreise mit hohen Arbeitslosenquoten (Uckermark, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße) bestimmt.

Die altersmäßige Zusammensetzung der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zeigt, dass sich die problematischsten Entwicklungen vor allem im Kinder- und Jugendbereich vollziehen. Besonders besorgniserregend ist die wachsende Zahl von Kindern und Ju-

gendlichen, die auf Sozialleistungen angewiesen waren. Deutlich erhöht hat sich seit 1994 auch die Zahl der jungen Erwachsenen (18 bis 25 Lebensjahre), die Sozialhilfe in Anspruch nehmen mussten. Zum 31.12.1998 waren 54 Prozent aller Empfänger von laufender Hilfe

zum Lebensunterhalt im Land Kinder und Jugendliche bzw. junge Erwachsene im Alter bis zu 25 Lebensjahre. Die Situation alter Menschen (über 65 Lebensjahre und älter) kann seit 1996 als relativ stabil auf niedrigem Niveau eingeschätzt

Hohe Sozialhilfequoten bei Kindern

Indikator Nr. 04 - 07: Sozialhilfe									
Sozialhilfeempfänger/innen (Empfänger laufender Hilfe außerhalb von Einrichtungen) nach Altersgruppen und deren Rate je 1000 Einwohner nach der durchschnittlichen Dauer der Hilfgewährung in Monaten im Land Brandenburg 1994 bis 1998									
Alter von... bis unter ... Jahren	1994			1996			1998		
	Anzahl	durchschnittl. Dauer	Quote*	Anzahl	durchschnittl. Dauer	Quote*	Anzahl	durchschnittl. Dauer	Quote*
<b>Insgesamt</b>	<b>39.800</b>	<b>11,0</b>	<b>15,7</b>	<b>44.100</b>	<b>11,9</b>	<b>17,3</b>	<b>57.866</b>	<b>9,5</b>	<b>22,3</b>
unter 3	4.557	9,7	115,9	5.109	8,9	120,0	7.180	13,7	141,4
3 bis 7	3.955	11,4	34,8	3.432	13,2	44,6	3.958	13,8	66,9
7 bis 11	3.468	10,9	23,9	3.187	12,4	22,6	3.942	13,8	32,8
11 bis 15	3.393	11,4	22,5	3.255	12,4	21,6	4.318	14,7	28,5
15 bis 18	2.124	12,7	19,9	2.330	13,3	20,5	2.968	8,0	25,6
18 bis 21	1.905	7,5	23,3	2.787	7,6	28,4	3.965	10,7	35,9
21 bis 25	3.106	9,3	26,8	3.918	9,6	37,8	5.487	11,7	49,7
25 bis 30	3.391	8,8	18,6	4.085	10,3	24,1	5.013	13,6	33,2
30 bis 40	6.969	10,4	16,0	7.558	11,7	17,0	9.021	16,4	20,2
40 bis 50	3.423	12,0	10,9	4.514	13,7	12,4	6.266	19,3	15,6
50 bis 60	2.106	16,6	5,6	2.345	17,8	6,9	3.133	21,8	9,8
60 bis 65	585	16,9	4,1	709	18,9	4,4	1.182	23,7	6,5
65 bis 70	340	12,7	3,0	378	15,0	3,0	506	20,1	3,9
70 bis 75	180	15,5	2,1	206	15,6	2,4	367	24,7	3,8
75 bis 80	95	16,9	2,2	94	16,3	1,6	198	25,2	2,8
80 bis 85	97	18,6	1,9	90	21,3	2,1	122	27,4	3,8
85 und älter	106	23,0	3,1	103	25,5	2,7	240	13,3	5,7
Durchschnittsalter	23,7	x	x	24,8	x	x	25,2	x	x
*Anteil an der Bevölkerung der Altersgruppe (Rate je 1000)									
Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg und eigene Berechnungen									

# 4

## Einkommen

werden. Hier spielen offensichtlich die langen Erwerbsbiographien und die damit verbundenen relativ hohen Bezüge der Rentner und Rentnerinnen aus der ehemaligen DDR die entscheidende Rolle.

Hinsichtlich der durchschnittlichen Dauer des Hilfebezuges ist ein Maximum bei älteren Personen festzustellen. Hierbei handelt es sich überwiegend um Personen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind und deren Einkommen ohne den Sozialhilfebezug eine angemessene Lebensführung

nicht erlauben würde. In den jüngeren Lebensjahren ist Sozialhilfebedürftigkeit eher vorübergehend und wird durch wiedererwerbendes Erwerbseinkommen beendet. Die Zahl dieser „gebrochenen Erwerbsbiographien“ nimmt aber zu und wird sich später auf das Alterseinkommen auswirken.

Alleinerziehende Mütter besonders häufig auf Sozialhilfe angewiesen

Die Analyse der Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Typ der Bedarfsgemeinschaft weist nochmals auf besondere soziale Problemgruppen hin, deren Bedeutung im gesamten Sozialhilfe-

bedeutung im gesamten Sozialhilfe-

<b>Indikator Nr. 04 - 07: Sozialhilfe</b>										
<b>Bedarfsgemeinschaften von Sozialhilfeempfänger/innen (Empfänger laufender Hilfe außerhalb von Einrichtungen) nach dem Typ der Bedarfsgemeinschaft im Land Brandenburg 1994 bis 1998</b>										
	1994		1995		1996		1997		1998	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Ehepaare ohne Kinder unter 18 Jahren	753	4,2	848	4,2	986	4,5	1.337	4,8	1.352	4,7
Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren	2.167	12,0	2.285	11,2	2.485	11,3	3.095	11,1	2.959	10,2
Nichteheliche Lebensgemeinschaften										
ohne Kinder unter 18 Jahren	383	2,1	455	2,2	514	2,3	672	2,4	716	2,5
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren	860	4,7	1.017	5,0	959	4,4	1.189	4,3	1.479	5,1
Einzel nachgewiesene Haushaltsvorstände										
männlich	3.573	19,7	4.204	20,6	4.793	21,9	5.941	21,3	6.041	20,8
weiblich	2.169	12,0	2.589	12,7	3.160	14,4	4.457	15,9	4.604	15,8
Haushaltsvorstände männlich										
mit Kindern unter 18 Jahren	156	0,9	145	0,7	159	0,7	202	0,7	199	0,7
Haushaltsvorstände weiblich										
mit Kindern unter 18 Jahren	5.535	30,5	5.895	28,9	5.590	25,5	6.748	24,1	7.294	25,1
Bedarfsgemeinschaften										
ohne Haushaltsvorstand	2.024	11,2	2.414	11,8	2.686	12,3	3.483	12,5	3.581	12,3
Anderweitig										
nicht erfaßte Bedarfsgemeinschaften	511	2,8	546	2,7	582	2,7	821	2,9	849	2,9
<b>Bedarfsgemeinschaften insgesamt</b>	<b>18.131</b>	<b>100,0</b>	<b>20.398</b>	<b>100,0</b>	<b>21.914</b>	<b>100,0</b>	<b>27.945</b>	<b>100,0</b>	<b>29.074</b>	<b>100,0</b>

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Klientel des Landes in den letzten Jahren annähernd konstant ist. Dies bezieht sich in erster Linie auf weibliche Haushaltsvorstände mit minderjährigen Kindern (in der Regel alleinerziehende Mütter), auf männliche und weibliche Einpersonenhaushalte und auf Ehepaare mit minderjährigen Kindern.

Die andere Hauptform der Sozialhilfegewährung, die Hilfe in besonderen Lebenslagen, dient vor allem der Gewährung von Leistungen bei besonderem Bedarf. Das Bundessozialhilfegesetz sieht folgende Fälle vor:

#### **Hilfe in besonderen Lebenslagen:**

- Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlagen
- Vorbeugende Gesundheitshilfe
- Krankenhilfe
- Hilfe zur Familienplanung
- Hilfe für werdende Mütter
- Hilfe für Wöchnerinnen
- Hilfe zur Eingliederung von Menschen mit Behinderungen
- Blindenhilfe
- Altenhilfe
- Hilfe zur Pflege
- Hilfe zur Weiterführung des Haushalts
- Hilfe bei besonderen sozialen Schwierigkeiten

# 4

## Einkommen

Wie die folgende Grafik zeigt, ist die Zahl der Empfänger dieser Sozialhilfeleistungen in den letzten Jahren im Land Brandenburg gesunken. Dies wurde in

erster Linie auch verursacht durch das Inkrafttreten der Pflegeversicherung (vgl. dazu: Kapitel 8: „Behinderung und Pflege“).



Gesetzlicher Träger und zuständig für die Sozialhilfegewährung sind als örtliche Träger die Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Brandenburg und als überörtlicher Träger das Land Branden-

burg. Die Entwicklung der Nettoausgaben für Sozialhilfe im Land Brandenburg ist der folgenden Übersicht zu entnehmen:

<b>Indikator Nr. 04 - 07: Sozialhilfe</b>										
<b>Sozialhilfeausgaben insgesamt und pro Kopf der Bevölkerung im Land Brandenburg 1994-1998</b>										
Reine Ausgaben										
Träger der Sozialhilfe	1994		1995		1996		1997		1998	
	Insgesamt 1.000 DM	je Einwohner DM	Insgesamt 1.000 DM	je Einwohner DM	Insgesamt 1.000 DM	je Einwohner DM	Insgesamt 1.000 DM	je Einwohner DM	Insgesamt 1.000 DM	je Einwohner DM
Brandenburg (Havel)	12.351	140,78	11.012	128,05	34.375	406,84	35.572	431,39	32.205	399,91
Cottbus	9.632	76,66	9.895	80,31	27.786	229,99	28.104	237,24	29.870	260,03
Frankfurt (Oder)	11.153	135,48	11.653	144,2	29.334	367,67	28.441	365,14	28.878	381,43
Potsdam	20.223	146,26	16.751	122,61	45.817	339,95	46.958	356,14	45.921	353,78
Barnim	13.216	88,07	13.228	87,15	59.528	384,8	57.289	358,75	62.765	382,86
Dahme-Spreewald	11.231	78,64	10.311	71,12	34.083	230,49	34.653	229,5	36.069	232,86
Elbe-Elster	9.075	65,79	8.447	61,71	27.918	204,85	29.078	214,4	29.740	220,82
Havelland	14.032	108,37	10.526	80,12	31.883	238,25	38.544	280,92	41.521	294,26
Märkisch-Oderland	13.488	79,05	15.240	88,31	52.230	298,4	48.175	269,2	51.042	278,97
Oberhavel	13.647	81,26	14.166	83,09	45.597	262,55	44.470	249,33	48.925	265,90
Oberspreewald-Lausitz	12.271	77,4	13.932	88,88	38.567	248,78	38.880	254,24	41.818	278,02
Oder-Spree	16.841	89,11	18.819	98,61	67.245	348,41	68.584	351,66	66.391	337,60
Ostprignitz-Ruppin	14.907	128,31	19.371	((166,98))	56.845	491,58	55.843	482,78	60.539	525,54
Potsdam-Mittelmark	10.400	59,17	10.028	55,61	37.504	202,74	44.566	231,75	50.922	254,58
Prignitz	10.428	101,59	9.237	91,08	23.893	237,92	21.801	220,15	24.165	246,07
Spree-Neiße	9.237	60,38	15.207	99,07	33.420	215,81	34.499	221,23	38.802	249,10
Teltow-Fläming	5.986	40,78	10.708	72,29	34.515	229,73	34.883	227,63	39.476	253,22
Uckermark	21.508	132,75	17.475	109,01	56.233	353,6	55.128	349,66	55.487	356,32
Örtl. Träger ges.	229.625	90,52	236.007	92,84	736.772	288,43	745.468	289,69	784.534	302,87
Überörtl. Träger ges.	579.750	228,54	597.987	235,24	650	0,25	638	0,25	791	0,31
<b>Land Brandenburg</b>	<b>809.375</b>	<b>319,06</b>	<b>833.994</b>	<b>326,08</b>	<b>737.422</b>	<b>288,68</b>	<b>746.106</b>	<b>289,94</b>	<b>785.325</b>	<b>303,17</b>

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

## 5 Kinderbetreuung und Bildung im Land Brandenburg

Der Bildungsstand der Bevölkerung bzw. das Qualifikationsniveau (das sogenannte „Humankapital“) ist neben seinem grundsätzlichen sozialen Charakter auch für die Beurteilung von Chancen auf dem Arbeitsmarkt von elementarer Bedeutung. Bildung und Qualifikation bestimmen ganz wesentlich Einkommensstrukturen, nehmen Einfluss auf den sozialen Status und beeinflussen erheblich soziale Differenzierungsprozesse.

Die Versorgung und Betreuung der Kinder im Vorschulbereich und die Nutzung von Kindertagesstätten ist von erheblicher sozialer Relevanz, weil sie eine besondere Bedeutung für den Zugang der Eltern, insbesondere der Mütter, zum Arbeitsmarkt hat. Dies trifft vor allem für Alleinerziehende zu. Deshalb wird zunächst die diesbezügliche Situation und Entwicklung im Land Brandenburg betrachtet.

### 5.1 Kinderbetreuung im Vorschul- und Schulbereich

Die Verfassung des Landes Brandenburg garantiert in Artikel 27 nach Maßgabe des Kindertagesstättengesetzes den Brandenburger Kindern einen Anspruch auf familienergänzende Betreuung und Erziehung. Dieser Anspruch auf Erziehung, Bildung, Betreuung und Versorgung wird über verschiedene kommunale Einrichtungen und freie Träger abgedeckt. Es besteht auch die Möglichkeit

der integrativen Förderung und Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung.

Kinder vom 2. Lebensjahr bis zur Versetzung in die 5. Jahrgangsstufe haben ohne weitere Voraussetzungen einen Anspruch auf Kita- oder Hortbetreuung, jüngere Kinder und Kinder bis zum 12. Lebensjahr dann, wenn bestimmte familiäre Voraussetzungen (z.B. Berufstätigkeit der Eltern etc.) gegeben sind. Das derzeit im Land Brandenburg existierende Platzangebot im Bereich der Kindertagesstätten und des Schulhortes kann die bestehende Nachfrage vollständig abdecken. Jedes Kind im Land Brandenburg, dessen Eltern eine Betreuung in einer der genannten Einrichtungen wünschen, kann versorgt werden. Der Versorgungsgrad im Land ist dementsprechend hoch, wenn auch regional unterschiedlich.

Der Vergleich der Versorgungsquoten Anfang 1994 und Ende 1998 bezogen auf die einzelnen Landkreise bzw. kreisfreien Städte des Landes Brandenburg verdeutlicht ebenfalls, dass der Kinderbetreuung außerhalb des Elternhauses im Land Brandenburg seit Jahren eine hohe Aufmerksamkeit gewidmet wird, dass die Eltern diese Angebote nutzen und dass entsprechende Bedingungen in den einzelnen Regionen des Landes Brandenburg vorhanden waren und sind.

<b>Indikator Nr. 05 - 01: Versorgungsquote Kindertagesstätten</b>						
<b>Versorgungsquoten des Landes Brandenburg im Vergleich 01.02.1994 und 01.03.1998</b>						
	01.02.94			01.03.98		
	Krippe	Kindergarten	Hort	Krippe	Kindergarten	Hort
	1	2	3	4	5	6
	in Prozent der zu versorgenden Kinder					
Barnim	51,78	89,99	41,73	46,33	88,55	41,95
Brandenburg/Havel	49,86	93,43	35,27	41,37	92,71	27,06
Cottbus	50,93	96,53	45,19	42,63	94,14	42,22
Dahme-Spreewald	47,05	95,64	35,63	36,44	90,15	38,27
Eisenhüttenstadt	52,79	98,21	45,68	57,00	97,12	43,79
Elbe-Elster	45,05	94,48	35,45	41,46	93,62	35,43
Frankfurt/Oder	51,51	99,42	52,31	52,84	93,45	53,40
Havelland	48,41	95,66	38,00	40,22	90,23	40,79
Märkisch-Oderland	51,49	93,48	41,37	49,12	90,45	43,24
Oberhavel	42,25	95,07	37,21	33,73	88,51	34,33
Oberspreewald-Lausitz	46,70	91,36	35,26	42,85	92,21	35,47
Oder-Spree (ohne Eisenhüttenstadt)	51,34	95,60	42,63	48,88	91,94	41,46
Oder-Spree (mit Eisenhüttenstadt)	51,71	96,31	43,40	50,91	93,07	41,98
Ostprignitz-Ruppin	48,55	92,47	39,69	42,18	90,27	36,99
Potsdam	35,39	105,85	49,96	43,38	96,23	48,21
Potsdam-Mittelmark	56,71	98,66	46,63	44,66	93,68	45,88
Prignitz	50,37	93,71	42,39	44,98	89,91	35,94
Schwedt	46,69	90,26	37,13	41,97	90,81	33,25
Spree-Neiße	47,09	94,14	35,73	40,69	89,95	39,18
Teltow-Fläming	54,59	97,09	45,07	38,14	88,88	37,84
Uckermark (ohne Schwedt)	44,41	91,01	47,57	40,50	89,65	41,09
Uckermark (mit Schwedt)	45,17	90,77	44,55	40,92	89,99	38,96
<b>Gesamt:</b>	<b>48,54</b>	<b>95,16</b>	<b>41,56</b>	<b>42,68</b>	<b>91,27</b>	<b>39,97</b>

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg  
 Spalte 4: Eigene Berechnungen des MBSJ, Referat 52

Gemäß Kindertagesstättengesetz sind die finanziellen monatlichen Aufwendungen der Eltern für die Betreuung ihrer Kinder sozialverträglich zu gestalten, um

auch Kindern aus einkommensschwachen Familien den Zugang zu Betreuungsplätzen und somit zugleich den Eltern den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

<b>Indikator Nr. 05 - 02: Schüler nach Schultyp</b>					
<b>Schülerinnen und Schüler im Land Brandenburg in den Schuljahren 1994/95 bis 1998/99</b>					
	Schülerinnen und Schüler				
	1994/95	1995/96	1996/97	1997/98	1998/99
<b>Primarstufe</b>					
Insgesamt	221.106	218.173	214.379	204.432	185.775
Grundschule	185.575	183.172	180.685	172.756	157.275
Gesamtschule	27.844	27.506	26.209	24.307	21.693
Förderschule	7.687	7.495	7.485	7.369	6.807
<b>Sekundarstufe I (Klassen 7 bis 10)</b>					
Insgesamt	146.637	148.737	149.664	150.971	151.833
Gesamtschule	78.909	79.023	79.157	79.273	79.217
Realschule	20.756	22.079	22.468	22.590	23.071
Gymnasium	39.783	40.590	40.958	41.813	42.146
Förderschule	6.941	6.843	6.848	6.969	7.069
Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges	248	202	233	326	330
<b>Sekundarstufe II (Klassen 11 bis 13)</b>					
Insgesamt	33.111	36.809	38.908	39.724	40.312
Gesamtschule	6.157	7.230	7.744	8.202	7.859
Gymnasium	22.263	24.735	26.088	26.569	27.293
Gymnasiale Oberstufe des OSZ	3.401	3.620	3.880	3.836	3.939
Förderschule	111	55	48	40	63
Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges	1.179	1.169	1.148	1.077	1.158
Förderschule für geistig Behinderte	2.562	2.704	2.783	2.856	2.882
Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg					

## 5.2 Schulbildung und Entwicklung der Schülerzahlen

Die Entwicklungen im Brandenburger Schulbereich bzw. der Schülerzahlen von 1994 bis 1998 verdeutlichen im Wesentlichen zwei grundlegende Tendenzen, die auch in den anderen neuen Bundesländern zu beobachten sind:

Starker Rückgang der Schülerzahlen in der Primarstufe

1. Aufgrund der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg seit 1989 zeigt sich ein massiver Rückgang der Schülerzahlen in der Primarstufe (insbesondere in der ersten Jahrgangsstufe: hier beträgt der Rückgang von 1994 zu 1998 über 50 Prozent).
2. Eine Betrachtung der Schülerzahlen in den höheren Jahrgängen weist auf eine zweite grundlegende Entwicklungsrichtung hin, die sich insbeson-

dere in der Sekundarstufe II zeigt. Diese kann ganz allgemein als Trend zu formal höherer Bildung charakterisiert werden und zeigt sich vor allem in der Steigerung der Schülerzahlen in den Realschulen und Gymnasien des Landes.

Zu beachten ist, dass die Zahl der Kinder in Förderschulen nicht gleichzusetzen ist mit der Zahl benachteiligter Kinder bzw. der Kinder mit Behinderungen, da viele dieser Kinder integrativ beschult werden und daher statistisch hier nicht erfasst sind. Die Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf betrug 1998/99 insgesamt 19.973.

**5.3 Schulabgänger nach Schulabschluss**

Insgesamt erreichte auch 1997/1998, wie in den Jahren davor, die übergroße Mehrheit aller Brandenburger Schulabgänger die Berufsbildungsreife.

Werden allerdings die Absolventen und Schulabgänger am Ende des Schuljahres 1997/1998 nach ihren Abschlüssen betrachtet, so wird

deutlich, dass sich insbesondere bei den männlichen Schulabgängern

Probleme hinsichtlich der Berufsbildungsreife zeigen. Beispielsweise waren von den insgesamt 3.242 Schulabgängern 1997/1998 ohne Berufsbildungsreife knapp 72% männlichen Geschlechts.

Junge Frauen: Gut gebildet, schlechte Arbeitsmarktchancen?

<b>Indikator Nr. 05-04: Schulabgänger nach Schulabschluss</b>				
<b>Absolventen/Abgänger am Ende des Schuljahres 1997/1998</b>				
Abschluss	Absolventen/Abgänger			
	Insgesamt	Anteil in Prozent	männlich	weiblich
Ohne Berufsbildungsreife ( <i>ohne Hauptschulabschluss</i> )	3.242	8,5	2.328	914
Berufsbildungsreife ( <i>Hauptschulabschluss</i> )	6.953	18,2	4.497	2.456
Fachoberschulreife ( <i>Realschulabschluss</i> )	16.547	43,2	7.976	8.571
Hochschulreife ( <i>Allgemeine Hochschulreife und Fachhochschulreife</i> )	11.530	30,1	4.652	6.878
<b>Insgesamt</b>	<b>38.272</b>	<b>100,0</b>	<b>19.453</b>	<b>18.819</b>

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

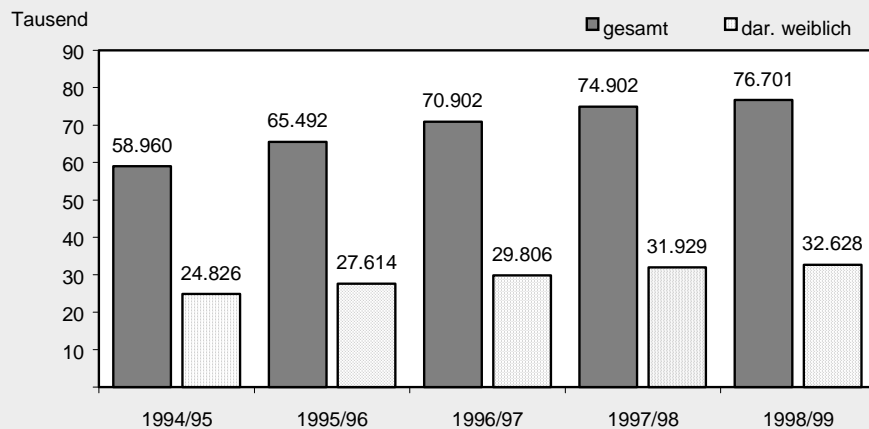
Demgegenüber wird deutlich, dass hinsichtlich derjenigen Schulabschlüsse, die Voraussetzung für weiterführende und höhere Bildungsgänge sind (wie z.B. Fachoberschulreife und Hochschulreife), die Absolventen weiblichen Geschlechts überwiegen.

#### 5.4 Berufsausbildung

Die in den letzten Jahren gestiegenen Anforderungen an das Brandenburger Berufsausbildungssystem zeigen sich sowohl in den wachsenden Zahlen beruflicher Bildungsgänge insgesamt als auch in der gestiegenen Anzahl der Auszubildenden.

Indikator  
05-03

#### Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen im Land Brandenburg in den Schuljahren 1994/95 bis 1998/99



Quelle: LDS Brandenburg

In fast allen grundlegenden Ausbildungsbereichen im Land Brandenburg hat seit 1994 die Zahl der Auszubildenden zugenommen. Hierbei bildet allerdings vor allem der öffentliche Dienst eine Ausnahme, die offensichtlich auf massive Umstrukturierungen und Einsparungen in diesem Bereich zurückzuführen ist. Klassische Verteilungsmuster zwischen „typisch“ männlichen und „typisch“ weib-

lichen Ausbildungsberufen zeigen sich insbesondere in den handwerklichen und landwirtschaftlichen Berufsgruppen, in denen zum Großteil männliche Auszubildende lernen bzw. in den hauswirtschaftlichen und freien Berufen sowie in den Ausbildungen im öffentlichen Dienst, die vorwiegend von weiblichen Auszubildenden wahrgenommen werden.

<b>Indikator Nr. 05 - 03: Berufliche Bildung</b>							
<b>Auszubildende nach Ausbildungsbereichen und nach Geschlecht im Land Brandenburg 1994 bis 1998</b>							
Auszubildende							
	insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Landwirtschaft	Hauswirtschaft	freie Berufe	öffentlicher Dienst
<b>zusammen</b>							
1994	<b>48.306</b>	22.206	19.436	1.171	524	2.366	2.603
1995	<b>54.509</b>	24.453	23.292	1.538	481	2.547	2.198
1996	<b>59.101</b>	26.685	25.544	1.823	451	2.743	1.855
1997	<b>61.158</b>	27.597	26.240	2.233	492	2.922	1.674
1998	<b>59.778</b>	27.821	24.529	2.378	501	2.875	1.674
<b>davon weiblich</b>							
1994	<b>18.381</b>	10.455	3.160	581	503	2.302	1.380
1995	<b>20.706</b>	12.093	3.718	704	460	2.472	1.259
1996	<b>22.571</b>	13.525	4.103	777	428	2.653	1.085
1997	<b>23.462</b>	14.040	4.214	849	463	2.818	1.078
1998	<b>22.418</b>	13.260	4.015	836	462	2.761	1.084

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Statistisches Jahrbuch des Landes Brandenburg 1999

Hinsichtlich der detaillierten Berufsgruppenstruktur wird eine zunehmende Orientierung der Auszubildenden auf den Dienstleistungssektor, aber auch eine der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur des Landes entsprechende Konzentration auf das produzierende Gewerbe sichtbar. Von den 59.778 Auszubildenden am 31.12.1998 erlernten 33.138 einen Fertigungsberuf, 22.989 einen Dienstleistungsberuf (davon 17.851 weibliche Auszubildende, d.h. 77 Prozent), 2.828 einen Beruf in der Land- und Forstwirtschaft, 797 einen technischen Beruf und nur noch sechs Auszubildende einen Beruf im Bereich „Bergleute, Mineralgewinner“.

Auf die Problematik der zu geringen Zahl an Ausbildungsplätzen in der Wirtschaft wurde bereits im Kapitel 3 hingewiesen. Das daraus resultierende Defizit an Ausbildungsplätzen soll daher durch staatliche Lückenschließungsprogramme kompensiert werden. Perspektivisch führt jedoch an der Erhöhung der Ausbildungsfähigkeit und -willigkeit der Unternehmen kein Weg vorbei. Ein weiteres Problem besteht darin, dass nach 2006 von einem deutlichen Rückgang an Aus-

bildungsplatzbewerbern auszugehen ist, d.h. aufgrund des dann gleichzeitig erfolgenden Ausscheidens älterer Arbeitnehmer aus dem Berufsleben ein Fachkräftemangel der Brandenburger Wirtschaft droht.

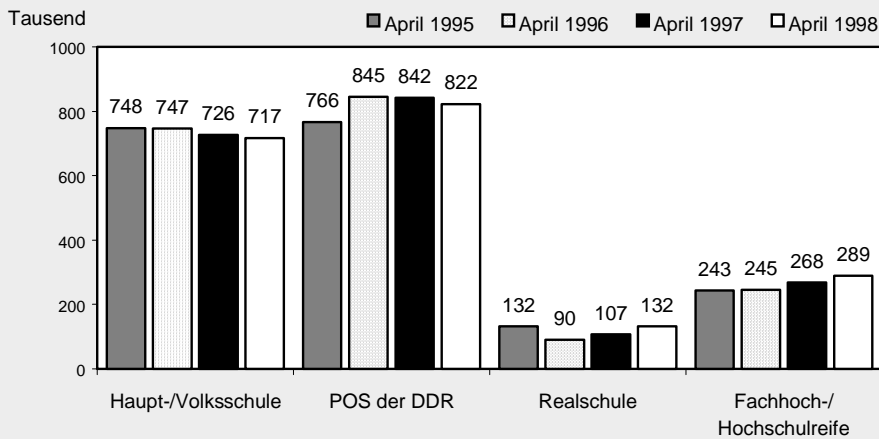
#### **5.5 Qualifikations- und Bildungsstand der Bevölkerung**

Da geringe Schul- und Berufsbildung bzw. entwertete berufliche Qualifikationen, vor allem durch Langzeitarbeitslosigkeit, die Gefahr potenzieren, auf Dauer aus dem Arbeitsprozess ausgegliedert zu werden und sich damit soziale Probleme erheblich verstärken, kommen den Entwicklungstendenzen hinsichtlich des Bildungsniveaus und erlangter Schul- und Berufsausbildungsabschlüsse besondere Bedeutung zu.

Die nachfolgenden Übersichten zeigen, dass sich in den letzten Jahren auch bei der Brandenburger Erwerbsbevölkerung Tendenzen formal höherer beruflicher Qualifikation zeigen. Auch dies kann als Reflex auf veränderte bzw. höhere Anforderungen im Berufsleben durch wirtschaftliche Veränderungs- und Umstrukturierungsprozesse gelten.

Indikator  
05-05

## Bevölkerung nach allgemeinbildendem Schulabschluss im Land Brandenburg 1995 bis 1998



Quelle: LDS Brandenburg

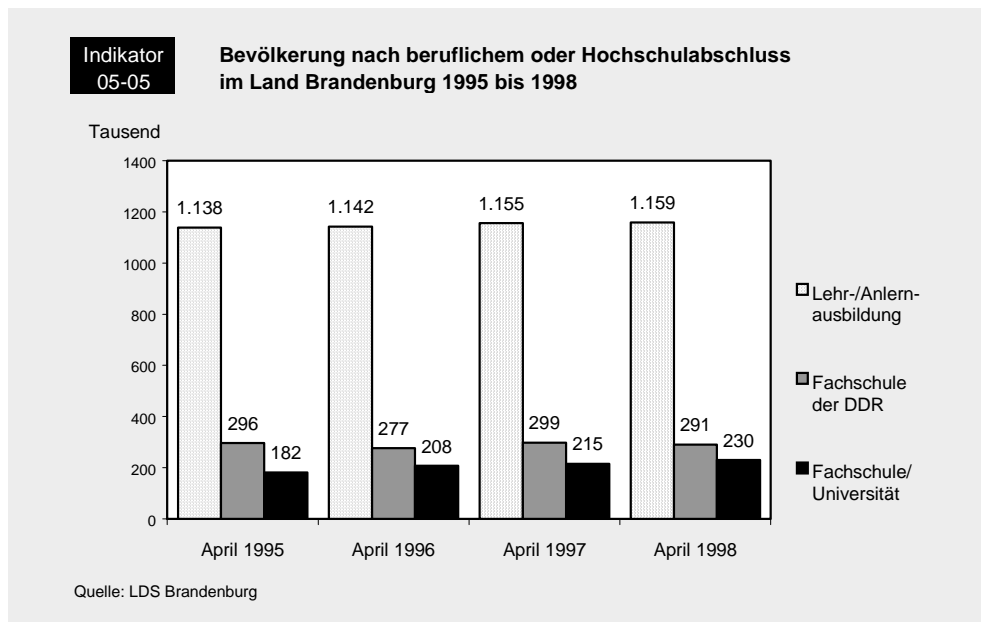
Diese sich für das Land Brandenburg insgesamt zeigende Entwicklung, ist auch in den einzelnen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten detailliert nachvollziehbar. Besonders dynamische Prozesse hinsichtlich der Steigerung des Ausbildungsniveaus vollziehen sich jedoch wiederum im engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin. Beispielsweise nahm seit 1995 der Anteil der Bevölkerung des Landes mit Fachhoch- bzw. Hochschulreife insgesamt um 46.300 Personen zu. Im engeren Verflechtungsraum betraf dies 28.300 Personen, im äußeren Entwicklungsraum „nur“ 18.000.

Wird die Brandenburger Erwerbsbevölkerung hinsichtlich ihrer höchsten beruflichen Qualifikation betrachtet (siehe auch im Tabellenanhang Indikator 05-05: Personen nach höchstem Bildungs-

abschluss), so fällt ins Auge, dass sich insbesondere der Anteil der Personen, die eine qualitativ hochwertige Ausbildung (vor allem Fachschule/Universität) besitzen bzw. erworben haben, überproportional entwickelt hat. Dieser Anteil ist im Land Brandenburg von 182.400 Personen 1995 in nur drei Jahren auf 230.400 Personen gestiegen, d.h. um knapp 50.000 Personen. 7,2 Prozent aller Brandenburger verfügten 1995 über den höchsten Bildungsabschluss (Fachschul- oder Universitätsabschluss), 1998 waren es 8,9 Prozent.

Bildung ist die wichtigste Zukunftsinvestition. Ein wegen sonstigen Fehlens jeglicher Ressourcen auf die Leistungsbereitschaft seiner Bewohner so sehr

Berlinnahe Raum: Höheres Bildungsniveau



angewiesenes Land wie Brandenburg darf aus geradezu existenziellen Gründen hier keinerlei Möglichkeiten versäumen. Während gemäß der Bevölkerungszusammensetzung etwa die Hälfte der Schulanfänger/innen Mädchen sind, stellen diese bei den Hoch- und Fachschulabschlüssen stolze 59%. Bei den Studierenden liegt der Frauenanteil dann immerhin noch leicht über 51%. Dagegen beträgt der Anteil der Professorinnen nur noch 13,7% (1999 wie 1997), zwar liegt dies noch über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 9% im Jahr 1997, aber offensichtlich werden hier „Humanressourcen“ in großem Ausmaß nicht genutzt.

Hinsichtlich des Anteils derjenigen Personen, die eine Anlern- bzw. Lehrausbildung besaßen bzw. erworben haben, hat sich innerhalb dieses Zeitraumes kaum etwas geändert, dies betraf 1995 44,8% und 1998 44,9% aller Brandenburger.

Auch hier wird jedoch sichtbar, dass sich das Bildungsniveau des Brandenburger Bevölkerungsanteils, der seinen Wohnsitz im engeren Verflechtungsraum hat, von der übrigen Brandenburger Bevölkerung abhebt. Die hier lebenden Brandenburger hatten 1998 zu 11,8 Prozent einen Fachschul- bzw. Hochschulabschluss. Dies entsprach 1998 im engeren Verflechtungsraum einer Steigerungsrate von 2,4 Prozent zu 1994 (die Steigerungsrate lag im Landesdurchschnitt im gleichen Zeitraum bei 1,7 Prozent). Wie hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung, der Trends auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt, der Entwicklung der Einkommen u.a.m. verdeutlicht sich auch anhand des Bildungsniveaus, dass sich insbesondere im engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin in den letzten Jahren eine junge und gut ausgebildete Wohnbevölkerung angesiedelt hat.

## 6 Wohnen, Miete und Wohngeld im Land Brandenburg

Hinsichtlich der sozialen Lage und der Lebensqualität der Bevölkerung spielen unter dem Aspekt „Wohnen“ insbesondere Faktoren wie die Finanzierbarkeit der Wohnung und die Miethöhe, die Sicher-

heit des Mietverhältnisses, die unmittelbare Wohnqualität und Wohnungsausstattung, die Qualität des Wohnumfeldes usw. eine wichtige Rolle.

### **Kernpunkte sozialstaatlicher Politik im Bereich „Wohnen“ sind hauptsächlich:**

- der Bau von Sozialwohnungen,
- die Verbesserung der Wohnraumversorgung für Familien einschließlich der Förderung von Wohneigentum,
- die bauliche Wohnraumanpassung für behinderte Menschen und das Bereitstellen betreuter Wohnformen,
- die Zahlung von Wohngeld.

**Eckdaten der Gebäude- und Wohnungszählung 1995**

## Eigentumsverhältnisse:

- 46% der Wohnungen sind Privatbesitz
- 46% gehören Wohnungs- und sonst. Unternehmen
- 7% sind öffentliches Eigentum/Bundeswehr/Kirche
- Anteil selbstgenutzten Wohneigentums: 32%

## Alter des Wohnungsbestandes:

- 46% aller Wohnungen wurden bis 1948 gebaut
- 50% zwischen 1949-1990
- 4% ab 1991 und später

## Lage der Wohnungen:

- 68% in traditionell errichteten Wohngebäuden
- 32% in industrieller Bauweise,
- 42% aller Wohnungen in Gebäuden mit ein bzw. zwei Wohnungen,
- 58% in Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen

## Wohnungsausstattung:

- 2/3 Sammelheizung/Bad/Dusche/IWC = Vollausstattung,
- ca.1/4 ohne Sammelheizung und Sanitäreinrichtungen = Teilausstattung
- ca.10% ohne Sammelheizung/Dusche/Bad/IWC = schlechte Ausstattung

## Wohnungslage und -größe:

- durchschnittliche Raumzahl pro Wohnung: 4,1
- durchschnittliche Wohnfläche pro Wohnung: 72 m<sup>2</sup>, davon in kreisfreien Städten: 62 m<sup>2</sup>, in Landkreisen 75 m<sup>2</sup>
- durchschnittliche Wohnfläche aller Mietwohnungen: 61 m<sup>2</sup>
- darunter in vermieteten Ein- und Zweifamilienhäusern 76 m<sup>2</sup>

**6.1 Wohnungsbestand im Land Brandenburg**

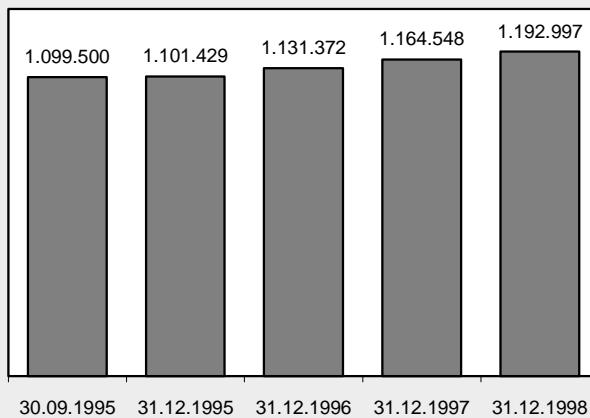
Mit der Gebäude- und Wohnungszählung im Land Brandenburg von 1995 lagen erstmals genaue und verlässliche Daten hinsichtlich der Wohnungsstruktur, des Wohnungsbestandes, der Wohnungsausstattung und andere wichtige Infor-

mationen vor, die einer effektiven Bau- und Wohnungspolitik im Land Brandenburg dienen und die einen Vergleich mit entsprechenden Kennziffern der anderen neuen Bundesländer ermöglichen.

Die Anzahl der Wohnungen im Land Brandenburg hat sich seit 1995 kontinuierlich erhöht.

Indikator  
06-01

Wohnungen im Land Brandenburg 1995 bis 1998



Quelle: LDS Brandenburg

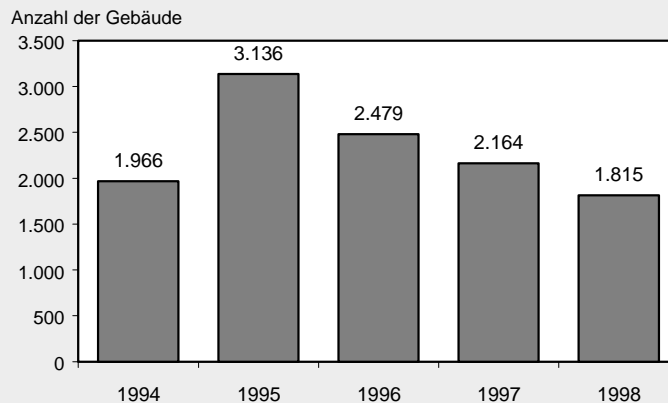
Die Entwicklung des Brandenburger Wohnungsbestandes in den Jahren 1995 bis 1998 nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten zeigt, dass vor allem in den berlinnahen Regionen des engeren Verflechtungsraumes Brandenburg-Berlin die höchsten Zuwächse im Wohnungsbau zu verzeichnen sind. In den Gemeinden des engeren Verflechtungsraumes wurden 1998 61,2 Prozent aller fertiggestellten Wohnungen des Landes Brandenburg (d.h. 18.511 Wohnungen) an die Nutzer übergeben. Hinsichtlich der räumlichen Konzentration des Baugeschehens im Land Brandenburg ist darüber hinaus zu bemerken, dass 1998 auch über die Hälfte (53,4 Prozent) der fertig gestellten Nutzfläche (d.h. 668.000 m<sup>2</sup>) in Gemeinden des engeren Verflechtungsraumes geschaffen wurde. Diese Konzentration des Wohnungsbaus hat zusätzliche negative Akzente im Hin-

blick auf den äußeren Entwicklungsraum gesetzt. Das Land Brandenburg nahm 1998 im Vergleich der neuen Bundesländer, wie schon in den Vorjahren, hinsichtlich der Anzahl der fertiggestellten Wohnungen eine führende Position ein. Auch hinsichtlich solcher Faktoren, die die unmittelbare Wohnqualität erheblich beeinflussen, wie Wohnungsfläche, Räume je Wohnung, Wohnräume je Einwohner bzw. Wohnfläche je Einwohner bewegt sich das Land Brandenburg im Durchschnitt der neuen Bundesländer.

Die Entwicklung im sozialen Wohnungsbau im Land Brandenburg von 1994 bis 1998 ist der folgenden Grafik zu entnehmen. Deutlich erkennbar wird, dass sich seit 1995 die Anzahl der Bewilligungen zur Errichtung von Neubauten im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus erheblich verringert hat:

Indikator  
06-01

Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau nach Anzahl der Gebäude im Land Brandenburg 1994 bis 1998



Quelle: LDS Brandenburg

Resümierend, so wird im Raumordnungsbericht Berlin und Brandenburg von 1998 festgestellt, haben die brandenburgischen Städte und Kommunen die Bedeutung des Wohnens für die Funktion, die Struktur und die Wirtschaftskraft ihrer Region erkannt. Das Land Brandenburg engagiert sich hierbei insbesondere in zwei Richtungen:

- direkte Förderung des Wohnungsbaus, vor allem Mietwohnungsneubau, Eigentumsmaßnahmen, Modernisierung und Instandsetzung des vorhandenen Bestandes;
- Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen im Wohnungs- und Mietrecht (z.B. Belegungsbindungsgesetz, Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum, Regelungen zum Kündigungsschutz).

## 6.2 Mieten und Mietbelastungen Brandenburger Haushalte

Sozialpolitische Relevanz erhält das Thema Wohnen neben seiner o. g. grundsätzlichen Bedeutung für die soziale Lage und die Lebensqualität der Landesbevölkerung insbesondere durch finanzielle Aufwendungen, d.h. vor allem zunehmende Mietbelastungen, die für einkommensschwache Haushalte besondere Belastungen darstellen. Hier greift hauptsächlich die sozialstaatliche Wohngeldzahlung in Form von Mietzuschüssen für Bedürftige.

Sozialer Wohnungsbau stark rückläufig

Die Mieterhaushalte im Land Brandenburg wurden in den letzten Jahren mit zum Teil erheblichen Mietsteigerungen konfrontiert. Mitte 1998 lagen die Bruttowarmmieten im Gesamtdurchschnitt bei 10,36 DM pro m<sup>2</sup> Wohnfläche. 1996 lagen sie im Durchschnitt noch bei 9,50 DM pro m<sup>2</sup> Wohnfläche. Die Mieter-

haushalte in Brandenburg wendeten Mitte 1998 durchschnittlich 23,6 Prozent ihres Nettoeinkommens für Miete auf. Anfang 1996 waren es 22,4 Prozent.

Wie sich die aktuelle Mietbelastung hinsichtlich der jeweiligen Haushaltsgröße darstellt, verdeutlichen die folgenden Tabellen:

<b>Indikator Nr. 06-02: Mietbelastung</b>									
<b>Hauptmieterhaushalte nach Haushaltsgröße und Mietbelastung im Land Brandenburg 1998</b>									
Merkmal	Haushalte insgesamt in 1000*	davon mit einer monatlichen Mietbelastung von ... bis unter ... Prozent des Haushalts- bzw. Familiennettoeinkommens							
		unter 10	10-15	15-20	20-25	25-30	30-35	35-40	40 und mehr
Haushaltsgröße mit									
1 Person	206,5	3,9	10,6	17,6	17,2	16,3	9,7	8,1	16,5
darunter weiblich	122,6	3,1	9,0	17,4	17,0	16,4	9,8	9,5	17,8
2 Personen	203,0	10,0	24,7	24,2	16,8	9,4	5,8	3,5	5,7
3 Personen	95,6	13,5	29,2	20,7	15,7	8,7	4,4	2,7	5,2
4 Personen	66,3	14,6	30,8	22,0	12,9	8,7	3,4	2,7	4,9
5 und mehr Personen	14,8	9,8	29,6	20,4	16,0	10,3	4,2	2,7	7,0
<b>Insgesamt</b>	<b>586,3</b>	<b>9,0</b>	<b>21,3</b>	<b>20,9</b>	<b>16,3</b>	<b>11,6</b>	<b>6,7</b>	<b>4,9</b>	<b>9,4</b>
*Nur Haushalte mit Familien mit Angabe über Miete und Einkommen									
Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg									



## Wohnen

Insbesondere die kleinen Haushalte, in denen nur eine oder zwei Personen leben, haben die höchsten monatlichen Mietbelastungen zu tragen. Hier zeigt sich, dass vor allem alleinstehende Frauen noch stärker als Männer mit diesen hohen monatlichen Belastungen konfrontiert sind.

Wird die monatliche Mietbelastung der Brandenburger Familien betrachtet, so haben mit deutlichem Abstand vor allem Alleinerziehende mit einem im Haushalt lebenden Kind die größten Belastungen zu tragen.

Indikator Nr. 06-02: Mietbelastung									
Hauptmieterhaushalte und Familien nach Struktur und Mietbelastung im Land Brandenburg 1998									
Merkmal	Haushalte insgesamt in 1000*	davon mit einer monatlichen Mietbelastung von ... bis unter ... Prozent des Haushalts- bzw. Familiennettoeinkommens							
		unter 10	10-15	15-20	20-25	25-30	30-35	35-40	40 und mehr
<b>Haushalte mit Kind(ern) unter 18 Jahren</b>	<b>164,6</b>	<b>9,5</b>	<b>25,7</b>	<b>20,5</b>	<b>15,1</b>	<b>10,3</b>	<b>6,2</b>	<b>4,0</b>	<b>8,7</b>
<i>davon mit</i>									
<i>1 Kind</i>	95,0	8,9	26,1	19,8	15,2	9,1	6,8	4,3	9,8
<i>2 Kindern</i>	58,0	11,6	25,3	21,5	14,5	12,3	5,0	3,6	6,1
<i>3 Kindern</i>	9,0	3,5	24,1	20,3	17,4	8,1	8,1	4,5	13,9
<i>4 und mehr Kindern</i>	2,8	3,6	27,1	21,4	18,5	18,4	3,5	-	7,6
ohne Kinder	421,6	8,7	19,5	21,1	16,8	12,2	6,9	5,2	9,6
<b>Familien insgesamt</b>	<b>345,1</b>	<b>12,7</b>	<b>25,6</b>	<b>20,7</b>	<b>14,7</b>	<b>9,2</b>	<b>5,5</b>	<b>3,4</b>	<b>8,2</b>
<b>Ehepaare insgesamt</b>	<b>260,6</b>	<b>15,6</b>	<b>30,2</b>	<b>23,6</b>	<b>14,6</b>	<b>7,7</b>	<b>3,4</b>	<b>2,1</b>	<b>2,8</b>
mit Kind(ern)	126,0	18,1	32,5	21,4	12,0	7,6	2,8	2,1	3,4
<i>darunter mit ... Kind(ern) unter 18 Jahren:</i>									
<i>1 Kind</i>	49,6	15,5	35,1	21,3	12,1	7,6	3,2	1,9	3,2
<i>2 Kindern</i>	41,0	16,0	27,3	23,8	11,7	10,8	3,3	3,3	3,8
<i>3 Kindern</i>	5,1	6,4	33,8	19,6	16,1	7,9	4,2	3,7	8,2
<i>4 und mehr Kindern</i>	1,3	-	23,5	21,6	38,0	8,2	-	-	8,6
ohne Kinder	134,6	13,3	28,0	25,6	17,0	7,9	3,9	2,2	2,2
<b>Alleinerziehende insgesamt</b>	<b>84,5</b>	<b>3,6</b>	<b>11,4</b>	<b>11,7</b>	<b>15,0</b>	<b>13,9</b>	<b>12,2</b>	<b>7,5</b>	<b>24,7</b>
<i>darunter mit Kind(ern) unter 18 Jahren</i>									
<i>1 Kind</i>	48,1	1,1	7,6	9,9	13,9	12,1	14,3	9,2	31,8
<i>2 und mehr Kindern</i>	20,8	3,4	9,0	12,3	16,0	20,0	9,4	6,6	23,2

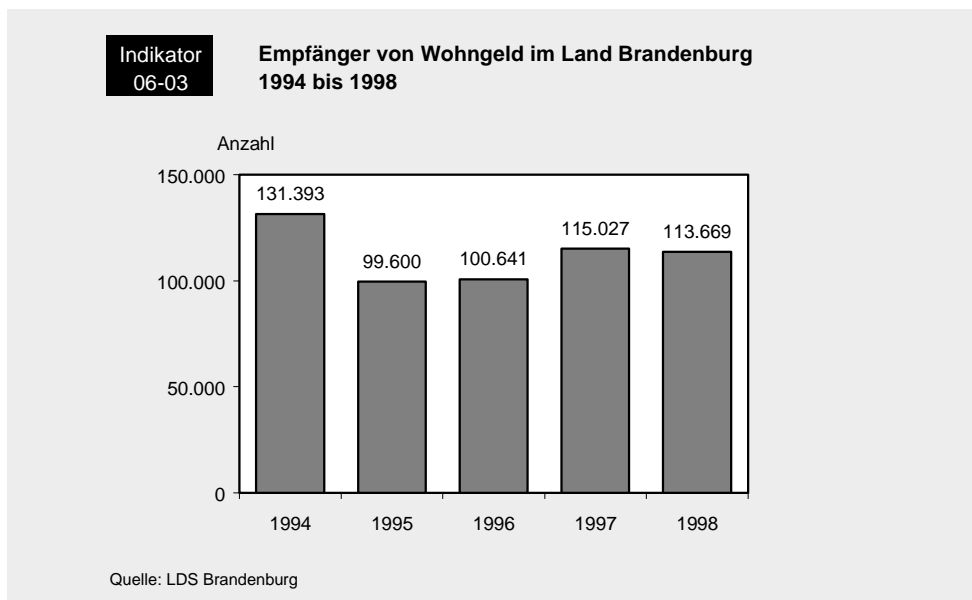
\*Nur Haushalte mit Familien mit Angabe über Miete und Einkommen  
Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

## 6.3 Wohngeld

Einkommensschwache Haushalte haben Anspruch auf staatliches Wohngeld, um die monatliche Mietbelastung in einem erträglichen Rahmen zu halten. Ein Indiz für die Zahl der durch Mieten besonders belasteten Haushalte ist die Entwicklung der Anzahl der Wohngeldempfänger. Betroffen sind hierbei insbesondere

Haushalte von Arbeitslosen, von Alleinstehenden, von Rentnern mit niedrigen Rentenansprüchen, von Alleinerziehenden und Sozialhilfeempfängern.

Seit 1994 hat sich hinsichtlich aller wohngeldberechtigten Brandenburger Haushalte folgende Entwicklung vollzogen:



Knapp die Hälfte aller Brandenburger Wohngeldempfänger lebten 1998 in einem Einpersonenhaushalt. Von allen Brandenburger Einpersonenhaushalten (dies waren im April 1998 325.800 Haushalte) bezogen somit knapp 17 Prozent Wohngeld. Die Veränderung bzw. Erhöhung des monatlichen Wohngeldanspruches mit wachsender Haushalts- bzw. Familiengröße und die finanzielle Entlastung durch die staatliche Wohngeldzahlung wird aus folgender Übersicht deutlich:

(Landkreise Uckermark und Oberspreewald-Lausitz) hatten im gleichen Jahr auch die höchsten Sozialhilfeempfängerquoten.

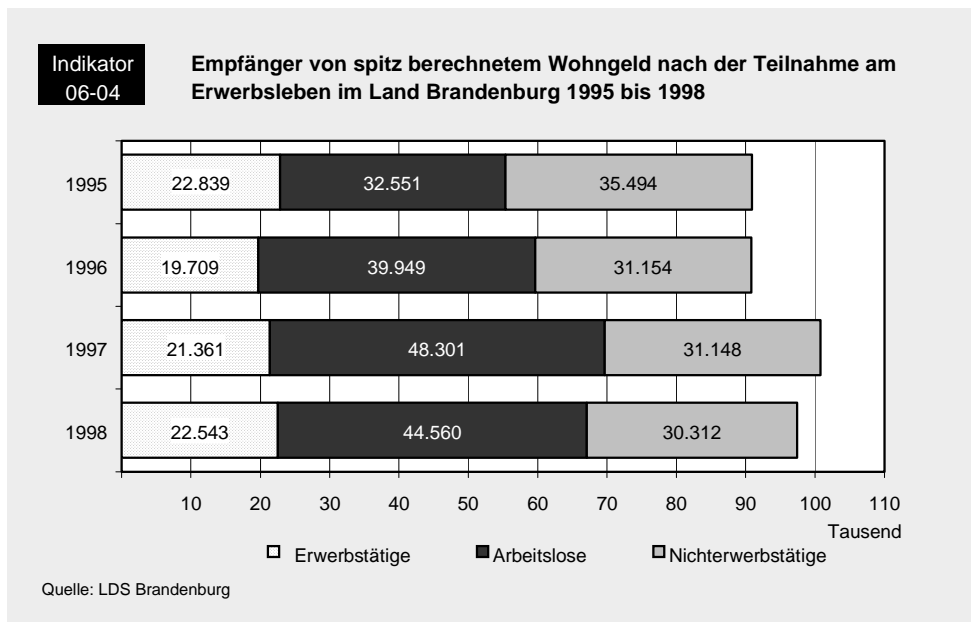
Werden die Empfänger von Wohngeld im Land Brandenburg hinsichtlich ihrer Einbindung in das Erwerbsleben betrachtet, so ist festzustellen, dass vor allem die Ausgliederung aus dem Arbeitsprozess durch Arbeitslosigkeit oder durch Beendigung der Erwerbstätigkeit zu einer solchen Einkommensschwäche führt, dass Wohngeld gezahlt werden muss.

Indikator Nr. 06 - 04: Durchschnittliche Höhe des Wohngeldes					
Miete und Wohngeldanspruch der Empfänger von Wohngeld nach Haushaltsgröße im Land Brandenburg 1998					
Haushalte der Empfänger von Wohngeld		durchschnittliche monatliche Beträge pro Wohngeldempfängerhaushalt in DM			
Haushaltsgröße	Anzahl	Miete je m <sup>2</sup> Wohnfläche	Miete vor Wohngeldgewährung	Miete nach Wohngeldgewährung	Wohngeld- anspruch
von Alleinstehenden	54.932	.	382	251	131
mit 2 Familienmitgliedern	24.592	.	499	314	185
mit 3 Familienmitgliedern	15.738	.	585	366	219
mit 4 Familienmitgliedern	11.923	.	689	450	238
mit 5 Familienmitgliedern	4.295	.	753	468	285
mit 6 und mehr Familienmitgliedern	2.189	.	817	439	378
<b>Insgesamt</b>	<b>113.669</b>	<b>8,33</b>	<b>490</b>	<b>313</b>	<b>177</b>

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Ein detaillierter Überblick über die Anzahl der Wohngeldempfänger nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten (siehe Tabellenanhang) verweist auf die o.g. unmittelbare Verbindung zwischen Wohngeldbezug und Sozialhilfeanspruch. Die Brandenburger Landkreise mit den meisten Wohngeldempfängern 1998

Es sind, wie oben bereits angedeutet, im Land Brandenburg insbesondere von Arbeitslosigkeit betroffene Personen, die seit 1995 die größte Gruppe der Wohngeldempfänger (spitz berechnet) stellen. Ihr prozentualer Anteil an diesen Wohngeldempfängern des Landes ist von 1995 (35,8 Prozent) bis 1998 (45,7 Prozent) um knapp 10 Prozent gestiegen, während der Anteil der Erwerbstätigen leicht gesunken ist, von 25,1 Prozent im



Jahre 1995 auf 23,1 Prozent 1998. Die zweitgrößte Gruppe der Wohngeldempfänger waren bis 1997 Rentner (ab 1998 sind es die Erwerbstätigen). 1995 betrug der Anteil der Rentner an den Wohngeldempfängern 30,1 Prozent, 1998 allerdings nur noch 21,4 Prozent. Dies deutet darauf hin, dass sich die Einkommenssituation in vielen Brandenburger Rentnerhaushalten in den letzten Jahren offensichtlich erheblich verbessert hat.

## 6.4 Wohnungslosigkeit im Land Brandenburg

Auch in den neuen Bundesländern sind Menschen von Wohnungslosigkeit bedroht. Das Land Brandenburg hat vor diesem Hintergrund 1997 in einem ers-

ten Schritt „Empfehlungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit und zur Verbesserung der Lage obdachloser Personen in den Kommunen“ verabschiedet. Da gesicherte Informationen über die

Anzahl wohnungsloser Personen aber noch fehlen, hat die Landesregierung 1997 dazu eine Stichtagserhebung

zum 30.09.1997 bei allen Ordnungs- und Sozialämtern des Landes durchgeführt. Von den 219 Gemeinden, in denen solche Behörden ansässig waren, stellten 128 (58%) Angaben zu Wohnungsnotfällen (Obdachlosigkeit) in ihrem Bereich zur Verfügung. Sie meldeten insgesamt 2.461 aktuell von Wohnungslosigkeit betroffene Personen. Unterstellt man auch in den Gemeinden des Landes Brandenburg, die sich an der Befragung nicht beteiligt haben, lägen analoge Verhält-

**Arbeitslosigkeit löst häufig Wohngeldbedarf aus**

nisse vor (Hochrechnung), so ist davon auszugehen, dass am 30.09.1997 im Land Brandenburg ca. 3.300 Personen aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen waren. Die in den Ämtern beschäftigten Mitarbeiter schätzten ein zusätzliches Dunkelfeld von 28%. Unterstellt man dies, so wäre sogar von ca. 4.240 Personen ohne eigenverfügbaren Wohnraum auszugehen. Von ihnen wären lt. Hochrechnung 63,9% Männer, 19,1% Frauen und immerhin 17% Kinder.

Als Menschen ohne eigene Wohnung gelten nach einer Definition des Deutschen Städtetages darüber hinaus auch Flüchtlinge und Spätaussiedler, solange sie vorübergehend in Heimen untergebracht sind. Ihre Zahl müsste danach den oben gemachten Angaben hinzugefügt werden. Hinzu kommt eine beträchtliche Zahl von Bürgern, die mit der regelmäßigen Zahlung von Miete im Verzug und dadurch von Wohn-

ungslosigkeit bedroht sind. Aus den 128 Gemeinden, die sich an der Stich- tagserhebung beteiligt haben, wurde z.B. bekannt, dass 1.354 Räumungsklagen durchgeführt wurden.

Bei allen Schwierigkeiten des Vergleichs mit den alten Bundesländern - eine bundeseinheitliche Wohnungsnotfallstatistik existiert derzeit noch nicht - ist die Zahl der Wohnungslosen bezogen auf die

Gesamtbevölkerung in Brandenburg nach diesen Daten jedoch noch geringer als in den alten Bundesländern.

Deutliche Unterschiede gibt es je nach Gemeindegröße. Die Wohnungslosenquote pro 1.000 Einwohner verdoppelt sich jeweils, wenn Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern, zwischen 5.000 und 10.000 Einwohnern sowie zwischen 10.000 und 50.000 Einwohnern verglichen werden. In kleinen Gemeinden mit unter 10.000 Einwohnern wurde ermittelt, dass durchschnittlich einer von 2.000 Mitbürgern wohnungslos ist. In Gemeinden bis 50.000 waren durchschnittlich bereits 16 von 10.000 Bürgern wohnungslos. In Städten über 50.000 Einwohnern wurden statistisch sogar 22 wohnungslose Personen pro 10.000 Einwohner ermittelt.

Auf der anderen Seite führt die unterschiedliche Entwicklung des berlinnahen Raumes und des äußeren Entwicklungsraumes dort zu Bevölkerungsverlusten und zu einem damit verbundenen Wohnungsleerstand von

bis zu 10% des Wohnungsbestandes (z.B. in Guben 18%, in berlinnahen Regionen dagegen nur ca. 6%). Wohnungslosigkeit ist daher nicht nur eine Frage der Verfügbarkeit von Wohnraum, sondern ganz wesentlich auch eine Frage der Betreuung von sozialen Problemgruppen.

Gleichzeitigkeit von Wohnungsleerstand und Wohnungslosigkeit

## 7 Gesundheit

Sozialpolitisch ist das Thema „Gesundheit“ unter mehreren Gesichtspunkten von Interesse:

- Gesundheit und soziale Lage stehen in einer engen Wechselbeziehung. Die soziale Lage der Menschen wirkt sich über vielfältige Faktoren auf den Gesundheitszustand aus. Umgekehrt wirkt sich der Gesundheitszustand auf die soziale Lage aus, indem beispielsweise krankheitsbedingt eine vorzeitige Verrentung notwendig wird oder berufliche Aufstiegsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Veränderungen der sozialen Lage der Menschen ziehen daher stets auch Folgen für die gesundheitlichen Versorgungssysteme nach sich und umgekehrt.
- Des Weiteren zeigen sich deutliche Unterschiede im Gesundheitszustand der Menschen nach soziodemographischen Merkmalen, d.h. nach Geschlecht und Alter. Auch dies spielt für die Versorgungsplanung eine wichtige Rolle.

Im Folgenden werden zum Thema Gesundheit vier Indikatoren vorgestellt:

1. die Lebenserwartung der Brandenburger Frauen und Männer
2. der Zusammenhang zwischen der Gesundheit der Brandenburger Kinder und ihrer sozialen Lage
3. der Krankenstand der Beschäftigten in Abhängigkeit von sozialem Status und soziodemographischen Merkmalen
4. die krankheitsbedingten Frühverrentungen in Abhängigkeit von sozialem Status und soziodemographischen Merkmalen.

### 7.1 Lebenserwartung im Land Brandenburg

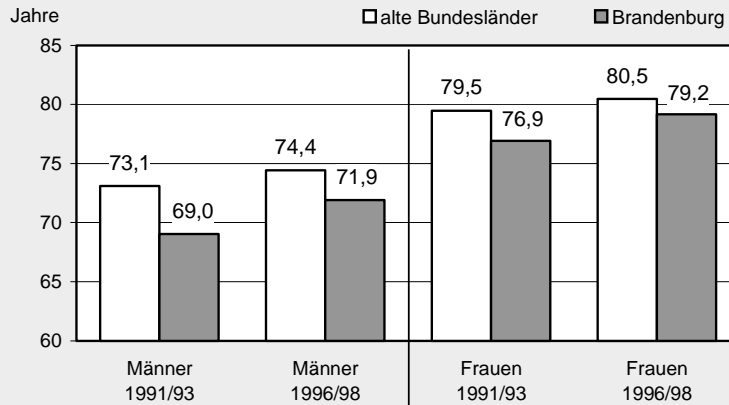
Die Lebenserwartung Brandenburger Frauen und Männer hat sich im Zeitraum von 1994 - 1998 bei beiden Geschlechtern weiter erhöht. Dies kann als Indiz für eine Verbesserung der materiellen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen gewertet werden. Allerdings ist nicht bekannt, inwieweit die Steigerung der Lebenserwartung in Abhängigkeit vom sozialen Status der Menschen unterschiedlich ausgefallen ist.

Die durchschnittliche Altersdifferenz zwischen den Geschlechtern hat sich in den vergangenen Jahren kaum verändert. Frauen werden - wie in den anderen Bundesländern auch - erheblich älter als Männer; im Land Brandenburg beträgt die Differenz durchschnittlich mehr als sieben Jahre.

Lebenserwartung der Menschen nimmt zu, Differenz zwischen Frauen und Männern bleibt

**Indikator  
07-01**

### Lebenserwartung - Vergleich Brandenburg mit alten Bundesländern



Quelle: LDS Brandenburg

Der nachfolgenden Tabelle ist die entsprechende Entwicklung seit Beginn der 90er Jahre zu entnehmen. Sie zeigt auch, dass sich die Lebenserwartung Branden-

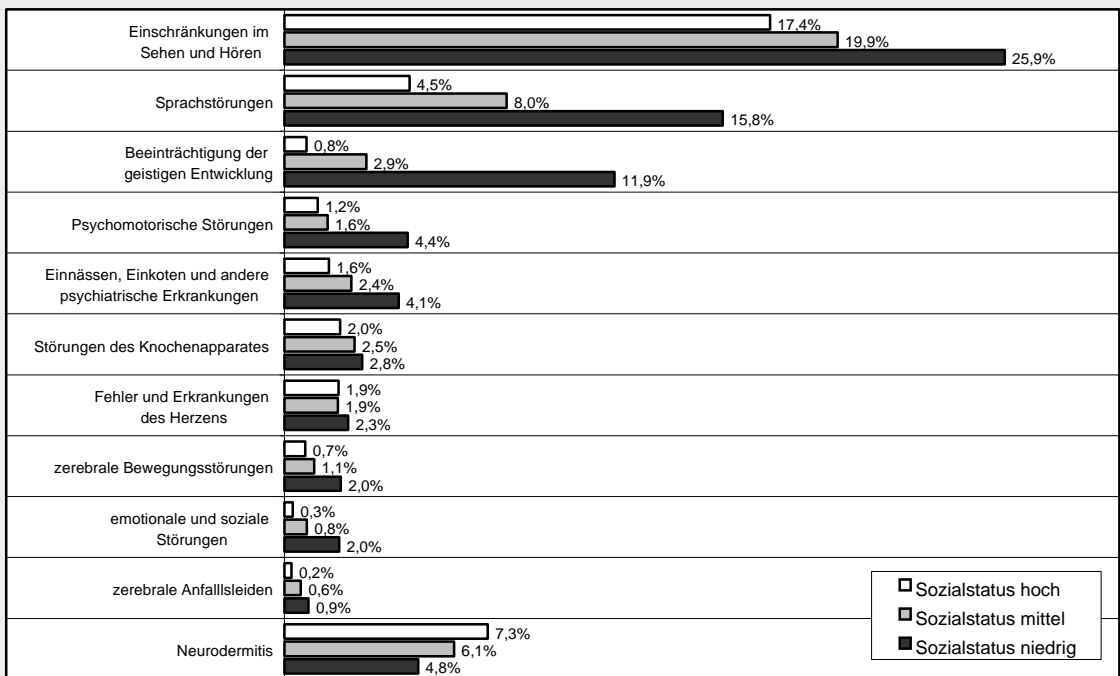
burger Bürger insgesamt nur unwesentlich von der Lebenserwartung der Bevölkerung in den anderen neuen Bundesländern unterscheidet.

Indikator Nr. 07- 01: Lebenserwartung												
Lebenserwartung in Drei-Jahres-Durchschnitten nach Geschlecht in der BRD, den alten und neuen Bundesländern sowie in Brandenburg 1986 bis 1998												
						Differenz Frau - Mann				Differenz		
		BRD	ABL	NBL und Berlin-O.	BB	BRD	ABL	NBL und Berlin-O.	BB	ABL/NBL	NBL/BB	ABL/BB
1986/88	Männer	.	72,21	69,73	.	.	6,47	6,01	.	2,48	.	.
	Frauen	.	78,68	75,74	.	.	6,47	6,01	.	2,94	.	.
1991/93	Männer	72,47	73,11	69,85	69,04	6,54	6,37	7,33	7,89	3,26	0,81	4,07
	Frauen	79,01	79,48	77,18	76,93	6,54	6,37	7,33	7,89	2,30	0,25	2,55
1992/94	Männer	72,77	73,37	70,31	69,39	6,53	6,32	7,41	8,12	3,06	0,92	3,98
	Frauen	79,30	79,69	77,72	77,51	6,53	6,32	7,41	8,12	1,97	0,21	2,18
1993/95	Männer	72,99	73,53	70,72	70,01	6,50	6,28	7,44	8,00	2,81	0,71	3,52
	Frauen	79,49	79,81	78,16	78,01	6,50	6,28	7,44	8,00	1,65	0,15	1,80
1994/96	Männer	73,29	73,79	71,20	70,64	6,43	6,21	7,34	7,66	2,58	0,56	3,15
	Frauen	79,72	80,00	78,55	78,30	6,43	6,21	7,34	7,66	1,46	0,25	1,70
1995/97	Männer	73,62	74,07	71,77	71,27	6,36	6,14	7,25	7,53	2,30	0,50	2,80
	Frauen	79,98	80,21	79,02	78,79	6,36	6,14	7,25	7,53	1,19	0,23	1,42
1996/98	Männer	74,04	74,42	72,41	71,91	6,23	6,04	7,04	7,27	2,01	0,50	2,51
	Frauen	80,27	80,46	79,45	79,18	6,23	6,04	7,04	7,27	1,01	0,27	1,28

Legende: BRD = Bundesrepublik Deutschland; ABL = alte Bundesländer; NBL = neue Bundesländer; BB = Brandenburg

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

**Medizinisch relevante Befunde nach Sozialstatus 1998**  
(Prozentanteil an Kindern der Sozialstatusgruppe)



Quelle: Schuleingangsuntersuchung 1998, LGA im LASV

**7.2 Gesundheit und soziale Lage bei Kindern**

Anhand der Schuleingangsuntersuchungen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes kann ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Gesundheitszustand der Kinder und ihrer sozialen Lage nachgewiesen werden. Bei fast allen medizinisch relevanten Befunden gibt es eine

lineare Beziehung zur sozialen Lage, wobei Kinder aus sozial benachteiligten Familien regelmäßig die höchsten Raten aufweisen.\*

Kinder in sozial schlechter Lage sind kränker

\*Siehe dazu: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen (Hrsg.): Einschüler in Brandenburg: Soziale Lage und Gesundheit 1999, Potsdam 1999.

**Die wichtigsten Ergebnisse zur Gesundheit der Einschüler:**

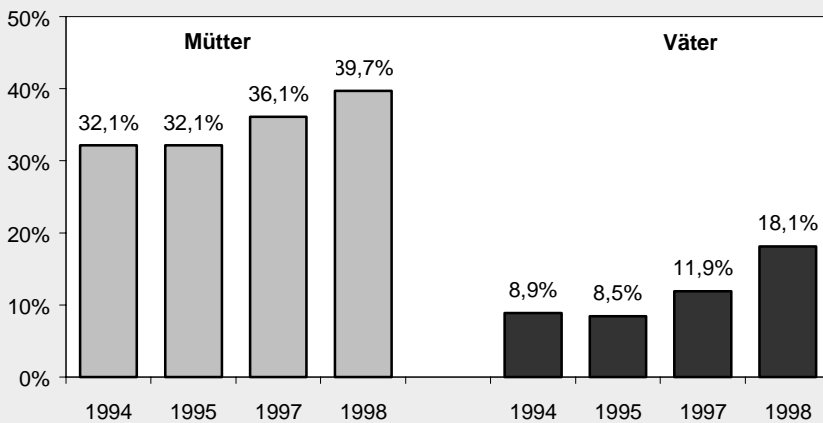
- Der Unterschied zwischen Kindern aus Familien mit einem niedrigen und einem hohen Sozialstatus wird besonders deutlich, wenn es sich um intellektuelle, psychische und sprachliche Entwicklungsparameter des Kindes handelt.
- Ebenso deutliche Unterschiede sind bei psychischen Beeinträchtigungen und Störungen im Sozialverhalten erkennbar.
- Kinder aus sozial benachteiligten Schichten sind weiterhin häufiger in Verkehrsunfälle verwickelt und erleiden häufiger Verbrennungen und Vergiftungen.
- In der häuslichen Umgebung sind Kinder aus sozial benachteiligten Familien höheren Umweltbelastungen ausgesetzt (wie z.B. Rauchen der Eltern, Kochen mit Gas, Heizung in der Wohnung, Schimmelpilze).
- Kinder aus sozial schwächeren Familien leiden häufiger unter gesundheitlichen Störungen bzw. Entwicklungsverzögerungen, die nicht oder nicht ausreichend behandelt werden.

Für diese Auswertungen wurden die sozial-anamnestischen Merkmale Schulbildung und Erwerbstätigkeit von Vater und Mutter zu einem Sozialschichtindex zusammengefasst. Gemessen an diesem Index ist der Anteil von Kindern aus sozial benachteiligten Familien während der Jahre 1994 bis 1998 relativ gewachsen.

Dieser Trend ist auf eine zunehmende Zahl von Müttern und Vätern zurückzuführen, die nicht (mehr) erwerbstätig sind. Dies lässt für die Zukunft einen weiteren Anstieg der Befundraten erwarten, wenn nicht die gesundheitspolitisch eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung der Kinder greifen.

**Indikator  
03-12**

**Nicht erwerbstätige Eltern von Einschülern 1998**



Quelle: Schuleingangsuntersuchung 1998, LGA im LASV

Die sozial bedingten Unterschiede in der Gesundheit der Kinder haben auch entsprechende Unterschiede im therapeutischen Handlungsbedarf zur Folge, d.h.

die Versorgungssysteme werden je nach der sozialen Entwicklung der Kinder unterschiedlich beansprucht:

<b>Indikator Nr. 07- 02: Gesundheitlicher Handlungsbedarf bei Kindern nach sozialem Status</b>						
<b>Handlungsbedarf nach Sozialstatus* 1997/1998</b>						
Kinder mit Handlungsbedarf	1997			1998		
	Sozialstatus niedrig	Sozialstatus mittel	Sozialstatus hoch	Sozialstatus niedrig	Sozialstatus mittel	Sozialstatus hoch
	N = 3 803	N = 11 070	N = 2 682	N = 3 003	N = 7 728	N = 2 001
Anzahl	963	1.453	245	687	1.067	179
Anteil in Prozent	25,3	13,1	9,1	22,9	13,8	8,9
*Psychologische Klärung, Sprachheilbehandlung, Physiotherapie, Psychotherapie						
Datenquelle: Landesgesundheitsamt (LGA) Brandenburg						

### 7.3 Krankenstand nach soziodemographischen Faktoren

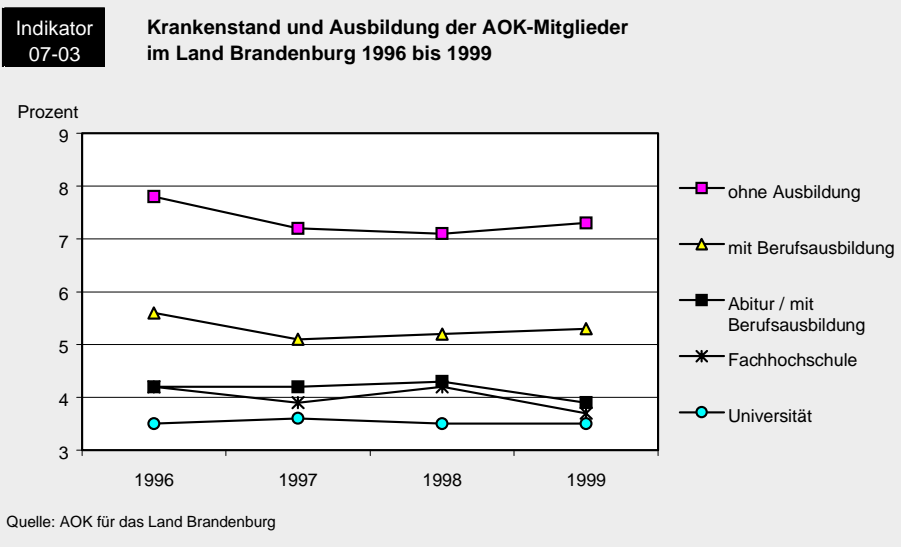
Das Arbeitsunfähigkeitsgeschehen und dabei insbesondere der Krankenstand steht im Zusammenhang mit soziodemographischen Merkmalen. Anhand von Daten der AOK Brandenburg sollen einige Bezüge dargestellt werden.

Betrachtet man den Krankenstand im Zusammenhang mit dem Alter, zeigt sich erwartungsgemäß, dass die Gruppe der älteren Arbeitnehmer (ab 55 Lebensjahre) besonders hohe Werte aufweist. Dieser Sachverhalt wird regelmäßig festgestellt und rührt daher, dass ältere Arbeitnehmer häufiger als junge unter schweren und langwierigen Krankheiten leiden. Die Analyse der AOK-Daten zeigt für das Land Brandenburg aber weiterhin eine überraschende Auffälligkeit: In den vergangenen Jahren hatte die Gruppe der

Beschäftigten unter 20 Jahre ebenfalls einen hohen Krankenstand. Dieses Ergebnis ist erklärungsbedürftig. Eine mögliche Erklärung liegt in der gespannten Ausbildungsplatzsituation im Land Brandenburg. Dazu gehört, dass viele Schulabgänger im Land Brandenburg in ihrem Wunschberuf keinen adäquaten Ausbildungsplatz finden und in Berufe mit geringerer Attraktivität und auch unsicheren Arbeitsmarktchancen vermittelt werden. Viele junge Menschen absolvieren ihre Berufsausbildung auch in überbetrieblichen Einrichtungen und sind dort nur schwer zu motivieren. Hohe Fehlzeiten und Ausbildungsabbrüche sind oft die Folge. Ein weiterer Erklärungsansatz kann in Faktoren „typisch“ jugendlicher Lebensstile gesehen werden, die häufiger mit Sport- und Freizeitunfällen verbunden sind, als in anderen Altersgruppen.

Indikator Nr. 07- 03: Krankenstand nach soziodemographischen Faktoren				
Krankenstand und Alter der AOK-Mitglieder im Land Brandenburg 1996 bis 1999				
Alter	Krankenstand			
	1996	1997	1998	1999
0-19	7,3	6,6	6,2	6,4
20-24	5,9	5,7	5,8	6,3
25-29	4,6	4,3	4,4	4,5
30-34	4,8	4,4	4,3	4,5
35-39	5,2	4,6	4,7	4,9
40-44	5,5	5,0	5,1	5,1
45-49	6,0	5,3	5,4	5,5
50-54	7,2	6,3	6,3	6,2
55-59	8,0	6,9	7,2	7,3
60-64	7,5	7,3	7,0	6,4
65...	2,1	1,7	2,0	2,3
<b>Insgesamt</b>	<b>5,8</b>	<b>5,3</b>	<b>5,3</b>	<b>5,4</b>

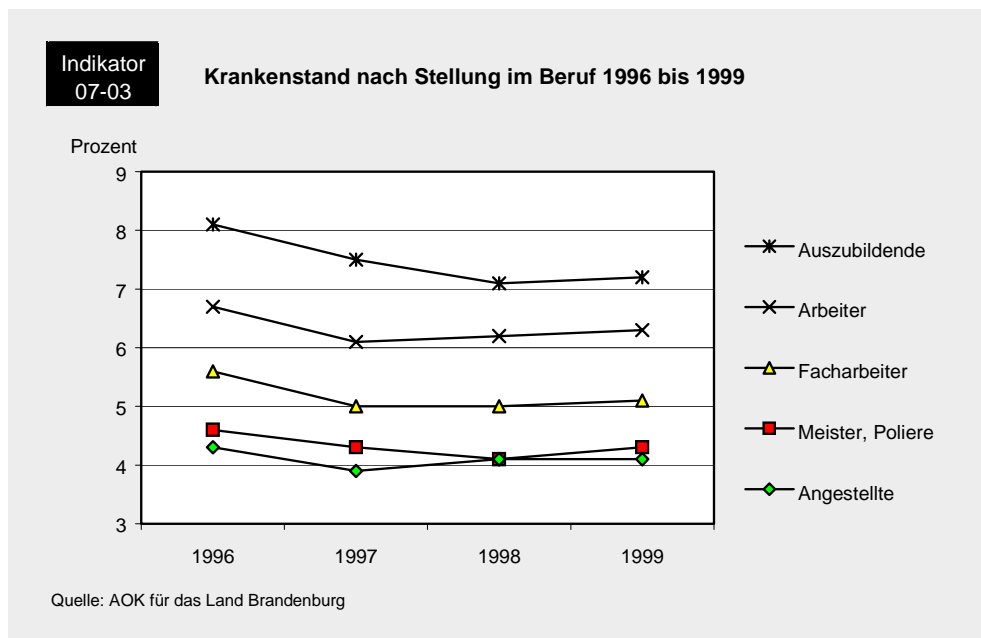
Legende:  
 Berechnung ohne Schwangerschaften und ohne Freistellungen zur Pflege erkrankter Kinder;  
 Berechnungsbasis Kalendertage;  
 Datenquelle: AOK für das Land Brandenburg



Der Krankenstand folgt des Weiteren erkennbar dem Sozialstatus der Beschäftigten, d.h. je niedriger der Sozialstatus, desto höher der Krankenstand. Als Indikator für den Sozialstatus kann das berufliche Qualifikationsniveau verwendet werden. Es zeigt sich durchgehend und über die Jahre konstant, dass ein hohes Ausbildungsniveau mit besserer Gesundheit einhergeht. Den höchsten Krankenstand haben unter dieser Perspektive Arbeitnehmer ohne Ausbildung.

**Hoher Krankenstand bei Ungelernten**

Ein dem beruflichen Ausbildungsniveau vergleichbarer Indikator für den Sozialstatus ist die Stellung im Beruf. Angestellte weisen hier vergleichsweise niedrigere Krankenstände auf. Besonders auffallend ist der hohe Krankenstand der Auszubildenden. Auf die besondere Krankenstandsproblematik jüngerer Arbeitnehmer und damit auch der Auszubildenden wurde bereits oben eingegangen.



#### 7.4 Krankheitsbedingte Frühverrentungen

Die Zahl der krankheitsbedingten Frühverrentungen zeigt, dass das Arbeitsleben häufig krankheitsbedingt und mit beeinträchtigter Gesundheit beendet wird. Auch hier gibt es deutliche soziale

Unterschiede: schon bei der Betrachtung des Krankenstandes nach Stellung im Beruf (vgl. oben) hat sich die relativ größere Betroffenheit von Arbeitern gegen-

über Angestellten gezeigt. Ein vergleichbarer Sachverhalt wird nun auch bei den krankheitsbedingten Frühverrentungen

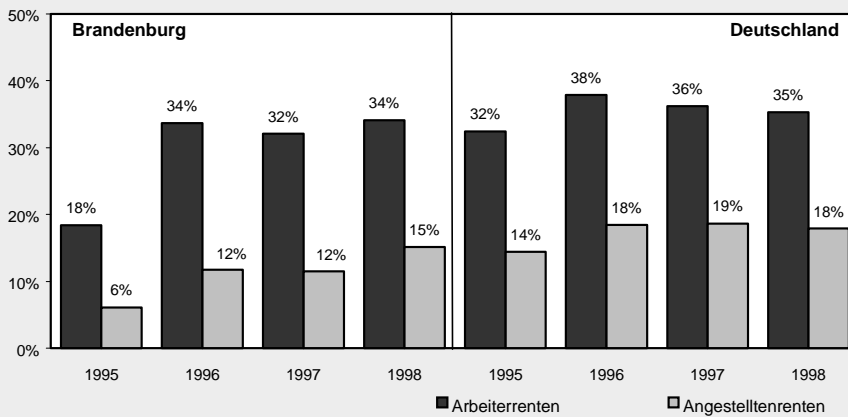
sichtbar. Dieses Ergebnis gilt für das Land Brandenburg wie auch für Deutschland insgesamt und deutet

auf die gesundheitlichen Folgen schwererer körperlicher Arbeit hin, die noch immer von Arbeitern geleistet wird.

Krankheitsbedingte Frühverrentungen: Männliche Arbeiter besonders betroffen

Indikator  
07-04

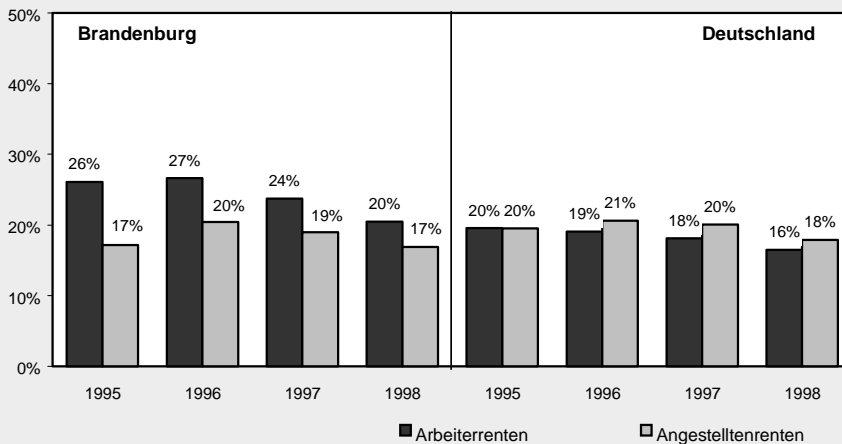
Anteil der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit an den Rentenzugängen bei Männern 1995 - 1998



Quelle: VDR

Indikator  
07-04

Anteil der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit an den Rentenzugängen bei Frauen 1995 - 1998



Quelle: VDR

# 7

## Gesundheit

Zwischen 1995 und 1996 stieg in Brandenburg der Anteil krankheitsbedingter Frühverrentungen bei Arbeitern auf etwa ein Drittel aller Rentenzugänge und erreichte damit etwa das Niveau von Deutschland gesamt. Dasselbe gilt für den genannten Zeitraum für die krankheitsbedingten Frühverrentungen bei Angestellten, die sich innerhalb eines Jahres verdoppelten. Die Situation in Brandenburg hat sich zwischen 1996 und 1998 weitgehend den Verhältnissen in Deutschland gesamt angenähert.

Bei den Frauen gab es Mitte der 90er Jahre vergleichsweise viele krankheitsbedingte Frühverrentungen, vermutlich eine Folge der hohen Frauenarbeitslosigkeit in Brandenburg und des daraus resultierenden Drucks für Frauen zum Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Auch hier haben sich die Verhältnisse dem Bundesdurchschnitt zunehmend angeglichen.

## 8 Behinderung und Pflege

### 8.1 Behinderung

Die Politik für und mit behinderten Menschen im Land Brandenburg\* geht im Wesentlichen von folgenden Aspekten aus:

- Menschen mit Behinderungen haben wie alle Bürger des Landes Brandenburg das Recht, ihr Leben selbst bestimmt und chancengleich zu gestalten und über ihre sozialen Bezüge selbst zu entscheiden; es ist sozialpolitisches Ziel des Staates hierfür eine Auswahl an verschiedenen Hilfs-, Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten anzubieten.
- Politik für behinderte Menschen ist Querschnittsaufgabe, d.h., es werden eine Vielzahl von Feldern der Landespolitik berührt (Kultur und Wissenschaft, Bauen und Wohnen, Lernen und Arbeiten, Sport und Freizeitgestaltung u.a.m.). Zukunftsorientierte Politik für behinderte Menschen ist nur in enger Kooperation zwischen den Fachressorts, den Kostenträgern, den Kommunen, der Freien Wohlfahrtspflege, den Interessenvertretungen behinderter Menschen usw. möglich.
- Dem individuellen Bedarf behinderter Menschen ist durch ein sinnvolles Mit- und Nebeneinander stationärer, teilstationärer und ambulanter Dienste (ambulant vor stationär“) nachzukommen.
- Im Bereich der Hilfen und Angebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen liegt auch weiterhin das Schwergewicht auf der Hinwendung zur Integration (Tagesbetreuung im Vorschulalter, schulische Integration, wohnortnahe Versorgungs- und Hilfsstrukturen).
- Selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben hat die berufliche Rehabilitation zur unverzichtbaren Voraussetzung; dem entspricht angesichts der angespannten Arbeitsmarktlage im Land Brandenburg das umfassende Bemühen aller Verantwortlichen (Landespolitik, Hauptfürsorgestelle, Arbeitsverwaltungen) zur Verbesserung der Qualifikationsvoraussetzungen und Arbeitsmarktchancen behinderter Menschen.

Mit dem Bericht „Menschen mit Behinderungen 1994 - 1998“ liegt eine umfassende Berichterstattung zu allen Bereichen der Behindertenpolitik des Landes Brandenburg vor. Im Folgenden wird daher im Wesentlichen nur auf die Entwicklung der Zahl der Schwerbehinderten, auf die Beschäftigung Schwerbehinderter sowie auf Pflegebedürftigkeit im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes eingegangen.

Bis 1993 galt noch der Schwerbehindertenausweis der DDR. Auch infolge der damit verbundenen Antragstellungen nach 1993 hat die Zahl der Menschen, die als Schwerbehinderte anerkannt wurden, im Land Brandenburg zugenommen. Ihr Anteil an der Bevölkerung nähert sich rasch der Situation in den alten Bundesländern. Dies betrifft männliche

\*Vgl. dazu: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Land Brandenburg. Reihe Sozialberichterstattung: Menschen mit Behinderungen im Land Brandenburg 1994-1998, Potsdam 1999.

Personen ebenso wie weibliche. 1997 gab es in Brandenburg ca. 175.000 Schwerbehinderte, je zur Hälfte Männer und Frauen.

Vor allem im Bereich der Schwerstbehinderungen (100 Prozent Behinderung) haben sich in den letzten Jahren die größten Zuwächse vollzogen. Die Betroffene

Laut Schwerbehindertengesetz (§ 3 Schwbg) wird Behinderung als die Auswirkung einer nicht nur vorübergehenden Funktionsbeeinträchtigung definiert, die auf einem regelwidrigen körperlichen, geistigen und seelischen Zustand beruht, der von dem für das Lebensalter typischen abweicht. Der Grad der Behinderung wird nach Zehnergraden abgestuft. Schwerbehindert im Sinne des Gesetzes sind Personen, denen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung von 50% und mehr zuerkannt wurde.

<b>Indikator Nr. 08 - 01: Schwerbehinderte</b>						
<b>Schwerbehinderte nach Altersgruppen im Land Brandenburg 1993 bis 1997</b>						
Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	1993		1995		1997	
	Anzahl	in % der Altersgruppe	Anzahl	in % der Altersgruppe	Anzahl	in % der Altersgruppe
unter 18	5.080	<b>0,9</b>	6.003	<b>1,1</b>	5.992	<b>1,2</b>
18-25	2.945	<b>1,5</b>	3.158	<b>1,6</b>	3.536	<b>1,7</b>
25-45	17.475	<b>2,2</b>	21.511	<b>2,6</b>	22.719	<b>2,8</b>
45-55	18.031	<b>5,8</b>	18.491	<b>6,2</b>	18.288	<b>6,0</b>
55-60	18.087	<b>9,7</b>	21.542	<b>10,8</b>	22.396	<b>11,2</b>
60-65	18.655	<b>10,0</b>	21.689	<b>14,4</b>	22.124	<b>13,0</b>
65 und älter	60.226	<b>18,7</b>	77.843	<b>22,8</b>	80.276	<b>22,3</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>140.499</b>	<b>5,5</b>	<b>170.237</b>	<b>6,7</b>	<b>175.331</b>	<b>6,8</b>

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg und eigene Berechnungen

Vor allem die Personen im Lebensalter ab 60 Lebensjahren verzeichnen seit 1993 auch die größten Zuwächse bei den Anerkennungen als Schwerbehinderte. Naheliegend ist die Annahme von Zusammenhängen mit der Arbeitmarktsituation und den Berentungsmöglichkeiten, aber auch mit der steigenden Zahl alter Menschen.

nen haben oft einen erhöhten Versorgungs- bzw. Betreuungsbedarf, ein Teil von ihnen auch im pflegerischen Bereich (es ist allerdings schwierig, allein aus dem Grad der Behinderung Schlussfolgerungen für den Versorgungs- bzw. Betreuungsbedarf zu ziehen). 25 Prozent aller Schwerbehinderten im Land Brandenburg mussten 1997

<b>Indikator Nr. 08 - 01: Schwerbehinderte</b>			
<b>Schwerbehinderte nach dem Grad der Behinderung im Land Brandenburg 1993 bis 1997</b>			
Grad der Behinderung von ... bis unter ... Prozent	1993	1995	1997
50-60	40.052	46.542	47.760
60-70	23.261	27.597	27.584
70-80	19.342	22.449	21.899
80-90	19.348	22.977	23.434
90-100	7.310	9.472	10.034
100	31.186	41.200	44.620
<b>Insgesamt</b>	<b>140.499</b>	<b>170.237</b>	<b>175.331</b>

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

mit Schwerstbehinderung leben, 1993 waren es noch 22 %. Auffallend ist, dass der Anteil der schwerbehinderten Frauen mit dem Merkmal „Blind“ mit über 60% deutlich über dem der Männer liegt.

Für die einzelnen Landkreise bzw. kreisfreien Städte des Landes Brandenburg stellte sich 1997 die Situation im Schwerbehindertenbereich folgendermaßen dar:

<b>Indikator Nr. 08 - 01: Schwerbehinderte</b>						
<b>Schwerbehinderte absolut und je 1000 Einwohner im Land Brandenburg 1997</b>						
	Schwerbehinderte 1997			Schwerbehinderte je 1 000 Einwohner 1997		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Brandenburg an der Havel	5.626	2.758	2.868	68	69	68
Cottbus	9.136	4.226	4.910	77	73	81
Frankfurt (Oder)	5.804	2.686	3.118	75	71	78
Potsdam	8.803	4.062	4.741	67	63	70
Barnim	13.230	6.722	6.508	83	85	81
Dahme-Spreewald	11.178	5.686	5.492	74	76	72
Elbe-Elster	10.588	5.370	5.218	78	81	75
Havelland	8.268	4.195	4.073	60	62	58
Märkisch-Oderland	12.324	6.204	6.120	69	70	68
Oberhavel	11.421	5.629	5.792	64	64	64
Oberspreew.-Lausitz	11.227	5.551	5.676	73	74	73
Oder-Spree	14.635	7.270	7.365	75	75	75
Ostprignitz-Ruppin	7.691	3.919	3.772	66	69	64
Potsdam-Mittelmark	9.668	4.725	4.943	50	49	51
Prignitz	5.262	2.728	2.534	53	57	50
Spree-Neiße	11.652	5.798	5.854	75	75	74
Teltow-Fläming	8.813	4.470	4.343	58	59	56
Uckermark	10.005	5.117	4.888	63	66	61
<b>Land Brandenburg</b>	<b>175.331</b>	<b>87.116</b>	<b>88.215</b>	<b>68</b>	<b>69</b>	<b>68</b>

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

# 8

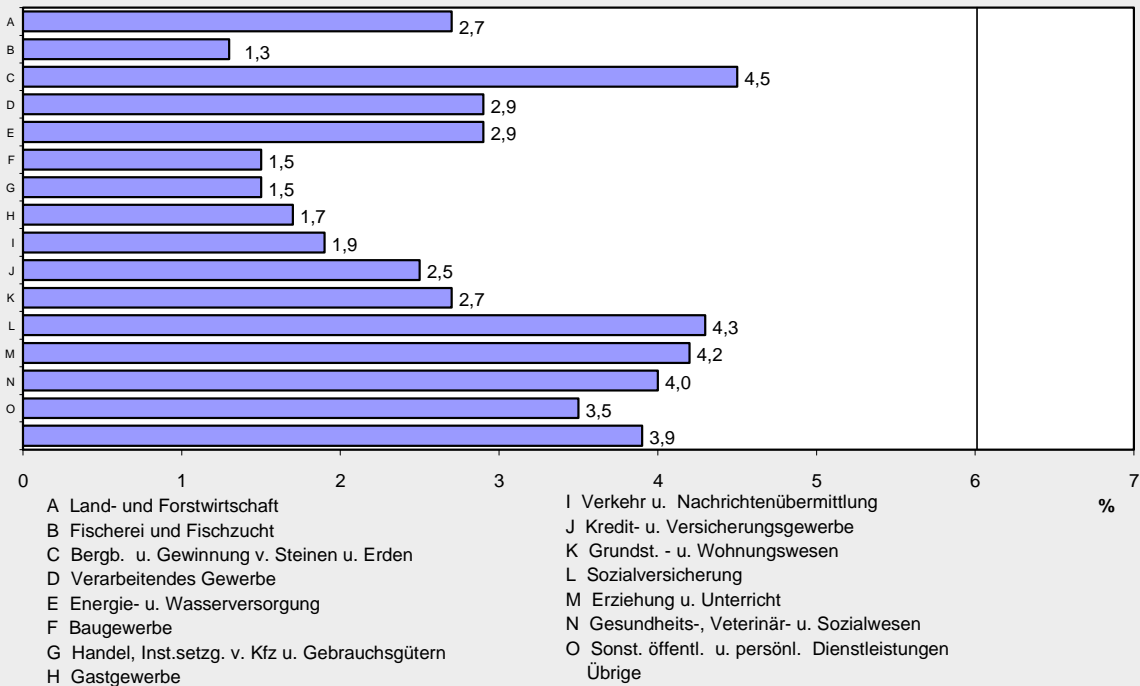
## Behinderung und Pflege

Das Schwerbehindertengesetz (SchwbG) sieht eine Pflicht zur Beschäftigung von Schwerbehinderten (mind. 6% der Belegschaft) ab einer Mindestbeschäftigtenzahl von 16 Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen pro Betrieb vor. Zwischen 1996 und 1998 wuchs die Zahl der mit Schwerbehinderten besetzten Arbeitsplätze um 7,9% auf 14.255. Insbesondere verminderte körperliche Belastbarkeit schränkt in bestimmten Wirtschafts-

bereichen (z.B. Landwirtschaft) die Beschäftigung behinderter Menschen ein. Bemerkenswert ist, dass etwa ein Drittel der Schwerbehinderten bei öffentlichen Arbeitgebern, Körperschaften des öffentlichen Rechts und bei Verbänden beschäftigt ist. Der Arbeitsplatzabbau bei öffentlichen Arbeitgebern lässt daher befürchten, dass sich damit zugleich die Arbeitsmöglichkeiten für Schwerbehinderte verschlechtern werden.

Indikator  
08-01

Istquote (%) der mit Schwerbehinderten/Gleichgestellten besetzten Arbeitsplätze nach Wirtschaftsabteilungen im Land Brandenburg 1998



Quelle: Landesarbeitsamt Berlin Brandenburg

## 8.2 Pflege

Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes „zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit“ (Pflege-Versicherungsgesetz - Pflege-VG) vom Mai 1994 wurde die rechtliche Grundlage für einen neuen Sozialversicherungszweig - die soziale Pflegeversicherung - geschaffen. Bis zum In-Kraft-Treten dieses Gesetzes waren im Wesentlichen die Leistungen der „Hilfe zur Pflege“ des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) als Form der Hilfe in besonderen Lebenslagen ausschlaggebend. Durch das Pflegeversicherungsgesetz haben all jene Pflegebedürftige, welche die Voraussetzungen der Pflegestufen I (erhebliche Pflegebedürftigkeit), II (Schwerpflegebedürftigkeit) oder III (Schwerstpflegebedürftigkeit) erfüllen, einen versicherungsrechtlichen Anspruch gegenüber

den Pflegekassen. Im Sinne dieses Gesetzes sind Personen pflegebedürftig, wenn sie wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen regelmäßig wiederkehrenden täglichen Verrichtungen (Körperpflege, Ernährung, Mobilität und hauswirtschaftliche Versorgung) der Hilfe bedürfen. Dabei muss es sich um einen dauerhaften, voraussichtlich jedoch mindestens 6 Monate bestehenden Hilfebedarf handeln. Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem BSHG können bei Bedarf und dem Nachweis der Anspruchsvoraussetzungen ergänzend in Anspruch genommen werden. Die Analyse der für den Zeitraum von Ende 1996 bis Ende 1998 vorliegenden Daten der AOK Brandenburg zeigt, dass die Zahl der Leistungsempfänger sowohl bei Frauen als auch bei Männern konti-

Indikator Nr. 08 - 02: Pflegefälle												
Leistungsempfänger der Pflegeversicherung der AOK Brandenburg nach Pflegestufen und nach Geschlecht 1996 bis 1999												
Stichtag	Pflegestufe I			Pflegestufe II			Pflegestufe III			Leistungsempfänger		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
Ambulante und teilstationäre Pflege												
31.12.96	3.824	8.964	12.788	4.317	8.573	12.890	1.026	1.810	2.836	9.167	19.347	28.514
30.06.97	3.459	7.825	11.284	3.771	6.816	10.587	856	1.437	2.293	8.086	16.078	24.164
31.12.97	4.099	9.656	13.755	4.162	8.116	12.278	1.039	1.803	2.842	9.300	19.575	28.875
30.06.98	4.386	10.272	14.658	4.137	8.204	12.341	1.084	1.802	2.886	9.607	20.278	29.885
31.12.98	4.974	12.010	16.984	4.554	8.912	13.466	1.218	2.156	3.374	10.746	23.078	33.824
30.06.99	6.085	13.039	19.124	4.927	8.170	13.097	1.237	1.923	3.160	12.249	23.132	35.381
31.12.99	6.379	13.533	19.912	4.886	8.071	12.957	1.330	1.994	3.324	12.595	23.598	36.193
Vollstationäre Pflege												
31.12.96	1.009	2.286	3.295	638	2.705	3.343	308	1.553	1.861	1.955	6.544	8.499
30.06.97	1.403	2.663	4.066	654	2.785	3.439	298	1.546	1.844	2.355	6.994	9.349
31.12.97	1.651	2.980	4.631	741	3.157	3.898	333	1.680	2.013	2.725	7.817	10.542
30.06.98	1.707	3.105	4.812	785	3.339	4.124	330	1.600	1.930	2.822	8.044	10.866
31.12.98	1.881	3.288	5.169	854	3.705	4.559	378	1.806	2.184	3.113	8.799	11.912
30.06.99	1.835	3.246	5.081	856	3.632	4.488	352	1.725	2.077	3.043	8.603	11.646
31.12.99	1.839	3.306	5.145	891	3.723	4.614	366	1.797	2.163	3.096	8.826	11.922

Datenquelle: AOK für das Land Brandenburg

# 8

## Behinderung und Pflege

nuierlich gestiegen ist. Dies bezieht sich generell auf alle drei Pflegestufen, wie auch auf die ambulante und teilstationäre bzw. vollstationäre Pflege. Die übergroße Mehrheit aller Personen im Land Brandenburg, die Pflege benötigen, erhalten diese im ambulanten bzw. teilstationären Bereich. Die höchsten Steigerungsraten haben sich in den letzten Jahren innerhalb der

Zahl der Leistungsempfänger in der Pflegeversicherung steigt

Pflegestufe I und hier besonders bei Frauen vollzogen. Auch dies könnte eine Erklärung in den bereits erörterten demographischen Wandlungsprozessen (Alterung der Wohnbevölkerung, längere Lebenserwartung der weiblichen Bevölkerung, Zunahme des Anteils insbesondere älterer Frauen) finden.

## 9 Politik und Rechtsstaat

### 9.1 Staatsbürgerliche Beteiligung

Die Formen und Möglichkeiten der Teilnahme der Bürger am gesellschaftlichen Leben haben sich nach 1989 im Rahmen des gesellschaftlichen Transformationsprozesses grundlegend gewandelt. Sie mussten begriffen, erprobt und hinsichtlich ihrer realen Ergebnisse erfahren werden. Dieser Prozess hält an, so dass die demokratische Anteilnahme

an den öffentlichen Angelegenheiten häufig noch gering ist. Hinzu kommt, dass durch zum Teil massive und andauernde Verunsicherungen in den individuellen Lebenslagen Zweifel an den gestalterischen Potenzen der parlamentarischen Demokratie bestehen. Ob und in welchem Maße allerdings die Bürger ihr demokratisches Gemeinwesen mit ge-

<b>Indikator Nr. 09 - 01: Wahlbeteiligung</b>								
<b>Wahlbeteiligung an den Bundestagswahlen im Land Brandenburg vom 16.10.1994 und 27.09.1998 sowie an den Landtagswahlen in Brandenburg vom 11.09.1994 und 05.09.1999</b>								
	Bundestagswahl '94		Landtagswahl '94		Bundestagswahl '98		Landtagswahl '99	
	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Brandenburg (Havel)	70.340	61,73	70.402	46,92	65.802	67,94	64.977	48,10
Cottbus	94.841	67,19	94.785	50,72	90.667	70,75	88.825	55,34
Frankfurt (Oder)	61.819	64,85	61.856	51,15	59.556	67,85	58.707	51,70
Potsdam	105.395	70,11	105.397	58,31	102.560	70,23	102.273	60,38
Barnim	114.477	64,68	114.260	48,88	128.692	70,47	132.506	49,83
Dahme-Spreewald	109.525	72,02	109.378	57,97	121.565	75,12	124.661	58,57
Elbe-Elster	106.521	69,38	106.588	54,45	107.391	74,37	107.353	56,86
Havelland	99.793	67,21	99.805	52,92	109.251	71,86	112.570	52,49
Märkisch-Oderland	128.852	66,73	128.574	52,52	142.102	71,37	145.367	52,30
Oberhavel	129.901	67,82	129.725	52,58	144.791	71,78	149.577	52,37
Oberspreew.-Lausitz	121.375	65,61	121.426	50,01	120.099	71,03	119.388	55,01
Oder-Spree	143.499	67,60	143.434	52,54	153.189	70,81	155.057	53,05
Ostprignitz-Ruppin	86.317	65,47	86.227	50,72	89.486	70,13	89.766	52,47
Potsdam-Mittelmark	133.967	70,17	133.592	56,87	153.746	73,61	158.949	58,78
Prignitz	79.388	69,10	79.405	51,92	78.446	73,19	78.209	53,28
Spree-Neiße	115.253	67,14	115.278	51,83	121.860	73,12	123.095	56,93
Teltow-Fläming	112.127	68,77	111.993	54,46	121.777	72,17	124.516	55,67
Uckermark	121.580	63,65	121.555	49,64	121.233	71,11	121.038	50,65
<b>Land Brandenburg</b>	<b>1.934.970</b>	<b>71,50</b>	<b>1.933.680</b>	<b>56,33</b>	<b>2.032.213</b>	<b>78,10</b>	<b>2.056.834</b>	<b>54,30</b>

Datenquelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

stalten, ist entscheidend für politische Stabilität und Integrationskraft der Gesellschaft.

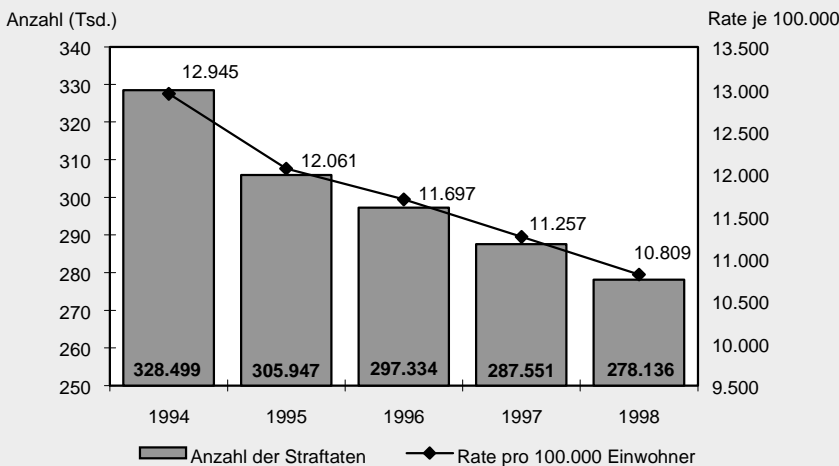
Die Wahlbeteiligung ist ein klassischer Indikator für die Akzeptanzmessung politischer Systeme. In diesem Sinne wird im Folgenden ein Überblick über das Wahlverhalten der Brandenburger Bevölkerung in den letzten Jahren gegeben. Deutlich sichtbar wird, dass sich offensichtlich das Interesse der Brandenburger Bürger an der weiteren Entwicklung der Bundesrepublik verstärkt hat. Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl stieg im Land Brandenburg von 1994 zu 1998 um 6,6 Prozent. Hinsichtlich der Wahlbeteiligung an den Landtagswahlen 1994 und 1999 ist allerdings ein Sinken der Wahlbeteiligung um über zwei Prozent zu konstatieren. Hier ist vor einer solchen Interpretation zu warnen, die darin ein sinkendes Vertrauen in die Lan-

despolitik sieht. Wird nämlich die Wahlbeteiligung an den Kommunalwahlen 1993 und 1998 im Land Brandenburg betrachtet, so zeigt sich hier eine Erhöhung der Wahlbeteiligung um 18 Prozent (1993: 1.931.789 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung 59,89 Prozent; 1998: 2.036.423 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung 77,89 Prozent). Es scheint so zu sein, dass die Brandenburger Bürger sehr wohl um die Gestaltungskraft konkreter Kommunalpolitik in ihren Regionen wissen und einer den Interessen der Bürger verpflichteten differenzierten Kommunalpolitik vor Ort größte Bedeutung beimessen.

### 9.2 Rechtsstaat

Die öffentliche Sicherheit (insbesondere das Ausmaß von Gewalt und Gewalttaten im öffentlichen Raum) ist ein zentrales Problemthema in der Bundesrepublik. Die Besorgnis der Bevölkerung - insbesondere auch der ostdeutschen - über die Entwicklung der Kriminalität nimmt in repräsentativen Befragungen und Datenerhebungen seit Jahren neben der Angst um den Arbeitsplatz einen der vordersten Ränge ein. Durch die hier vorliegenden Daten sollen dieser Besorgnis einige Entwicklungstendenzen über das tatsächliche bzw. kriminalstatistisch erfassbare Ausmaß der Straftaten im Land Brandenburg gegenübergestellt werden.

**Indikator 09-02** Entwicklung der Straftaten im Land Brandenburg 1994 bis 1998



Quelle: LKA Brandenburg

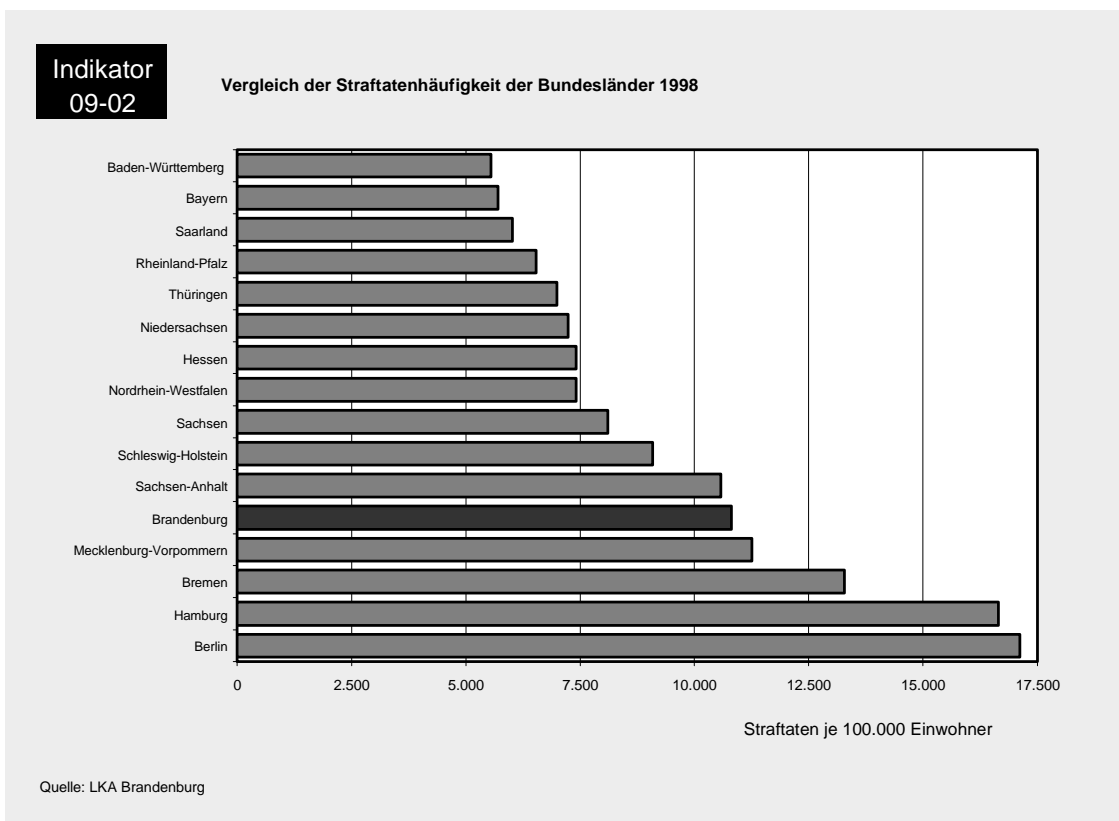
Generell stellt sich die Kriminalitätsentwicklung im Land Brandenburg seit 1994 folgendermaßen dar: Ohne Verkehrs- und Staatsschutzdelikte wurden 1998 278.136 Straftaten registriert. Gegenüber 1997 ist dies ein Rückgang um 3,3 Prozent (d.h. um 9.415 Fälle). Seit 1994 ist damit die Anzahl der Straftaten um 15,3 Prozent zurückgegangen. Im Jahr 1998 lag die Kriminalitätsbelastung bei 10.809 Straftaten pro 100.000 Einwohner (sog. „Häufigkeitszahl“). Auf jeden Quadratkilometer des Landes Brandenburg kamen statistisch gesehen neun Straftaten. Allerdings hatte das Land Brandenburg 1998 von al-

len Flächenländern der Bundesrepublik nach Mecklenburg-Vorpommern die höchste Kriminalitätsbelastung und lag damit erheblich über dem Durchschnitt der Bundesrepublik (siehe Abbildung unten).

Innerhalb Brandenburg konzentrieren sich die erfassten Straftaten auf die städtischen Ballungsgebiete (siehe auch Indikator 09-02: Straftatenquote).

Ein wesentlicher Grund für die hohe Kriminalität im Bereich des Polizeipräsidiums Frankfurt/Oder war der Kriminalstatistik zufolge insbesondere auch die

Zahl erfasster Straftaten ist rückläufig



Lage dieses Präsidiums an der EU-Außengrenze. 44,8 Prozent aller hier ermittelten Tatverdächtigen waren beispielsweise nichtdeutscher Nationalität, bei Diebstahlsdelikten waren 23,1 Prozent der 1998 ermittelten Tatverdächtigen Nichtdeutsche.

Besondere Relevanz kommt in der öffentlichen Diskussion Gewalt aus politischer und fremdenfeindlicher Motivation zu, gegenwärtig vor allem rechtsextremistischer Gewalt durch Jugendliche und junge Erwachsene. Hier müssen objektiv die mitunter sehr differenziert angelegten Gründe für gewalttätiges Verhalten untersucht werden. Sie speisen sich häufig

auch aus sozialen Ursachen, wie dem Gefühl der Verunsicherung, der Perspektivlosigkeit und Benachteiligung.

Mehrere in den vorangegangenen Kapiteln dargestellte und interpretierte soziale Problemkonstellationen im Land Brandenburg bieten Ansatzpunkte, um Gründe für jugendliche Gewalt zu rekonstruieren: z.B. Einkommensarmut, Arbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzdefizite oder familiär bedingte soziale Benachteiligungen.

Dem Verfassungsschutzbericht zufolge ist die Gesamtzahl rechtsextremistischer Delikte 1999 auf 288 Straftaten gesun-

ken (sie betrug 1997 noch 570), davon waren 71 Straftaten als fremdenfeindlich eingestuft. Der Linksextremismus spielt dem Bericht zufolge eine „sehr viel geringere Rolle“.

Die Problematik politisch radikaler Einstellungen bei Jugendlichen und damit verbundener Gewaltbereitschaft spiegelt sich in diesen Zahlen jedoch kaum wider. Nach einer Studie der Universität Potsdam aus dem Jahr 1999 zeigen von den 13- bis 18-Jährigen in Brandenburg 3% in hohem Ausmaß und 17% tenden-

Rechtsextremistische Straftaten nehmen ab, rechtsextremistische Einstellungen aber nicht

ziell rechtsextreme Einstellungen sowie 11% in hohem Maß und 24% tendenziell ausländerfeindliche Einstellungen.

Vor allem die Situation auf dem Arbeitsmarkt scheint dabei die Jugendlichen für ausländerfeindliche Einstellungen anfällig zu machen. Für die Politik und die Gesellschaft insgesamt stellt sich hier eine Herausforderung ersten Ranges, mit ethisch-moralischen, jugend-, familien-, bildungs-, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Dimensionen. Die Landesregierung hat mit verschiedenen Initiativen, etwa dem Handlungskonzept gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit vom 12.06.1998, gezeigt, dass sie diese Herausforderung annimmt - daran mitzuwirken, sind alle aufgerufen.